

# Politische Berichte



31. Oktober 1986  
Jg. 7 Nr. 22

G 7756 D

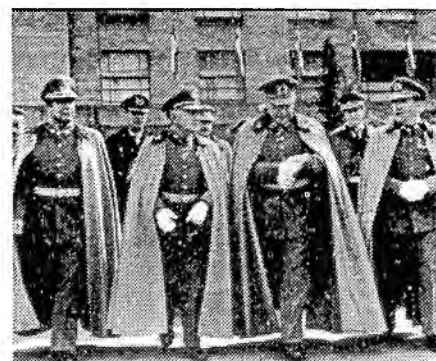
Preis:  
2,50



Zwei ganz enorme Experten  
für Öffentlichkeitsarbeit



IGM-Gewerkschaftstag: Zur Debatte um die Flexibilisierung der Arbeitszeit  
Seite 8



Chile: Die Philippinen – ein Modell für Chile? Zur Politik der Christdemokraten  
Seite 10



Ausländerpolitik: Bundesinnenminister Zimmermann gegen Konvention des Europarats zum Wahlrecht für Ausländer  
Seite 13

## Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Telefon 02 21 / 21 64 42  
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Telefon 02 21 / 21 16 58. Preis: 2,50 DM

## Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

**Reykjavik:** Neue Rüstungsvorhaben der NATO, das Gewicht der Westeuropäer im Bündnis steigt... 4

**Innere Sicherheit:** Ausweitung des Staatsterrorismus..... 7

**Lappas:** Zugriff auf die Gewerkschaftskasse verhindern! ..... 7

**IGM-Gewerkschaftstag:** Zur Debatte um die Flexibilisierung der Arbeitszeit..... 8  
Materialien des IGM-Gewerkschaftstages..... 9

**Chile:** Die Philippinen – ein Modell für Chile? Zur Politik der Christdemokraten..... 10

## Auslandsberichterstattung

**USA:** Umverteilung unter den Reichen. Reagans faire Steuerreform. 12  
Statt Steuern Rückzahlungen.... 13

**Ausländerpolitik:** Zimmermann gegen Konvention des Europarats zum Wahlrecht..... 13

**"Kronzeuge":** Vorbilder in Nordirland ..... 14

**Sambia:** Südafrika versucht Destabilisierung..... 14

**Indien:** Verstärkter Druck der Weltbank ..... 15

**Philippinen:** Verfassungsentwurf bekräftigt proimperialistische Orientierung ..... 15

Internationale Meldungen..... 16

## Aus Verbänden und Parteien

**Veröffentlichungen:**  
Erster und Zweiter Arbeitsmarkt . 18  
Freier Familiennachzug für Ausländer..... 18  
Hanns-Seidel-Stiftung zu Südafrika 18

**IG DruPa:** Einige Ergebnisse des 14. o. Gewerkschaftstages..... 19  
Beschuß zur Tarifpolitik ..... 20

## Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten..... 21

**Hamburger Krankenhaus:** Privatisierung: Wichtiger Bestandteil Hamburger Standortpolitik ..... 22

## Solidarität mit "bewaffneten" Kriegsdienstverweigerern

Vom 17. bis 19.10.1986 fand in Düsseldorf ein Bundestreffen der Selbstorganisation der Zivildienstleitenden (SodZDL) statt, zu dem 50 Teilnehmer aus 25 Basisgruppen erschienen waren. Erarbeitet wurde u.a., daß die militärische Verplanung der Zivildienstleistenden (ZDL) in die Gesamtverteidigung der BRD ausgeweitet wird: Einerseits über Streichung "uneffektiver" Zivildienststellen im Rahmen der Abnahme von Zivildienstleistenden ab 1990 aufgrund der geburtschwachen Jahrgänge; andererseits über den momentan betriebenen Ausbau der Stellen im sogenannten Umweltschutz, was faktisch die Übernahme von Tätigkeiten im Bereich des Katastrophenschutzes bedeutet.

Schwerpunktthema war die Diskussion über "Verhalten der SO zum Vorgehen des Bundesbeauftragten für den Zivildienst Hintze", Kriegsdienstverweigerern, die als Brigadisten in Nicaragua Wachdienst mit Waffen gehalten hatten, ihren Status als Kriegsdienstverweigerer abzuerkennen.

Verabschiedet wurde eine Resolution, die den Angriff auf die drei Kriegsdienstverweigerer – stellvertretend für alle politisch aktiven Kriegsdienstverweigerer sowie die Nicaragua-Solidaritätsbewegung – verurteilt und in der die SO den "bewaffneten" Verweigerern Unterstützung verspricht.

Am 23.10. stellte der Prüfungsausschuß in Ulm fest, daß die Brigadisten anerkannte Kriegsdienstverweigerer bleiben. – (fen)

## Hamburg-Wahl: GAL vereinnahmt die Linke

Fast alle Organisationen des revolutionären Sozialismus haben sich pünktlich in Sachen Bürgerschaftswahlen von der GAL vereinnahmen lassen – bis hin zu einem Verzicht auf eigenständiges Eingreifen in den Wahlkampf von sozialistischen Positionen aus. Einen denkbar schlechten Einstand hatte die neugegründete

## Erklärung der Angehörigen von politischen Gefangenen in der BRD

Wir sind heute vor das Bundeskanzleramt in Bonn gegangen und verlangen von der Bundesregierung, die Forderung: "Zusammenlegung der politischen Gefangenen in große Gruppen und Freilassung von Günter Sonnenberg!" zu erfüllen.

Wir sind hier hingegangen, weil in der Regierung letztendlich die politischen Entscheidungen fallen, in denen das grundsätzliche Vorgehen des Staates gegenüber den politischen Gefangenen bestimmt wird.

– so z.B. 1977, als von hier aus das Kontaktsperregesetz durchgepeitscht wurde.

– so auch 1981 im Hungerstreik der

VSP, immerhin "Beilagen-Organisation". Sie erwähnt die BWK-Kandidatur mit keinem Wort, befindet nur eine Stimme für die GAL als nicht verschenkt und sagt damit indirekt, aber deutlich, was sie von revolutionärer Kandidatur hält. Der "Arbeiterkampf" 274 teilt seinen Lesern in einem Satz mit, daß der BWK "das Kuriosum einer Alleinkandidatur wagt". Nummer 275 ruft auf, GAL zu wählen, da deren Beschlüsse "einen sinnvollen Ansatz für parlamentarische Oppositionspolitik" verheiße und GAL-Stimmen als Empfehlung gegen den "Mehrheitstrend der Bundes-Grünen" zählen. Was das Urnenschleppen für die Grünen für die Entwicklung sozialistischer Positionen bringen soll, erläutert der KB wiederum nicht. Die MLPD ruft auf, ungültig zu stimmen; sie als "sozialistische Alternative" verschweigt die Kandidatur des BWK, begrüßt "eine Reihe fortschrittlicher Forderungen" bei der GAL und vermag diese nur darin zu kritisieren, daß sie unter Bedingungen bereit ist, einen SPD-Minderheits Senat zu tolerieren. Die DKP kandidiert, will, daß GAL gewählt wird, und seit dem 17.10. auch – SPD! Allein einige Mitglieder der FAU/R haben einen Aufruf "Wenn schon wählen – dann BWK!" verfaßt, in dem es heißt: "... Zu den derzeit bevorstehenden Bürgerschaftswahlen am 9. November kandidiert – als einzige revolutionäre Kraft – der Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK). Wir haben die Kandidatur unterstützt und rufen jetzt zur Stimmabgabe für den BWK auf. Am liebsten hätten wir es gesehen, wenn eine gemeinsame Kandidatur aller Revolutionäre zur Bürgerschaftswahl zustande gekommen wäre. Uns geht es mit diesem Wahlauftrag nicht um die Unterstützung des BWK als einer bestimmten Organisation, sondern um die politische Richtung, die er vertritt. Die Interessen der werktätigen Menschen werden sonst von keiner Partei in diesem Wahlkampf zur Geltung gebracht." Die Hamburg-taz veröffentlichte am 24.10. ein halbseitiges Interview mit der BWK-Spitzenkandidatin. – (wal)

politischen Gefangenen, als Justizminister Schmade als Vertreter der Bundesregierung die Zusage machte, daß kein Gefangener mehr in Einzelisolation sein soll.

– und 1985 im kollektiven Hungerstreik der politischen Gefangenen, als Staatssekretär Kinkel als Vertreter der Bundesregierung den Anwälten der Gefangenen mitteilte, daß die Bundesregierung auf die Forderung der politischen Gefangenen – ihre Zusammenlegung in große Gruppen – nicht eingehen wird. Kinkel sagte: "Die Bundesregierung ist bereit, die Konsequenzen zu tragen."

Wir werden hier immer wieder

stehen, bis die Forderungen der politischen Gefangenen erfüllt sind.

Wir können nicht länger warten und zusehen, wie die Gesundheit unserer Angehörigen, der politischen Gefangenen, durch jahrelange Isolation zerstört wird, wie ihre revolutionäre Menschlichkeit und Moral durch langdauernde Isolation angegriffen wird und zerstört werden soll.

Seit Jahren kämpfen wir mit den Gefangenen für die Zusammenlegung in große Gruppen. Wir haben mit unseren Aktionen, wie Spiegelbesetzung, Besetzung des psychologischen Institutes in Hamburg, in dem Folterforschungsbetrieb wird, auf Veranstaltungen, in Presseerklärungen und Broschüren Öffentlichkeit über die Isolationsfolter hergestellt. Wir haben so dazu beigetragen, daß das Bewußtsein über die Isolationsfolter in der BRD und im Ausland wächst. Bis in die UNO wird die BRD als Staat, der politische Gefangene durch Isolation foltert, angegriffen. Das haben wir erlebt, als wir bei der Sitzung des Menschenrechtsausschuß in New York waren. Als die Delegation der Bundesregierung von den beherrschenden Fragen des Ausschusses in die Enge getrieben wurde, griff sie zur Lüge. Stöcker aus dem Bundesjustizministerium sagte z.B., kein politischer Gefangener in der BRD sei in Einzelisolation, "alle sind in Gruppen zu drei Gefangenen zusammen."

Die Forderung der politischen Gefangenen, ihre Zusammenlegung in großen Gruppen, ist in ihrem Hungerstreik 84/85 über den Widerstand hinaus verstanden worden und hat breite Unterstützung und Solidarität gefunden. Deshalb kann der BRD-Staat die Isolationsfolter politisch nicht mehr rechtfertigen.

Wir wollen, daß die Regierung die Forderung der politischen Gefangenen jetzt endlich erfüllt. Dafür stehen wir

hier und werden so lange herkommen, bis die Gefangenen in große Gruppen zusammen sind; wie die politischen Gefangenen in Spanien, d.h. bis sie Bedingungen haben, unter denen sie geschützt sind vor dem Mord auf Raten durch die Isolation. Bedingungen, unter denen sie ihre revolutionäre Haltung, ihr politisches Bewußtsein, ihre revolutionäre Moral und Menschlichkeit, also ihre politische Identität behalten und entwickeln können.

Für Bedingungen, die das – Kollektivität und Selbstbestimmung – möglich machen, kämpfen alle politischen Gefangenen in den imperialistischen Gefängnissen. Ob in Peru, USA oder in Spanien. Die politischen Gefangenen aus GRAPO und PCE(r) und die Solidaritätsbewegung in Spanien haben '81 die Kollektive der politischen Gefangenen erkämpft und gegen alle Angriffe des spanischen Staates verteidigt. Die belgischen Gefangenen aus den C.C.C. haben in ihrem ersten Hungerstreik in diesem Jahr wichtige Forderungen durchgesetzt, die ihre Isolation nach außen durchbrechen, und sie sind ihrem Ziel – Zusammenlegung – näher gekommen.

Diese Beispiele zeigen uns, daß die Vereinheitlichung der westeuropäischen Regierungen zu einer harten Haltung gegenüber den Forderungen der politischen Gefangenen ihre Grenze findet, weil Gefangene, Angehörige und Solidaritätsbewegungen an ihrem Ziel festhalten: kollektive Bedingungen der politischen Gefangenen.

Für uns heißt das jetzt, der Regierung keine Ruhe zu lassen, hier immer wieder hinzukommen und die Erfüllung der Forderung zu verlangen:

– Zusammenlegung der politischen Gefangenen in große Gruppen.

– Freilassung von Günter Sonnenberg.

22. Oktober 1986

**Fichtel & Sachs:** Betriebsversammlung: Kritik an Arbeitshetze. 22

**Hamburg:** Bürgerschaftswahlen: Debatte unter Antifaschisten .... 23

**Justizschikane:** DKP-Kreisvorsitzender mit Beugehaft bedroht.. 23

**Kommunalpolitik:** Späth-Regierung und Stadtverwaltung mobilisieren für "Kommune 2000"..... 24

**§ 218:** Saat des Kirchentages geht auf..... 25

**FSU:** Der "Dritte Weg" geht auch bei Faschisten entlang ..... 25

**Lage in Stuttgarts Kindergärten:** Die Festsetzung eines Mindeststandards in den Kindergärten und Tagheimen ist nötig ... 26  
Muß ein Kind "reif" sein für den Kindergarten?..... 27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung..... 28

**Arbeitsorganisation:** fuba: Veränderungen der letzten acht Jahre untersucht..... 29

Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge

**Taschenbücher:** Krimis und Western von Loren D. Estleman... 30  
Mann im Müll..... 30  
Der Mensch als Wolf ..... 30  
Lonesome Rider im Krimi..... 30  
Western: Der Skalpjäger..... 31  
Fakten beidhändig..... 31

**Geschichts-Revision:** HBV-Kriegspreis für Geschichtsfälscher Schickel ..... 31

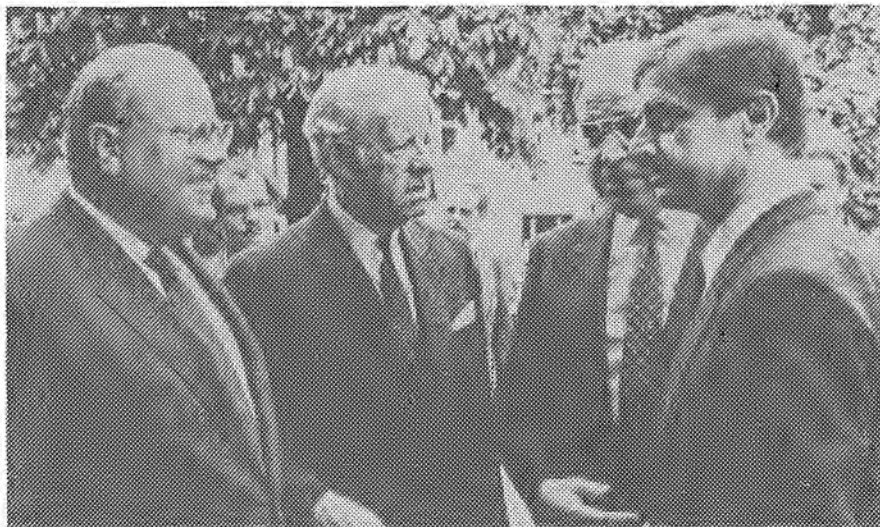
**Kirche und Militär:** "Wer betet, zittert nicht!" Für die Seele ist gesorgt..... 32

## Spezialberichte

**Interview mit Roy Mduu:** "Es gibt eine große Solidarität mit den Sechs von Sharpeville innerhalb Azanias"..... 34

**Südafrika:** Warum die Befreiungsbewegung so entschieden Sanktionen fordert und warum die Bundesregierung so hartnäckig dagegen ist..... 37  
Südafrikas Aggressionspolitik gegen Mosambik – Zum Tode von Samora Machel ..... 39  
PAC zum Tode Samora Machels... 39

Titelbild: Karikatur, güv, Köln



Otto Wolff von Amerongen, Präsident des Deutschen Industrie- und Handels-tages, trat auf dem Weltwirtschaftsforum des DIHT für Ausdehnung der Wirtschaftsbeziehungen mit den RGW-Staaten ein – nicht mehr "Wandel durch Handel" sei die Maxime, sondern nun gelte es, verstärkt Gemeinschaftsunternehmen von BRD-Kapitalisten und Staatsunternehmen durchzusetzen. – (uld)

## Imperialistische Rüstung

### Nach Reykjavik: Neue Rüstungsvorhaben der NATO, das Gewicht der Westeuropäer im Bündnis steigt

Die von westdeutschen und anderen NATO-Politikern nach dem Scheitern des Gipfeltreffens in Reykjavik zur Schau gestellte Enttäuschung dauerte noch nicht einmal 24 Stunden. Dann war die Zufriedenheit darüber, daß Reagan keinerlei Abrüstungen zugestimmt hatte, unübersehbar. Die "Welt" etwa schrieb schon zwei Tage nach dem Gipfel: "Gesetzt den Fall, es käme auf der Grundlage dieser Konzessionen (der SU, d. Red.) zu einem Abrüstungsvertrag bei den Mittelstreckenwaffen (INF). Wie wäre es dann künftig um die militärische Sicherheit der Europäer in der NATO bestellt?"

Mit dem Verschwinden von Pershing-2-Raketen und Marschflugkörpern wäre die Fähigkeit des Bündnisses, seine kriegsverhindernde Militärstrategie der flexiblen Reaktion für die Gegenseite glaubwürdig zu erhalten, in einem ganz entscheidenden Punkt geschwächt. Die Allianz würde nicht mehr über Waffensysteme verfügen, mit denen von europäischem Boden aus auf sowjetisches Territorium mit hoher zerstörender Wirkung gezielt werden könnte."

Tatsächlich hatten sowohl die USA wie die westeuropäischen Imperialisten von vornherein nur zwei Ergebnisse angestrebt:

- entweder die SU kann durch die Rüstungsfortschritte der NATO gezwungen werden, die Überlegenheit der USA und ihrer Verbündeten auch formell anzuerkennen und dementsprechende Zugeständnisse zu machen
- ein Gipfelergebnis, das einer Ka-

pitulation der SU in wesentlichen Fragen gleichkäme –,

- oder die USA und ihre Verbündeten lassen den Gipfel geräuschvoll platzen, um dann mit einer entsprechenden Propagandakampagne eine neuerliche Steigerung ihrer Aufrüstung vorzubereiten.

Dementsprechend lautete Reagans Angebot an Gorbatschow in Reykjavik: "Null-Lösung", d.h. Abbau aller atomaren Mittelstreckenwaffen von USA und SU in Europa und Halbierung der Interkontinentalwaffen nur, wenn die USA ihr SDI-Programm uneingeschränkt fortführen können. Das hätte die Überlegenheit der USA über die SU im Bereich strategischer Atomwaffen festgeschrieben und die USA wieder in die Lage versetzt, die SU mit Aussicht auf Erfolg mit einem atomaren Erstschlag anzugreifen.

Nachdem die SU diese Zumutung zurückgewiesen hatte, stellten die Reaktionen in den USA ihre Propaganda um. Der Gipfel habe bewiesen, daß mit der SU nur aus einer Position der Stärke heraus erfolgreich zu verhandeln sei. Ohne SDI wäre Gorbatschow gar nicht nach Reykjavik gekommen usw. Der Kurs sei richtig, nur müsse man noch mehr rüsten.

In der BRD war dieser Propagandumschwung noch merklicher. Beispielhaft dafür die Begründung der Außen- und Verteidigungsminister der NATO in ihrem Stationierungsbeschluß für die Mittelstreckenraketen am 12. Dezember 1979. Darin hatten die Minister zuerst die sowjetische Rüstung bei Mittelstreckenraketen

heftig angegriffen: "Während die Sowjetunion ... ihre Überlegenheit bei den nuklearen Mittelstreckensystemen (LRTNF) sowohl qualitativ als auch quantitativ ausgebaut hat, ist das entsprechende Potential des Westens auf demselben Stand geblieben" – und damit ihren Beschluß zur Stationierung der Pershing II und Marschflugkörper begründet. Nun heißt es auf einmal in der "Welt" (15.10.): "Alle Mittelstreckenraketen in Europa aufzugeben, wenn die Sowjetunion das gleiche täte, hätte gegen den NATO-Beschluß von 1979 verstoßen." Und in der "FAZ" polemisiert ein Karl Feldmeyer am 20.10. gegen jedes Abrüstungsangebot bei den Mittelstreckenraketen: "Suggerierte nicht schon die Wortwahl 'Nach'-Rüstung, die Beschaffung eigener Mittelstreckenwaffen sei ein von der sowjetischen 'Vor'-Rüstung, der Einführung der SS-20, herbeigeführter Vorgang? Daß das nicht zutraf, mußte den im Oktober 1981 in Gleneagles versammelten Verteidigungsministern bekannt sein ... Das Angebot einer 'Null-Lösung' war für die Öffentlichkeit gedacht und im Vertrauen darauf ausgesprochen, daß Moskau nicht bereit wäre, seine Mittelstreckenraketen total zu beseitigen."

Damit ist die seit Jahren verfolgte Propagandalinie, wonach jede Rüstung des Westens nur deshalb erfolge, um das militärische "Gleichgewicht zwischen Ost und West" zu wahren – eine Formel, die bislang alle Kräfte des bürgerlichen Lagers in der BRD, von äußersten Reaktionären

#### BRD zeichnet Anti-Folter-Konvention der UN – aber ...

Jahrelang hatte sich die Bundesregierung geweigert, der Konvention der UN gegen Folter und unmenschliche Behandlung beizutreten. Jetzt ging durch die Presse, man habe die Bedenken aufgegeben. Tatsächlich hat die Bundesregierung eine völkerrechtlich völlig unverbindliche Zeichnung vorgenommen und dabei in einer Erklärung Vorbehalte insbesondere bezüglich Art. 3 (Auslieferungsverbot bei drohender Folter) angekündigt. Wann und ob ratifiziert werden soll, ist dagegen noch völlig offen. Die Bundesregierung bezeichnet in der Erklärung den in der Konvention benutzten Folterbegriff als "unscharf" und "interpretationsbedürftig" (z.B. dürfe das Handabhacken bei Dieben in manchen islamischen Ländern nicht dazu gezählt werden). Die Bundesregierung befürchtet, durch völkerrechtliche

Bindungen zur Aufnahme von Asylbewerbern gezwungen zu werden, die man durch deutsches Asylrecht leicht los wird. Zusätzlich soll einer Diskussion über die Isolationshaftbedingungen in BRD-Gefängnissen vorgebeugt werden, die sich auf die Achtung unmenschlicher Behandlung durch die UN beziehen könnte. – (kuh)

#### BRD bildet türkische "Antiterror"-Kommandos aus

Drei Monate ist es her, daß die Fraktion der Grünen im Bundestag anfragte, ob es zutrefte, daß türkische "Antiterror"-Kommandos, die zur Unterdrückung des Befreiungskampfes in Türkisch-Kurdistan eingesetzt werden, in der BRD ausgebildet würden. Bis heute steht die Antwort der Bundesregierung aus. Die Kurdistan-Komitees Köln, Paris, Den Haag und Genf haben jetzt erneut einen Beleg für diese Aktivitäten veröffentlicht: Eine Kopie der türkischen Zeitung

"Hürriyet" vom 12. August, die die Ausbildung dieser Truppe auf ihrer Titelseite feierte. "Ein Teil davon soll seine Ausbildung in den USA und der BRD abgeschlossen haben", schreiben die Komitees. Die juntafreundliche Presse feiere diese Folterknechte als "türkische Rambos" oder "Hammer-Teams". Die Stärke dieser Spezialeinheiten soll von jetzt 1500 auf 3000 Mann gesteigert werden. (Quelle: Kurdistan Komitee Köln, Erklärung Nr. 11/86 – rül)

#### Stoltenberg "saniert" in Jugoslawien

Das Bundesfinanzministerium teilt in seinen neuesten "Finanznachrichten" mit: Am 10. Oktober habe man die dritten "deutsch-jugoslawischen Umschuldungsverhandlungen" abgeschlossen. Die Rückzahlung mehrerer Kredite wurde verschoben. Das Abkommen verfällt, wenn Jugoslawien nicht "nach dem Urteil des Pariser





Am 27.10. hetzte Kohl im US-Magazin "Newsweek" über Gorbatschow: "Er ist ein moderner kommunistischer Führer, der etwas von Öffentlichkeitsarbeit versteht. Goebbels, einer der Verantwortlichen für die Verbrechen der Hitler-Ära, war auch ein Experte für Öffentlichkeitsarbeit." Da spricht ein Nachfolger Goebbels!

über Liberale bis hin zu Sozialdemokraten vom Schlage eines Helmut Schmidt, geeint hatte – von reaktionärer Seite aus fallengelassen. Die neue Rüstungslosung lautet nicht mehr "Gleichgewicht", sondern Übergewicht über das "Reich des Bösen". Von da bis zum öffentlichen Aufruf zum Vernichtungskrieg gegen die Staaten des Warschauer Paktes ist es nicht mehr weit. Eine Verschärfung auch des praktischen Drucks, der Erpressungsversuche und Provokationen gegen die Staaten des Warschauer Paktes wird so vorbereitet.

Diese Umstellung in der Propagandalinie der Reaktionäre geht einher mit praktischen Erfolgen. So hat die Sowjetunion in Reykjavik darauf verzichtet, die Einbeziehung der britischen und französischen Nuklearwaffen in Abrüstungsvereinbarungen zu verlangen. Bei 800 französischen und

über 600 britischen Nuklearsprengköpfen, die Anfang der 60er Jahre gegen die Sowjetunion eingesetzt werden können, ist das ein bemerkenswertes Zugeständnis. Die Aggressivität der westeuropäischen Imperialisten ist dadurch nicht gedämpft, sondern im Gegenteil weiter angestachelt worden.

#### Nach Reykjavik: Neue NATO-Atomplanung

Auch auf dem Gebiet der nuklearen Einsatzplanung haben die westeuropäischen Imperialisten und die USA unmittelbar nach dem Gipfeltreffen ihre aggressiven Absichten deutlicher formuliert. Am 22. Oktober verabschiedete die Nukleare Planungsgruppe der NATO in Gleneagles (Schottland) eine Neufassung der seit 1969 gültigen "Allgemeinen politischen Richtlinien für den Einsatz nuklearer Waffen zur

Verteidigung der NATO". Die "FAZ" vom 23.10. erläutert: "Inhaltlich wichtig ist dabei, daß sich nunmehr die Zielplanung des NATO-Oberbefehlshabers Europa und der ihm unterstellten Befehlshaber noch stärker als bisher an der Auflage zu orientieren hat, daß Atomwaffen-Einsatz primär politisch wirken soll. Aus diesem Grunde ist auch stärker als bisher das Territorium des Aggressors (das könnte nur die Sowjetunion sein) in diese Zielplanungen einzubeziehen... Dazu ist das Bündnis durch die Stationierung der weitreichenden Mittelstreckenwaffen (Pershing II-Rakete und Marschflugkörper) erst voll befähigt worden." Die "primär politische" Wirkung, die sich die NATO davon erhofft, ist eine Vertiefung der Widersprüche zwischen der SU und ihren osteuropäischen Verbündeten, denen eine "Schonung" vor atomarem Schlägen signalisiert wird – falls sie sich der NATO ergeben!

Die neue Zielplanung kommt den Eroberungswünschen der westeuropäischen Imperialisten, speziell der BRD, entgegen. Diese können künftig von ihrem eigenen Territorium aus direkt die Sowjetunion atomar angreifen, während die DDR, Polen usw. atomar unversehrt erobert werden sollen.

Auch bei anderen Fragen der NATO-Strategie wollen die westeuropäischen Imperialisten ihr gestiegenes Gewicht künftig stärker zur Geltung bringen. So warnte Kanzler Kohl in dem US-Magazin "Newsweek" den US-Präsidenten vor jedem Versuch, über "europäische Interessen" hinwegzugehen: "Wir Deutschen haben einige Erfahrungen mit Konferenzen dieser Art, wo sich Spitzenpolitiker treffen und glauben, sie können nun über das Schicksal von Nationen entscheiden.

Clubs (der imperialistischen Gläubiger, d. Red.) ein befriedigendes Wirtschafts- und Strukturprogramm durchführt." So "ordnet" die BRD auch wieder auf dem Balkan die Wirtschaft. Man sei, so Stoltenberg, Jugoslawiens "größter Gläubiger". – (rül)

#### "Schmücker-Prozeß": Neuer Schutz für Verfassungsschutz

Der Westberliner Innensenat hält an der Auskunftsverweigerung im "Schmücker-Prozeß" über die Rolle des Verfassungsschutzes fest. Auf ein jüngst ergangenes Bundesverwaltungsgerichts-Urteil hin präsentierte Kewenig eine neue Begründung: weil sonst das Leben von noch heute tätigen V-Leuten gefährdet wäre. Gleichzeitig übernahm Diepgen den FDP-Vorschlag, eine "Kontrollkommission" für den Verfassungsschutz einzurichten – ohne AL! Unterdessen machte das Kammergericht die Staatsanwaltschaft darauf aufmerksam, daß die

von dieser nach dem Urteil im Juli verfolgte Überprüfung der Haftunfähigkeit nicht der richtige Weg sei, um Ilse Schipper wieder ins Gefängnis zu bringen. Haftfähigkeit erklärte das Gericht für gegeben – ungeachtet eines gegenteiligen Gutachtens. Relevant seien Gründe für "erhöhte Fluchtgefahr". Diese müßten auf einen "Wiederinhaftierungsantrag" der Staatsanwaltschaft hin geprüft werden. Justizsprecher Kähne erklärte dazu, gegenwärtig sei eine Aufhebung der Haftverschonung nicht beabsichtigt – Ergebnis verstärkter Proteste gegen diesen Prozeß. – (haj)

#### Nazi-Mordrichter: Alle Anklagen eingestellt

Das letzte gegen einen früheren Staatsanwalt des Nazi-Volksgerichtshofes anhängige Verfahren ist jetzt von den westberliner Justizbehörden eingestellt worden. Die Begründung war auch hier dieselbe, mit der die

westdeutschen und westberliner Gerichte bisher eine strafrechtliche Verurteilung der Mörder in der Robe verhinderten: Den Mordrichtern seien keine niedrigen Beweggründe nachzuweisen, mit denen sie insgesamt über 5000 Gegner der Nazihierschaft zum Tode verurteilten. Die Robenträger hätten nur im Sinne der damaligen Gesetze gehandelt. Diese Nazi-Morde sind nicht nur straffrei geblieben. Die Mordrichter selbst waren fast ausnahmslos in Richter- und Staatsanwaltschaftsposten des BRD-Staates übernommen worden. Sie erhielten und erhalten für ihre von der BRD-Justiz geschützten Morde hohe Pensionen. Die in der Gewerkschaft ÖTV organisierten Richter und Staatsanwälte fordern eine Dokumentation über die Verbrechen des Volksgerichtshofes. Die VVN, die dafür gesorgt hatte, daß Ermittlungsverfahren zustande kamen, hat die Fortsetzung der Ermittlungsverfahren gefordert. – (gba)



In Heft 10/86 berichtet die "Europäische Wehrkunde" 10/86 über neue Raketenpläne der NATO, speziell der BRD und Frankreichs. "Innerhalb weniger Monate ist die Idee einer Abwehr taktischer Flugkörper in Europa zu einem der wichtigsten Allianzthemen avanciert. Der entscheidende Anstoß hierzu kam von Verteidigungsminister Manfred Wörner." Links: Die US-"Flage"-Rakete, ein erstes Teststück. Rechts: Zeichnung der "Wehrkunde" über eine von MBB entwickelte Raketenabwehr. "Die Konzeption sieht ein hochmobiles System mit sehr hoher Feuerkraft vor". Die neuen Raketen sollen vorstoßende Truppen gegen Luft- und Raketenangriffe schützen. Deshalb sind sie "hochmobil".

Wir erinnern uns an die jüngste Geschichte: Teheran, Jalta, und 1938 München – Chamberlain und Daladier. Die zwölf Stunden, die das Schicksal der Welt entschieden. Wir kennen die Konsequenzen." Das ist ein Versuch, bis weit in faschistische Kreise eine Sammlungsbewegung für ein "starkes und (gegen die Sowjetunion) geeintes Europa" aufzubauen.

Zugleich läßt die Bundesregierung keine Gelegenheit aus, ihre Übereinstimmung mit der britischen und französischen Regierung zu betonen. Kohl sei von der britischen Premierministerin Thatcher ausdrücklich ermächtigt, auch in ihrem Namen mit Reagan zu verhandeln, hieß es z.B. vor der Abreise Kohls in die USA. Direkt nach seiner Rückkehr wird Kohl mit dem französischen Präsidenten Mitterand in Frankfurt zusammentreffen und dabei u.a. über gemeinsame Raum-

fahrtprogramme verhandeln – den Raumgleiter Hermes z.B., militärische Beobachtungssatelliten und eine neue Rakete Ariane V, die in der Lage wäre, schwere militärische Nutzlasten in den Weltraum zu transportieren.

Welche Absichten die BRD mit dieser Betonung westeuropäischer Gemeinsamkeiten verfolgt, beschrieb die "FAZ" am 22.10. so: "All dies (nämlich die Ergebnisse des Gipfels in Reykjavik, d. Red.) müßte für die europäischen NATO-Partner Grund sein, dem Bündnis rasch ein schlüssiges Konzept zu präsentieren, das den Abschreckungsverbund aller Atomwaffen gewährleistet, dies mit seriösen Abrüstungsvorschlägen verbindet und den Null-Lösungs-Vorschlag ersetzt." Neue Rüstungsvorhaben, die die militärischen Möglichkeiten der westeuropäischen Imperialisten weiter stär-

ken, sollen in der Öffentlichkeit vorbereitet werden. "Könnte sich die Frage stellen, ob ein gewisses Maß an westlicher Kurzstrecken-Nachrüstung notwendig würde", hatte beispielsweise die "Welt" am 18.10. geschrieben. Neue Raketen, hochmobil, die der vorstoßenden Truppe das "Vorfeld" von gegnerischen Truppen freimachen und leicht mitgeführt werden können, sind damit gemeint. Noch beraten Militärexperten der NATO darüber, welche Waffen dies genau sein werden. In zwei bis drei Jahren sei dieses Rüstungsvorhaben entscheidungsreif, berichtete unlängst die "Europäische Wehrkunde". Bis dahin muß also eine neue "Raketenlücke" in der Öffentlichkeit behauptet werden. Quellenhinweis: Europäische Wehrkunde 10/86; FAZ, Welt, Ausg. vom 13.10. bis 24.10.; Newsweek, 27.10.86 – (clm, rül)

### Esser: Angriff auf die Niedriglöhne vorantreiben

BDA-Präsident Esser erläuterte in einem Interview mit der Zeitung "Die Welt" vom 27.10.86, daß und wie er den Angriff auf schlecht verdienende Lohnabhängige weiter vorantreiben will. Er will, daß das Beschäftigungsförderungsgesetz, das Zeitarbeitsverträge bis zu zwei Jahren zuläßt und bis 1987 befristet ist, unbefristet verlängert wird. Zu den unteren Lohngruppen führte er aus: "Lohn und Zusatzkosten ergeben vor allem bei weniger qualifizierten Tätigkeiten ein Niveau, das absolut zu hoch ist und sich einstellungshemmend auswirkt. Eine Rolle spielt daneben, daß das Bundesarbeitsgericht einen Kündigungsschutz entwickelt hat, der mit den Notwendigkeiten der Unternehmen nicht in Einklang zu bringen ist. Deshalb muß ernsthaft geprüft werden, ob nicht der Kündigungsschutz vom Ge-

setzgeber geregelt werden soll." Und der damit selbstverständlich noch schlechter werden soll, als er für Arbeiter sowieso schon ist. Was Esser anstrebt, ist tatsächlich eine Schicht von Lohnabhängigen, die für niedrigste Löhne arbeiten und zu jeder Zeit nach Bedarf von den Kapitalisten geheuert und gefeuert werden können. – (uld)

### Kein Wahlrecht für Auslandsdeutsche in NRW

Die CDU setzt ihre Kampagne für das Deutschtum in aller Welt fort. Die CDU-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag beantragte, das Wahlrecht für "Auslandsdeutsche" auch für die Landtagswahlen in NRW zuzulassen. Wahlberechtigt sollten alle "Auslandsdeutschen" sein, die früher einmal im Bundesland gelebt haben. Die CDU rechnet mit 3000 bis 4000 Wahlberechtigten, für die das zutrifft. Vor kurzem hatte die CDU/CSU/FDP-

Koalition im Bundestag beschlossen, daß künftig BRD-Staatsbürger, die im Ausland leben, von dort aus ihr Wahlrecht bei Bundestagswahlen ausüben können. Die Landesregierung NRW lehnte den Antrag zwar ab, ihre Begründung ist jedoch offen für allerlei reaktionäre Deutungen für die Nichtzuerkennung des Wahlrechts. Sie erklärte, für die Ausübung des Wahlrechts sei "hinreichende Vertrautheit" mit den Gegebenheiten des Landes notwendig. – (uld)

### "Gemeinsame Erklärung aus Ost-Europa"

Zum 30. Jahrestag des Aufstandes in Ungarn am 2. Oktober 1956 haben 118 Personen aus Ungarn, der Tschechoslowakei, Polen und der DDR eine "Gemeinsame Erklärung aus Ost-Europa" veröffentlicht. Sie bezeichnen sich selber als Mitglieder von Friedens- und Oppositionsgruppen. Unter den polnischen Beteiligten befinden

## Innere Sicherheit

**Ausweitung des Staatsterrorismus**

Am 21. Oktober, zehn Tage nachdem der Ministerialdirigent im Auswärtigen Amt, von Braunmühl, nach Angaben des BKA von einem Kommando der Roten-Armee-Fraktion erschossen worden war, legte eine Arbeitsgruppe der Regierungsfaktionen die Ergebnisse ihrer Planungen für weitere Gesetzesverschärfung zwecks Terroristenjagd vor. Einen Tag später billigten die Fraktionen von CDU/CSU und FDP die Vorhaben, am selben Tag befaßte sich die Innenministerkonferenz der Länder mit den Beschlüssen. Bundesinnenminister Zimmermann gab bekannt, daß die erste Lesung der Gesetze am 7. November stattfinden und ihre Behandlung noch in diesem Jahr abgeschlossen sein soll.

Geplant sind bisher folgende Gesetzesänderungen und Maßnahmen:

- Erstens holt die Koalition die bereits einmal geplanten Verschärfungen des Demonstrationsstrafrechts wieder hervor. Danach sollen Vermummung und die sogenannte passive Bewaffnung nicht mehr Ordnungswidrigkeiten, sondern Straftatbestände sein, die mit Gefängnis bestraft werden können.
- Zweitens sollen die Paragraphen 130a und 88a des Strafgesetzbuches wieder eingeführt werden, nach denen die Befürwortung von Straftaten und die Anleitung zu Straftaten unter Strafe gestellt werden.
- Drittens soll eine Schutzhaft gegen Leute möglich sein, die die Polizei als "reisende Gewalttäter" bezeichnet, Leute also, die wegen ihrer Beteiligung an Demonstrationen polizeibekannt sind und denen deshalb persönli-

ches Demonstrationsverbot per Schutzhaft aufgezwungen wird.

– Viertens soll den Länderpolizeien ab sofort wieder gestattet sein, das Kraftfahrzeugzentralregister in Flensburg (ZEVIS) ohne förmliche Anklagen zu benützen. Auf das Zentralregister kann per Datenverbund automatisch zugegriffen werden, der Computer erteilt Auskünfte über angefragte Halter bzw. zu Kraftfahrzeugkennzeichen gehörende Halter. Über die Anfrage erfolgt ein Vermerk im Register.

– Fünftens soll der Generalbundesanwalt die Kompetenz erhalten, künftig auch Anschläge auf Sachen zu verfolgen, d.h. die Fahndung nach den Urhebern von Anschlägen auf Strommasten, Baufahrzeuge bei Kernkraftwerken, Zerstörer von Bauzäunen etc. wird zentralisiert. Die Straftaten sollen in den Straftatbestand "Bilden einer terroristischen Vereinigung" aufgenommen werden. Damit verbunden ist dann auch, daß der Aufruf zu solchen Straftaten als Anleitung zur Gewalt verfolgt werden kann, d.h. die Überlegung, ob der Bauzaun eines Kernkraftwerkes oder einer Wiederaufbereitungsanlage durchlässig gemacht werden kann, wird dann strafbar sein.

– Sechstens haben die Länderinnenminister die Ausweitung und Forcierung der "verdeckten Ermittlung" beschlossen, d.h. Mitglieder von Polizei und Verfassungsschutz sollen verstärkt in die RAF und das sogenannte "Umfeld" eingeschleust werden, ihnen ist erlaubt, an der Vorbereitung von Straftaten und den Straftaten selbst teilzunehmen.

– Siebtens will die Koalition für zwei Jahre einen "Kronzeugen" einführen. Der Gesetzentwurf, veröffentlicht in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 24. Oktober, sieht vor, daß

Strafnachlaß oder lediglich eine Geldstrafe erhält, wer an einer Straftat nach § 129 a (Terroristische Vereinigung) beteiligt war, aber bereit ist, "1. eine solche Straftat über seinen eigenen Tatbeitrag hinaus aufzuklären oder 2. zur Ergreifung eines Mittäters oder Teilnehmers zu führen". Die gleiche Straferleichterung soll gelten, wenn ein Kronzeuge aussagt über Straftaten, von denen er lediglich weiß, aber nicht an ihnen beteiligt war. Das Verfahren eröffnet – zusammen mit der Ausweitung von Spitzeltätigkeit – die Möglichkeit, künftig Zeugen zu präsentieren, die der Staatsanwaltschaft alles Benötigte aussagen.

Die SPD verhält sich gegenüber dem gesamten Paket eher zustimmend als ablehnend. Die SPD-Innenminister haben dem ZEVIS-Zugriff, der Ausweitung der verdeckten Ermittlung und der verstärkten Fahndung zugestimmt. Gegenüber den anderen Vorhaben hat die SPD keine Fraktionsstellungnahme.

Quellenhinweis: Die Welt v. 14.10. bis 25.10.1986; FAZ, Handelsblatt v. 23.10.86 – (uld)

## Lappas Beugehaft

**Zugriff auf die Gewerkschaftskasse verhindern!**

Der DGB-Vorsitzende Breit hat in seiner Stellungnahme zur gezielten zum IGM-Gewerkschaftstag inszenierten Verhaftung des Vorstandsvorsitzenden der Gewerkschaftsholding BGAG Lappas richtig zusammengefaßt, worum es der Reaktion geht: "In Wirklichkeit geht es dem Ausschuß um die Ausforschung des Vermögens der (west-, d.V.) deutschen Gewerkschaften. Das können wir nicht hinnehmen

sich ehemalige Mitglieder und Berater der aufgelösten Gewerkschaft "Solidarität" aus denjenigen Intellektuellenkreisen, die schon in dieser Gewerkschaft für die Vorherrschaft der neuen Mittelklassen über die Arbeiter kämpften. Dafür stehen Namen wie Kuron, Michnik und Lipski. In der Erklärung bekräftigen die Beteiligten ihre Entschlossenheit, in ihren Ländern "für politische Demokratie und für einen auf den Prinzipien der Selbstbestimmung gegründeten Pluralismus einzutreten sowie für eine friedliche Überwindung der Teilung Europas und für eine demokratische Integration auf diesem Kontinent, die die Rechte aller Minderheiten einschließt". Den westdeutschen Revanchisten, die ständig auf Einmischungsrechte wegen deutscher Minderheiten pochen und eine Basis für ihre Aggression suchen, wird die Erklärung ins Konzept passen. (Quelle: Spiegel Nr. 43 vom 20.10.1986 – anl)



"Ein Deutscher unter Deutschen" überschreibt die "Welt" ihren Bericht vom Auftritt des Ex-Kanzlers Helmut Schmidt in der Potsdamer Nikolaikirche am vergangenen Wochenende. "Niemand weiß, wie lange die Teilung dauern wird, dennoch dürfen wir das Ziel einer schrittweisen Überwindung der Grenzen, der schrittweisen Herstellung eines gemeinsamen Daches nicht aus den Augen verlieren", sagte er in die atemlose Stille hinein – "Die Welt" war dabei. Der Anlaß war genauso frech wie die Rede selbst: Schmidt feierte den 301. Jahrestag der Ansiedlung der Hugenotten in Preußen. Großdeutsche Propaganda in preußischer Tradition – da schwärmen die Reaktionäre! – (rül)



..." (Handelsblatt, 20.10.86) Die IG Metall und der DGB haben die Aussageverweigerung von Lappas vor dem Untersuchungsausschuß zurecht unterstützt und die Beugehaft mit dem Angriff der Faschisten auf die Gewerkschaften von 1933 verglichen.

Auf jeden Fall geht es dabei nicht um Kleinigkeiten. Auf über 2 Mrd. DM wird die zu erwartende Verlustabdeckung der Neuen Heimat durch die Gewerkschaften auch nach dem Verkauf geschätzt. (Welt, 20.10.86) Auf 2 bis 4 Mrd. DM hatte der von der BGAG bestellte Berater Meier-Prescharny den von den Gewerkschaften aufzubringenden Sanierungsaufwand der Neuen Heimat vor ihrem Verkauf berechnet. (Handelsblatt, 20.10.86) An diese Streikgelder will die Reaktion. "Eine Diskussionslinie zumindest unter den 13 Gläubigerbanken zielt auf Zeitgewinn. Auf jeden Fall abgewartet werden sollen die Bundestagswahlen und ... auch die Zweijahresfrist eines möglichen Handlungsdurchgriffs auf die BGAG und ihre Beteiligungsgesellschaften ... wobei die Gewerkschaftsholding in der Pflicht gehalten wird und insoweit den 'schwarzen Peter' hat." (Handelsblatt, 20.10.86)

In dieser Situation bezeichnet die taz vom 21.10. die Beugehaft des BGAG-Vorsitzenden als "selbstverschuldete Demütigung", und die GRÜNEN unterstützen die Ausforschungen der BGAG im Zusammenhang mit der Neuen Heimat, obwohl sie erst seit 1983 an der NH beteiligt ist. Mit diesem Vorgehen ebnen sie der Reaktion den Weg und sehen noch nicht einmal, daß sie selbst vielleicht die nächsten sind. Darüber wird schon laut nachgedacht: "Die Grünen finanzieren sich nicht, wie das Gesetz vorschreibt, zu wenigstens 50 Prozent aus Eigenmitteln. Sie sind ... weitgehend von staatlichen Zuschüssen abhängig ... (es bleibt) eine Tatsache, daß die Protestbewegung, die sich als Partei definiert, im wesentlichen durch Wahlkampfkostenerstattung aus Steuermitteln hochgepäpelt wurde." (Braunschweiger Zeitung, 24.10.)

Bei aller berechtigten Kritik an den persönlichen Machenschaften und politischen Fehlern der Führung der Gewerkschaftsorganisationen muß daran festgehalten werden, daß diese Angelegenheiten ausschließlich die Gewerkschaften selber bereinigen müssen. Schließlich ist der Hauptfehler dieser Führung gerade das Nachgeben gegenüber reaktionären Positionen und Absichten von Banken und bürgerlicher Politik gewesen. Daher die Verschuldung der NH. Jetzt dieser Politik weiter nachzugeben, bedeutet die schrittweise Zerstörung der Gewerkschaften und ihrer materiellen Gestaltungsmöglichkeiten im Reproduktionsbereich. Deshalb: Keinen Pfennig aus der Streikkasse für Sanierung der Neuen Heimat! Der Staat und die Banken sollen zahlen! — (jeb)

## IGM-Gewerkschaftstag

### Zur Debatte um die Flexibilisierung der Arbeitszeit

Eine zentrale Aufgabe des IGM-Gewerkschaftstags war die Klärung der Position zur Flexibilisierung. Hier mußten wichtige Entscheidungen im Hinblick auf die Tarifbewegung 1987 und die kommenden Jahre getroffen werden.

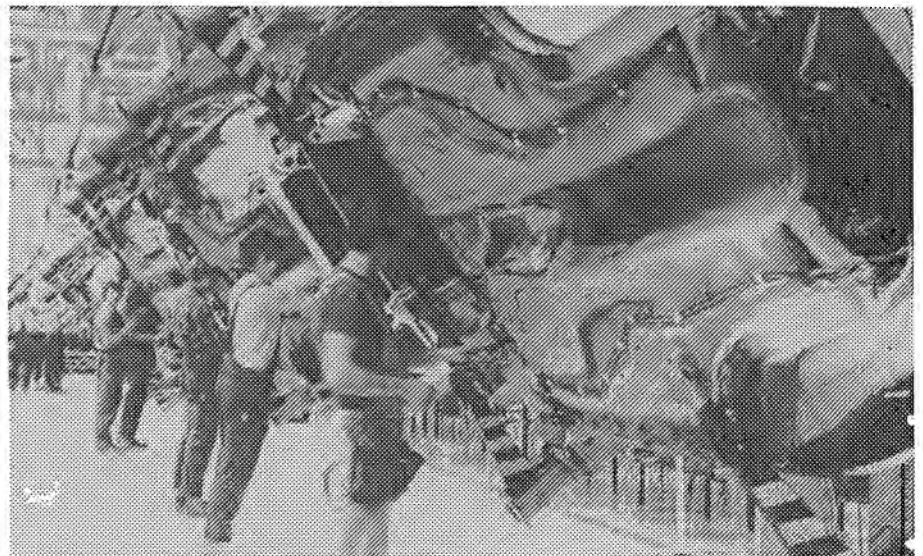
Für das bürgerliche Lager hat die Flexibilisierung strategische Bedeutung, weil sie die Verfügung der Kapitalisten über die Lohnabhängigen erweitert, die Differenzierung und Konkurrenz unter den Lohnabhängigen stimuliert und dadurch die Parteibildung der Arbeiterklasse behindert.

Die bürgerlichen Medien haben über die Flexi-Diskussion des Gewerkschaftstags tendenziös berichtet. Sie haben sich erst gar nicht bemüht, einen Eindruck von den vertretenen Standpunkten zu schaffen, sondern haben ihren Wünschen in der Berichterstattung freien Lauf gelassen. Was hat der Gewerkschaftstag tatsächlich beschlossen?

Für die Tarifpolitik maßgeblich ist

rellen, sozialen und gesellschaftlichen Leben teilnehmen können".

Gegenüber der Flexibilisierung verlangt die Entschliebung, daß neue Arbeitszeitformen "keine negativen Beschäftigungswirkungen haben, nicht zu zusätzlichen Belastungen führen, die Freizeitsituation nicht verschlechtern" dürfen. Und: "Im Sinne dieser Grundsätze gilt es, das freie Wochenende (Samstag und Sonntag), die 5-Tage-Woche (Montag bis Freitag) und den 8-Stunden-Tag als tägliche Höchstarbeitszeit zu verteidigen und zu sichern". Damit sind einige Grundsätze gegen Flexibilisierung formuliert und Anhaltspunkte für Widerstand gegen die Kapitalisten gegeben, wie sie 1984 nicht bestanden. Wenn sich CDU-Biedenkopf nach dem Gewerkschaftstag in "Bild am Sonntag" freute, die IGM habe jetzt einen Vorsitzenden, für den auch die Arbeit am Samstag kein Tabu sei, so steht doch fest: Einer evt. Bereitschaft in dieser Richtung hat der Gewerk-



Vor allem die Konzerne (auf dem Bild PKW-Montage bei Audi) wollen Flexibilisierung durch längere Betriebszeiten und zwingen Zulieferer zur Anpassung.

die Entschliebung 12. Sie wurde — mit einer Änderung bezüglich der Einbeziehung der Auszubildenden in gemeinsame Tarifverträge — in der Fassung des Antrags verabschiedet (siehe Pol. Berichte 19/86). Sie legt damit die IGM bei der Arbeitszeit so fest: "Die weitere Verkürzung der Wochenarbeitszeit bleibt Schwerpunkt qualitativer Tarifpolitik. Die IG Metall strebt die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich an, um Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen, die gestiegenen Belastungen auszugleichen und die Voraussetzungen zu verbessern, daß Arbeitnehmer ihr persönliches Leben gestalten und am kultu-

schaftstag den Weg verstellt.

Zwei große Probleme behandelt die Entschliebung 12 nicht bzw. nicht ausreichend: die wachsende Arbeitsintensität und die Ausdehnung der Betriebsnutzungszeit durch Schicht- und Nachtarbeit. Zu diesen Punkten lagen dem Kongreß zwei Ergänzungsanträge vor. Um diese Anträge ging nahezu die gesamte Diskussion im Rahmen der Entschliebung. Zahlreiche Delegierte äußerten das Anliegen, durch "definierte Arbeitsbedingungen" die Intensivierung und durch Beschränkung der Betriebsnutzungszeit die Verlagerung der Arbeit in die Nacht zu bekämpfen und hielten solche Regelungen für un-



### Materialien des IGM-Gewerkschaftstages

**Ergänzungsantrag Nr. 13** zur EntschlieÙung Nr. 12 (Tarifpolitik)  
Antragsteller: Klaus Zwickel und Genossen (63 Unterschriften)

Der 15. ord. Gewerkschaftstag möge beschließen:

In Ziffer 2 – Arbeitszeitpolitik – wird der 3. Absatz wie folgt ergänzt:

"... Das heißt insbesondere:

- keine negativen Beschäftigungswirkungen haben,
- daß die Bedingungen der Arbeit so definiert werden, daß Arbeitszeitverkürzung nicht zu zusätzlichen Belastungen führt,
- die Freizeitsituation nicht verschlechtern".

(Als Material zu E 12 angenommen)

**Erg.antrag Nr. 14** zu E 12

Antragsteller: Erich Fieberling und Genossen (56 Unterschriften)

Der 15. ord. Gewerkschaftstag möge beschließen:

Unter Punkt 2 – Arbeitszeitpolitik – wird der 5. Absatz (jetziger Text: Im Sinne dieser Grundsätze gilt es, das freie Wochenende (Samstag und Sonntag), die 5-Tage-Woche (Montag bis Freitag) und den 8-Stunden-Tag als tägliche Höchstarbeitszeit zu verteidigen und zu sichern) wie folgt ergänzt:

"... die Betriebsnutzungszeit bei Normalschicht auf 40 Stunden zu begrenzen (entsprechende Regelung bei Schichtarbeit) und die Schichtarbeit mit dem Ziel ihrer Einschränkung weiter zu regeln".

(Als Material zu E 12 angenommen).

**Aus: "Grundsatzreferat" Franz Steinkühler**

... Das Verlogene an der ideologischen Offensive der Rechten ist die

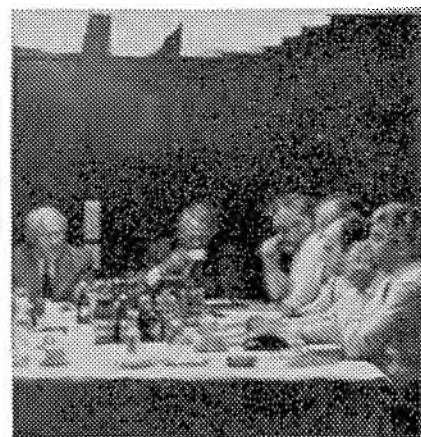
Maßlosigkeit, mit der sie einer Mehrheit vorgaukeln, was mit ihrer Politik nur für eine kleine Minderheit eingelöst werden kann. Es ist dies zugleich die Schwäche dieser Offensive und der Punkt, an dem wir den Hebel ansetzen müssen. Wir brauchen dazu nur die Wahrheit zu sagen, die da lautet: Ja, die IG Metall ist in der Tat für die Ausweitung des individuellen Spielraumes und für mehr Freiheit des einzelnen, von der die Konservativen so gerne reden! (Beifall) Aber individuelle Freiheit und das Recht auf Selbstentfaltung sind ohne Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität nicht denkbar. (Beifall) Die Vielfalt der menschlichen Begabungen und Fähigkeiten kann nur vor dem Hintergrund gleicher Lebenschancen genutzt werden, sonst bleibt es das Privileg einer elitären Minderheit.

Individualität innerhalb und außerhalb des Betriebes kann sich erst auf der Basis kollektiver Regelungen der Arbeitsbedingungen und vor dem Hintergrund sozialer Sicherheit entfalten.

Mit uns kann man über mehr Flexibilität reden, aber die darf nicht zusätzliche Abhängigkeiten bringen, sondern sie muß zu mehr persönlicher Freiheit führen. Der Mensch, jeder einzelne, will souverän sein über zeitliche Lage und Ausmaß der Veräußerung seiner Arbeitskraft, mit der er stets auch ein Stück seiner selbst veräußert.

Wir haben nichts gegen Gleitzeit, aber sie darf nicht die Schichtarbeit über die Hintertür einführen, sondern sie muß den persönlichen und den individuellen Bedürfnissen der Arbeitnehmer entsprechen...

Wir werden für den Erhalt des 8-Stunden-Tages als Höchstgrenze der Regelarbeitszeit und für den Erhalt



Der Manteltarif von 1984 entkoppelte erstmals tariflich Arbeits- und Betriebsnutzungszeit.

des freien Wochenendes als Mindestbedingungen kämpfen. (Beifall)

**Aus: Hans Janßen. Geschäftsbericht**

... Und sie (die Arbeitgeber) jonglierten mit der "Flexibilisierung" als Ersatz und Alternative zur Arbeitszeitverkürzung. Die Auseinandersetzung darum wird keine Randfrage sein. Sie ist eine soziale Grundentscheidung für die Zukunft der Arbeitszeitpolitik...

Wir wollen soziale Arbeitszeiten – statt unternehmerischer Flexibilisierung. Wir wollen mehr Wahl- und Gestaltungsmöglichkeiten im Interesse der abhängig Beschäftigten. Wir wollen aber auch bewährte Errungenschaften bewahren: den 8-Stunden-Tag, das freie Wochenende und den 2-Monatszeitraum... Ich halte zum Beispiel den 7-Stunden-Tag für eine entscheidende Form der Arbeitszeitverkürzung...

abdingbar im Zusammenhang weiterer Arbeitszeitverkürzung. Sie verlangten deshalb, die Ergänzungsanträge als Teil der EntschlieÙung zu verabschieden und nicht nur als Material, wie von der Antragsberatungskommission vorgeschlagen. Diese Absicht fand schließlich nicht die Mehrheit, die Anträge wurden als Material verabschiedet. Das heißt, sie binden den Vorstand, die Tarifkommissionen usw. nicht, bieten aber die Möglichkeit, die Abwehr von Intensivierung und Verlängerung der Betriebszeiten innerhalb der IGM zielstrebig weiter zu erörtern.

Franz Steinkühler hatte vor dem Gewerkschaftstag Zustimmung zu längeren Betriebszeiten, neun, zehn oder elf Stunden, signalisiert. In der Diskussion über den Ergänzungsantrag 14 ist er gegen die Annahme als Teil der EntschlieÙung aufgetreten: "... Wir haben stets für den 8-Stunden-Tag gekämpft. Das wollen wir auch wei-

terhin tun. Aber wir haben gekämpft für den 8-Stunden-Tag des Menschen. Damit ist nach meinem Verständnis nicht unbedingt der 8-Stunden-Tag für die Maschine gemeint. Das sind zwei Paar Stiefel". Und etwas später: "Aber könnte es nicht auch der Fall sein oder gäbe es nicht möglicherweise auch den Fall – ich frage noch vorsichtiger –, daß mancher Betrieb, der neu investieren muß, durch Ausdehnung der Betriebsnutzungszeit in der Lage wäre, seine Kapitalkosten zu senken? Und haben wir da unbedingt etwas dagegen?..."

Als ob die "Senkung der Kapitalkosten", z.B. ein 18- oder 24-Stunden-Tag "der Maschine", nicht zulasten der Lohnabhängigen ginge. Ein achtstündiger (oder auch siebenstündiger) Arbeitstag in der Nacht ist bekanntlich ungleich zermürend als am Tag. (In diesem Desinteresse für die Lage des Arbeitstags traf sich Steinkühler übrigens durchaus mit dem zu-

rückgetretenen Hans Janßen, der zwar allgemein "gegen Flexibilisierung", für "7-Stunden-Tag" auftrat, aber keine Anstalten machte, der 1984 von ihm mit ausgehandelten Abkoppelung der Betriebszeiten zu Leibe zu rücken.) Schließlich konnte Steinkühler in der Diskussion offensichtlich mit dem Argument Eindruck erzielen, daß die vorgeschlagene Beschränkung der Betriebsnutzungszeit auf 40 Wochenstunden die bestehenden Gleitzeitregelungen infragestelle. Damit käme die IGM in Gegensatz zu den Arbeitszeitwünschen vieler Leute. Seinerseits hat er freilich keine Anstrengungen unternommen, um solche Probleme sachlich weiter zu klären. Es ist ihm auch nicht etwa in den Sinn gekommen, seine elfstündige Betriebsnutzung aus dem Osnabrücker Interview als tarifliche Marke vorzuschlagen, was ja immerhin auch noch eine Schranke gegen Einführung von Nachtarbeit wäre. – (mie, rok)

## Chile

## Die Philippinen – ein Modell für Chile? Zur Politik der Christdemokraten

Vor kurzem profilierte sich der CDU-Politiker Geißler als heftiger Kritiker der chilenischen Junta, nachdem die CDU jahrelang zu ihren treuesten Freunden gezählt hatte. Der Bericht eines Journalisten aus Chile gibt einigen Aufschluß über den scheinbaren politischen Schwenk der CDU. Der Artikel wurde gekürzt, die Zwischenüberschriften von der Redaktion eingefügt. – (scc)

Der Abgang von Ferdinand Marcos, dem langjährigen Diktator auf den Philippinen, weckte große Hoffnungen in der Welt, vor allem dort, wo Diktaturen noch überleben können. Nach den Ereignissen auf den Philippinen warfen alle Politiker in der Welt ihre Blicke nach Chile, denn viele glaubten, in Chile könnte man das gleiche erleben. Die ganze Welt und selbst die Politiker in Chile suchten eine chilenische "Cory", wenige versuchten, die Lage im Lande zu durchschauen.

Die bürgerliche Opposition in Chile träumt von einer "philippinischen Lösung" und sucht verzweifelt den Konsens, auf dem die "Demokratisierung Chiles" möglich wird. Die Aufgabe ist gar nicht leicht, denn es geht nicht nur um eine Basis für die gesamte bürgerliche Opposition, sondern um einen Konsens, der auch von Pinochet zumindest als Verhandlungsgrundlage akzeptiert wird. Ferner soll auch die Linke des MDP (Demokratische Volksbewegung) isoliert, zumindest aber neutralisiert werden.

Die Christliche Demokratische Partei (DC) ist die größte Partei der chilenischen Rechten und trägt bedeutend zur Einigung der gesamten oppositionellen Gruppierungen bei. Gleichzeitig ist sie Trägerin einer historischen Tendenz der chilenischen Gesellschaft, die zumindest zeitweise erfolgreich gewesen ist.

### Das Programm der DC

Die Veränderungen in den wirtschaftlichen und politischen Beziehungen der Welt, die Transnationalisierung der abhängigen Staaten verursachten große nationale Krisen und Umstrukturierungen der jeweiligen Modelle. Chile war und ist keine Ausnahme.

Die Ergreifung der Macht durch Pinochet hatte als oberstes Ziel die Modernisierung und Konsolidierung eines Modells, das Chile an die neuen Realitäten anpassen sollte: Anschluß Chiles an das internationale Wirtschaftssystem, Herstellung neuer Bindungen an den Imperialismus und Eingliederung des Landes in die politisch-militärische Strategie der USA. Dies hatte zwangsläufig zur Folge, daß die politischen Kräfte, die in der Vergangenheit eine bedeutende Rolle in der Stabilisierung des Landes gespielt hatten, angesichts der neuen Anforderungen als "anachronistisch" galten.

Die "Modernisierung" des Staates

ist ein gewaltiger Umwälzungsversuch der monopolistischen Kräfte gewesen, und der Prozeß, der sie hervorbrachte, verdrängte die "nationale Bourgeoisie" aus ihrer traditionellen Rolle. Sie konnte der ausländischen Konkurrenz nicht standhalten und verlor sehr schnell ihre wirtschaftliche Basis. Die Großindustrie konnte in kurzer Zeit einen Akkumulationsprozeß in Gang setzen, und damit schloß sie andere Produktionssektoren aus oder zumindest zwang sie sie in eine untergeordnete Position.

Die DC unterstützte den Militärputsch von 1973, sie beteiligte sich an der Destabilisierungskampagne des US-Imperialismus und der Reaktion gegen die Volksregierung von Salvador Allende, weil sie glaubte, die Streitkräfte würden Allende stürzen und die Bahn freigeben für eine bürgerlich-demokratische Normalisierung. Als sie die Absichten des Diktators erkannte und feststellte, daß er eine kohärente (zusammenhängende) Strategie durchsetzen wollte, löste sie sich von ihm, aber es war schon zu spät.

Heute ist die DC in der Opposition und vertritt die "politische Mitte"; sie versucht, aus dieser Position heraus eine politische Strategie durchzusetzen, deren Ziel ist, die "Demokratisierung" der Gesellschaft auf friedliche Weise und durch Verhandlungen mit den Streitkräften zu erreichen. Bestandteil dieser Strategie ist die Bildung eines "nationalen Konsens" zwischen allen demokratischen Kräften, unter Ausschluß der "Kommunisten", also der Linken (PC, PS, MIR und andere revolutionäre Kräfte), die sich im MDP vereinigt hat.

Das Programm der DC hat sich nicht wesentlich geändert; sie vertritt weiterhin die Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems unter den neuen Bedingungen der Entwicklung des Landes, d.h. Wachstum nach "innen", um die Interessen der ausgeschlossenen Sektoren zu garantieren (Produktivinvestitionen, Schaffung neuer Arbeitsplätze, Ausweitung der internen Kaufkraft, protektionistische Maßnahmen zugunsten der chilenischen Bourgeoisie etc.). Politisch ist sie für eine neue Regelung der Rolle des Staates, Einführung des parlamentarischen Systems und Präsidentschaftswahlen. Im internationalen Bereich ist sie für die Schaffung einer neuen Grundlage in den Verhandlungen

mit dem IWF (damit die Bedingungen der Rückzahlung der Auslandsschulden nicht die innere Stabilität gefährden).

Die Ausgangspositionen der DC, dieses Programm durchzusetzen, sind äußerst schlecht: Erstens weil sie politisch in der Lage sein muß, die Diktatur aus dem Weg zu schaffen; zweitens weil sie die Forderungen des Volkes berücksichtigen muß, um eine sozial-politische Rückendeckung zu garantieren; und drittens weil sie nichts erreichen kann, wenn es ihr nicht gelingt, die internationalen Kräfte davon zu überzeugen, daß sie deren Interessen garantieren wird.

Die DC und alle anderen bürgerlichen Kräfte haben die immense Aufgabe, einen Konsens zu erreichen, um die Stabilität, ja sogar die Existenz des Kapitalismus in Chile zu sichern. Pinochet ist aber eine Realität, und mit ihm ein Modell, das nicht abgelöst werden kann, bevor die Bourgeoisie und der Imperialismus einen Ersatz gefunden haben.

Die Großunternehmer, die Financiers und die Imperialisten brauchen weiterhin Bedingungen, die ihnen erlauben, Chile weiter unter Kontrolle zu halten und auszubeuten. Pinochet muß gehen, aber die Form und der Inhalt der neuen Regierung sollen die strategischen Interessen des Kapitalismus garantieren.

### Die Diktatur verliert die Kontrolle

Die Diktatur ist noch in der Lage, eine Politik gegen das Volk durchzuführen, denn ihre politischen "Spielräume" ergeben sich aus einer kombinierten Strategie von Repression, Desinformation und militärischer Gewalt, ferner profitiert sie von den Schwächen der Opposition und der noch nicht gangbaren gemeinsamen Alternative der Linken.

Sie verliert aber immer mehr die Kontrolle der Situation und greift fast ausschließlich zu Gewalt, oder, wie in Chile gesagt wird: Sie "militarisiert die Politik". Damit kann sie vorläufig Zeit gewinnen, aber sie isoliert sich immer mehr, was die Tendenz zur "Militarisierung" der Politik verstärkt, mit der unmittelbaren Folge, daß die politische Polarisierung zunimmt. Unter solchen Bedingungen ist wenig Platz für "Mittelweg"-Lösungen, darunter das Programm und die Strategie der DC.

Die DC und ihre Strategie des sozialen Drucks haben bis jetzt wenig Erfolg gehabt. Erst gründete sie die Demokratische Allianz (AD), einen Zusammenschluß von Sozialdemokraten, Republikanern, Teilen der Sozialisten und der Rechten. Dann kam das Nationale Abkommen (AN), das insgesamt von elf Parteien des Mitte-Rechts-Spektrums unterschrieben wurde. Alle hatten als oberstes Ziel die Demokratisierung Chiles gehabt, beide haben

ausdrücklich von dem Bündnis die marxistische Linke ausgeschlossen und Verhandlungen mit den Streitkräften angeboten. Pinochet lehnte solche Verhandlungen ab und schwächte damit deutlich die Position der bürgerlichen Opposition, vor allem die der DC.

Der Mißerfolg der bürgerlichen Opposition hat die interne Kontroverse in der DC verstärkt. Historisch existierten immer zwei Tendenzen innerhalb der DC, eine konservative und eine fortschrittliche; die letzte setzte sich für einen Zusammenschluß mit der Linken ein, und die Konservativen lehnten einen solchen Zusammenschluß ab. Die Mißerfolge der DC und ihrer Bündnispartner ließen den Druck der "Fortschrittlichen" zunehmen, und sie erklärte sich bereit (ohne Publizität, aber offensichtlich), mit der Linken im sozialen Bereich zusammenzuarbeiten. So entstand die Bürgerversammlung (AC) im April dieses Jahres. Die AC ist nicht ein Parteizusammenschluß, vielmehr handelt es sich um einen sozialen Zusammenschluß, der aber ohne die Zustimmung der Parteien nicht zustande gekommen wäre. Zweifelsohne ist die AC die breiteste sozial-politische Übereinstimmung seit dem Militärputsch von 1973. Sie verabschiedete einen Forderungskatalog, der eine breite Zustimmung in der Gesellschaft fand und die Grundlage bildet, auf der die "concertacion social" (soziale Übereinstimmung) aufgebaut wurde.

Die politische Mobilisierung der AC zeigte, daß die DC und die bürgerliche Opposition – nach den Mißerfolgen der AD und AN – ihre Taktik geändert hatten. Es galt jetzt, Chile unregierbar zu machen und damit das Regime unter Druck zu setzen, ohne die "prinzipiellen Aspekte" der bürgerlichen Strategie zu verlassen.

Tatsächlich war die Mobilisierung der AC ein großer Erfolg. Der nationale Streik vom Juli fand eine starke Unterstützung im Volk und in den Mittelschichten, es beteiligten sich die Fuhrunternehmer, der Personenverkehrstransport, Ärzte, Ingenieure, Rechtsanwälte, Lehrer, Studenten, Frauen, Elendsviertelbewohner, Arbeitslose, Mapucheindianer etc. Wahrscheinlich stellte diese Mobilisierung einen Höhepunkt in der Zusammenarbeit aller politischen und sozialen Kräfte dar.

Die Diktatur mußte erkennen, daß sie nicht mehr in der Lage sein wird, politisch und ideologisch die Situation unter Kontrolle zu bekommen. Denn sie hat jede Glaubwürdigkeit verloren, sie nutzt sich fortschreitend ab, und ihre Spielräume werden immer enger; sie kann zwar unterdrücken, aber das Land "führen" kann sie nicht. Selbst die Großunternehmer erkennen, daß Pinochet gehen muß, allerdings so, daß kein "Schock" entsteht und mit den notwendigen Garantien für sie.

Diese Erkenntnis überzeugte Pinochet von der Notwendigkeit, eine "Besatzungspolitik" durchzuführen: Ermordung zahlreicher Widerstandskämpfer, Durchsuchung der Elendsviertel, Pressezensur und andere Repressivmaßnahmen, die letztendlich die Polarisierung zunehmen ließen.

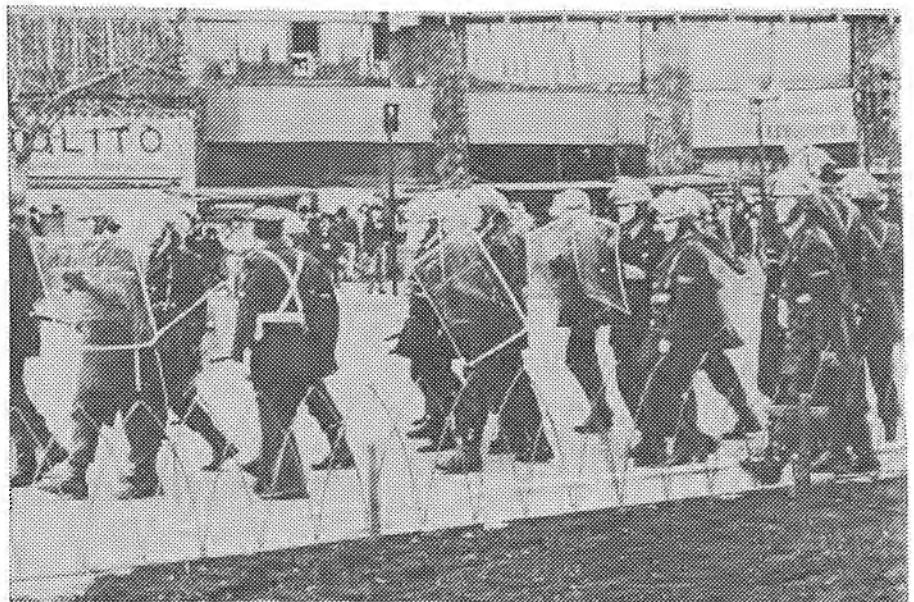
Pinochet sieht seine Person als die Garantie für die Kontinuität des Regimes. Im Juli machte er seine Absichten deutlich, als er seine Kandidatur für das Referendum im Jahr 1989 bekannt gab. Pinochet stellte sich als Kandidat, ohne die übrigen Mitglieder der Junta gefragt zu haben; diese drückten deutlich aus, daß sie noch nicht entschieden haben, wer als Kandidat auftreten soll, und distanzierten sich von Pinochet; außerdem erklärten sie sich bereit, bis 1989 zu regieren, aber keinen Tag mehr.

Die Ereignisse vom Juli und die, die später folgten, bedingten eine Änderung der politischen Lage. Niemand

wird versuchen, aus einer Position der Stärke die bürgerliche Opposition zu neutralisieren, sie nach Möglichkeit für ihre Strategie zu gewinnen und gleichzeitig die Linke und die demokratisch-revolutionären Organisationen des Volkes zu zerstören.

Unter Berücksichtigung all dieser Faktoren ist es eher unwahrscheinlich, daß die chilenische Krise durch einen bürgerlichen Konsens gelöst wird, d.h. ein Ausgang à la Philippinen ist nicht denkbar.

Aus politischen, wirtschaftlichen, sozialen, ideologischen und historischen Gründen existiert in Chile eine linke Opposition, die als politischer Faktor in der Gesellschaft fungiert und berücksichtigt werden muß. Diese Opposition ist heute keine konkrete Machtalternative, aber die Entwicklung des Landes läßt das Urteil zu, daß sie in der politischen Umgestaltung präsent sein wird, weil sie die Interessen der Volksschichten vertritt und



zweifelt daran, und die Wirklichkeit zeugt dafür: Pinochet wird weiter die "Militarisierung der Politik" vorantreiben, die Opposition wird weiter in der Ambivalenz arbeiten. Das erste bedeutet eine noch stärkere Repression mit schlimmen Folgen für die linke Opposition (MDP) und die sozialen Kräfte des Volkes, die nicht bereit sind, die Diktatur zu legitimieren. Das zweite läßt einen Prozeß voraussehen, in dem die Distanz zwischen den zwei Oppositionsblöcken zwangsläufig wachsen wird. Diese Distanzierung hat zur natürlichen Folge, daß die DC und alle anderen Parteien der "Mitte" ihre Bereitwilligkeit zum Kompromiß mit den Streitkräften verstärken.

Pinochet hat keinen Spielraum für Verhandlungen. Jede politische Öffnung beinhaltet große Risiken für ihn und die Kontinuität des Regimes, deshalb wird die Tendenz in der politischen Konfrontation die Vertiefung der Polarisierung sein. Die Regierung

die einzige Kraft ist, die konsequent für die Demokratisierung und die soziale Gerechtigkeit kämpfen kann; dies setzt selbstverständlich voraus, daß sie ihre taktische Fähigkeit verbessert und die Führung der Kämpfe übernimmt. Letztendlich muß sie in der Lage sein, eine gemeinsame Strategie zu formulieren, mit der sich alle Teile des unterdrückten Volkes identifizieren können. Diese gigantische Aufgabe kann nicht in kurzer Zeit gelöst werden, die Krise und die Polarisierung ist so tief, daß sie keine schnelle und definitive Lösung zuläßt. Es soll nicht vergessen werden, daß die chilenische Linke nicht nur mit ihren eigenen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, die Diktatur führt einen Ausrottungskrieg gegen sie, und die bürgerlichen Oppositionskräfte versuchen, sie zu isolieren. Es handelt sich um einen Krieg an drei Fronten, aber er muß geführt werden. – (aekave, Santiago de Chile, 6.9.86)

## USA

## Umverteilung unter den Reichen Reagans faire Steuerreform

In einer öffentlichen Zeremonie vor dem Weißen Haus unterzeichnete Präsident Reagan am 22. Oktober das neue Steuergesetz. In einer Ansprache betonte er, daß die USA nun "den niedrigsten Steuersatz und das modernste Steuergesetz unter den großen Industrieländern habe" und daß das Gesetz "Risikobereitschaft und Modernisierung und den alten amerikanischen Unternehmergeist fördere". Ganz aufgeregt, endlich das Gesetz in Kraft zu setzen, das er als die höchste Priorität seiner zweiten Amtszeit bezeichnet hatte, unterschrieb Reagan entgegen dem Protokoll mit dem Familiennamen zuerst. Weil eine öffentliche Zeremonie für eine so populäre Angelegenheit wie ein neues Steuergesetz auch "das Volk" im Hintergrund braucht, war geschwind eine Gruppe von Hausfrauen aus Paris im Bundesstaat Kentucky, gegenwärtig auf einer Besichtigungstour durchs Weiße Haus, herangeschleppt worden. Sie wußten noch gar nicht, wie ihnen geschah, da wurden sie schon von Reportern befragt, was sie von der Steuerreform hielten. Für eine faire Besteuerung seien sie schon, aber sie glaubten nicht, daß für sie etwas dabei rauskommen würde – so ungefähr waren die vorsichtigen Antworten.

Ein "fares Steuergesetz", das war die Marke, die Reagan bei der Vorlage seines Gesetzes im Mai 1985 benutzt hatte und die seitdem immer wiederholt wurde. Wenn auch die Hausfrauen die Propagandaformel "Fairness" wiederholen, ihre gefühlsmäßige "Analyse", daß für die Lohnabhängigen nichts oder nicht viel rausspringt, wird von Berechnungen, die nicht von Befürwortern des Gesetzes stammen, bestätigt. Wie kann es dann angehen, daß ein Gesetz, das den Steuersatz für die Reichsten und die Unternehmen ganz beträchtlich reduziert, dem Volk als "fair" verkauft werden kann?

Reagans erste Steuerreform 1981 lief unter dem Stichwort "Steuersenkung für alle". Das war 1985 bei der Ankündigung seiner großen "Steuerrevolution" nicht mehr möglich. Zu weit verbreitet war die Erkenntnis, daß die Reichen und die Unternehmen die Nutznießer von Reagans Reform waren, daß sie Steuernachlässe in Höhe des Haushaltsdefizits von über 150 Mrd. \$ kassiert hatten. Allmählich war auch das Ausmaß der Umgehung von Steuerzahlung durch die Kapitalisten zu einem öffentlichen Skandal geworden. Die großen Magazine griffen das Thema auf und veröffentlichten Listen der größten und profitabelsten Unternehmen, die keine oder fast

keine Steuern zahlen. Bilder von Leuten, die vor Parlamentsgebäuden mit Schildern "Ich zahle mehr Steuern als General Electric" demonstrierten, gingen durch die Presse. Schlimmer noch, gewöhnliche Lohnabhängige in den mittleren Einkommensklassen begannen, sich intensiv mit den Möglichkeiten der Steuerumgehung zu befassen, mit Bestimmungen, die nicht für sie gedacht waren. Die Vorstellung, daß man der Regierung kein Geld für ihre Geschäfte schulde, begann sich über Kapitalistenkreise hinaus auszuweiten. Die steigenden Ausgaben für Rüstung waren auch nicht dazu angehtan, den einfachen Steuerzahler fromm zu machen.

Steuerpolitik ist nicht nur Plünderung der Werktätigen, sondern auch aktive Wirtschaftspolitik. Die in der 1981er Reform eingeführten Steuernachlässe, wie 150%ige Verlustabschreibung, führten zu steigenden Investitionen in die sichere Produktion von Verlusten für Steuerzwecke, in spekulative Geldanlagen. Die Kapitalisten begannen zu befürchten, daß

gehung nicht mehr so sehr lohnt; dafür erwarten wir, daß sie Steuern zahlen. Es ist nicht zu erwarten, daß die Bourgeoisie davon arg beeindruckt sein wird.

Das neue Steuergesetz senkt den Steuersatz für Individuen von der jetzigen progressiven Skala zwischen 11 und 50% auf zwei Sätze, 15% für zu versteuerndes Einkommen bis 30000 \$ (gemeinsame Veranlagung) und 28% darüber. Der Höchststeuersatz für Unternehmensgewinne wird von bisher 46% auf 34% herabgesetzt. Kapitalgewinne müssen jetzt wie reguläres Einkommen versteuert werden; bisher war maximal 20% Steuer zu zahlen. Der Steuernachlaß für Investitionen in Höhe von 10% ist gestrichen. Für die Lohnabhängigen wichtig ist die Erhöhung des Freibetrags von 1080 \$ auf 2000 \$ pro abhängigem Familienmitglied und des Grundfreibetrags von 3500 \$ auf 5000 \$. Andererseits fällt der Abzug für Ehepaare, die beide arbeiten, weg. Außerdem werden Einschränkungen bei der steuerlichen Absetzbarkeit von Beiträgen für zusätzliche Altersvorsorge eingeführt, was wegen der niedrigen Renten aus der staatlichen Rentenversicherung wichtig ist.

Wegen der Vielfalt der Änderungen ist selbst innerhalb der einzelnen Einkommensklassen eine Voraussage



Protestdemonstration gegen Wohnungsnotstand in Jersey City. Auf dem Transparent steht: "1 Billion (=Mrd.) Dollar für erschwingliche Wohnungen. Reagan, Kean (Gouverneur von New Jersey) – Ihr habt's – Wir brauchen es!" Auf dem Preisschild an den Raketen: "\$ 1 Trillion (=1000 Mrd.) für militärischen Schrott".

Geld für produktive Investitionen knapp und in der Folge teuer werden könne. Unterschiedliche Interessen des Industrie- und des Finanzkapitals spielen hier eine Rolle.

In dieser Situation war das Aufgreifen des "Fairness"-Aspekts und seiner Umkehrung in eine Begründung für weitere Steuersenkung für die Reichen und die Unternehmen ein genialer Propagandatrick. Die Argumentation läuft so: Wir erniedrigen den Steuersatz für Unternehmen und die Reichen so weit, daß sich Steuerum-

schwierig. In den unteren Einkommensklassen bis 40000 \$ im Jahr (über 3/4 aller Steuererklärungen) werden 1988 zwischen 200 und 300 \$ weniger Steuern zu zahlen sein – aber nicht für alle: Etwa 1/5 von ihnen muß mehr zahlen. Die Klasse zwischen 40000 und 50000 \$ wird 500 \$ gutmachen; die zwischen 50000 und 100000 \$ nur 170 \$, wobei hier über ein Drittel mehr zahlt. Erst Einkommen über 200000 \$ machen über 3000 \$ plus. Nach den neuesten Berechnungen des "Gemeinsamen Steuer-Komitees" des Kon-



gresses wird erwartet, daß im Fünfjahreszeitraum 1987–1991 insgesamt 122 Mrd. \$ weniger Einkommenssteuer und 120 Mrd. \$ mehr Körperschaftssteuer erhoben werden.

Die Komplexität der Gewinner und Verlierer spiegelt wider, daß hier viele Köche am Werk waren. Reagans ursprünglicher Plan sah die Nichtabsetzbarkeit von (Bundes)Staats- und Kommunalsteuern vor. Das ist nicht durchgekommen, es hätte eine kräftige Steuererhöhung für die Lohnabhängigen bedeutet. Auf der anderen Seite erlaubt das Gesetz die Absetzbarkeit von Hypothekenzinsen für Haupt- und Nebenwohnsitz, während Reagans Vorschlag nur ein Haus berücksichtigt. Ein großer Teil der Klientel, die davon profitiert – Einkommen über 50000 \$ –, ist aber bei den Steuer-nachlässen nicht gut weggekommen.

So widersprüchlich und verworren die Auswirkungen der einzelnen Bestimmungen sind, in einem scheint die Bourgeoisie sich einig gewesen zu

sein: Senkung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommenssteuer. Der Anreiz, mehr verdienen zu wollen, muß verstärkt werden. Reagans Plan sah einen Höchststeuersatz von 35% vor, das Gesetz bleibt mit 28% weit darunter.

Der Ausgleich im Gesamtsteueraufkommen, weniger Einkommenssteuer gleich mehr Körperschaftssteuer, ein erklärtes Ziel der Reform, hängt davon ab, ob die Kapitalisten zum Zahlen bewegt werden können. In der Propaganda wurde der Eindruck erweckt, als ob alle Steuerlöcher gestopft seien. Das ist natürlich nicht wahr. Einige, aber bei weitem nicht alle Absetzmöglichkeiten sind gestrichen. Die einzige Maßnahme im neuen Gesetz, die die Kapitalisten zum Zahlen zwingen kann, ist die Minimalsteuer von 21 und 20% für Individuen bzw. Unternehmen. Es gab sie bisher auch, aber die Anwendung war begrenzt. Neu ist, daß die meisten absetzbaren Beträge bei der Berechnung der Mini-



1900 Menschen protestierten gegen eine geheime Konferenz von Militärs und Industriellen am 25.2.86 in Los Angeles. Auf dem Plakat steht "S.D.I. heißt Steuern".

malsteuer mit herangezogen werden. Was einbezogen und was nicht einbezogen wird, wird aber ganz entscheidend von den Ausführungsbestimmungen des Gesetzes abhängen. Die Kapitalisten sind entschlossen, bei der Formulierung der Ausführungsbestimmungen im Finanzministerium dabei zu sein.

Quellenhinweis: Congressional Quarterly, 27.9.86, 4.10.86; Philadelphia Inquirer, 28.9.86 – (ger. her)

### Statt Steuern Rückzahlungen

Eine Studie der "Bürger für Steuer-gerechtigkeit" über die Steuerzahlung – oder besser Nichtzahlung – der 250 größten US-Konzerne weist das unglaubliche Ausmaß von Steuerumgehung, ermöglicht durch Reagans Steuerreform von 1981, nach. Die 250 Konzerne vereinigen auf sich mit 388 Mrd. \$ mehr als die Hälfte aller in den letzten vier Jahren ausgewiesenen Unternehmensgewinne. Die durchschnittliche Steuerrate auf diesen Gesamtprofit war 14,9%. Wäre die gesetzliche Steuerrate von 46% angewendet worden, hätten sie 120 Mrd. \$ mehr Steuern zahlen müssen.

130 dieser Konzerne mit 73 Mrd. \$ Profiten vor Steuern zahlten überhaupt keine Steuern, sondern kassierten noch 6 Mrd. \$ Steuerrückzahlungen. Der größte Nichtsteuerzahler ist AT&T. Bei Konzerngewinnen von knapp 25 Mrd. \$ kassierten sie von 1982 bis 85 ca. 640 Mio. \$ Steuerrückzahlung, eine Steuerrate von -2,6%. Die größte negative Steuerrate in der Liste hat die Greyhound Corp.: -16%. Von den sechs größten Rüstungskonzernen mit 22 Mrd. \$ Gewinnen zahlt nur einer mehr als 3%, drei weniger als 1%, und die beiden restlichen erhielten Rückzahlungen.

Quellenhinweis: AFL-CIO News, 19. 7.86

### Ein Muster für "Fairness" und "Steuervereinfachung"

Als Präsident Reagan 1985 sein Steuergesetz vorlegte, pries er es als ein revolutionäres Werk an "Steuer-gerechtigkeit" und "Einfachheit" an.

Als unfair wurden alle Steuerabzugsmöglichkeiten angeprangert, die nur "speziellen Interessengruppen" dienten. Das einzige "Revolutionäre" war die Dreistigkeit, zum dritten Mal in seiner Amtszeit eine Reduzierung der Steuer für die Reichen vorzuschlagen. Ansonsten folgte sein Vorschlag wie auch das verabschiedete Gesetz der Struktur des bestehenden Steuergesetzes.

Das neue Gesetz ist 879 Seiten lang, ein Musterbeispiel für Einfachheit. Es hat bis jetzt 682 "Übergangsregelungen". Das sind Bestimmungen im Gesetz, die ganz genau eingegrenzten Gruppen von Steuerpflichtigen, manchmal nur einem einzigen Unternehmen, einen Steuervorteil sichern. Die Nutznießer werden im Gesetz nicht genannt, sondern so umschrieben, daß es nur auf sie und niemanden anders zutrifft, z.B.: "... ein Unternehmen, das am 13.6.1917 ins Handelsregister eingetragen wurde und seinen Geschäftssitz in Bartlesville, Oklahoma, hat ..." = Phillips Petroleum. Insgesamt werden in den Übergangsregelungen 11 Mrd. \$ Steuernachlässe vergeben. Der höchste Steuernachlaß ist 234 Mio. \$ an United Telecom. John Deere spart 212 Mio. \$ und die Chrysler Corp. 78 Mio. \$. Solche spezifischen Steuerpräferenzen haben Tradition. Sie werden in Gesetze aufgenommen, um einflußreiche Abgeordnete und Senatoren zu gewinnen, für das Gesetz zu sprechen und zu stimmen. Die Namen der anfordernden Kongreßmitglieder werden nicht genannt. Es könnte ja jemand an Bestechung denken.

Quellenhinweis: Congressional Quarterly, 27.9.86

### Ausländerpolitik

#### Zimmermann gegen Konvention des Europarats zum Wahlrecht

Am 9./10. Oktober tagte in Salzburg die siebte Gemeindeministerkonferenz des Europarates, um über die Ausarbeitung einer Konvention zum Kommunalwahlrecht für Ausländer zu beraten. Von den 19 Mitgliedsstaaten lehnten Österreich, die Schweiz, Belgien, Luxemburg und die Bundesrepublik entsprechende Empfehlungen ab.

Während in den skandinavischen Ländern und den Niederlanden Ausländern das aktive und passive Gemeindewahlrecht gewährt wird, in Großbritannien wenigstens alle Einwohner aus dem Commonwealth auf allen Ebenen wahlberechtigt sind und auch in einigen Kantonen der Schweiz Ausländer aktives Stimmrecht bei Gemeindesachen haben, erklärte Bundesinnenminister Zimmermann auf der Konferenz, daß in der BRD an die Gewährung dieses bürgerlichen Gleichheitsrechts für 4,4 Mio. Ausländer nicht zu denken sei.

Frech behauptete er auf der Konferenz, die BRD gewähre Ausländern "in weitem Umfang auch politische Rechte" und Ausländer und Deutsche seien "von Verfassungen oder Gesetzes wegen im wesentlichen gleichgestellt

auf den Gebieten der Meinungsfreiheit, der Versammlungsfreiheit, der Vereinigungsfreiheit und des Petitionsrechts..."

Das ist rundweg gelogen. Die politischen Grundrechte der Versammlungsfreiheit und der Vereinigungsfreiheit sind nach Art. 8 und 9 des Grundgesetzes nur Deutschen vorbehalten, und die Meinungs-, Informations- und Pressefreiheit darf nach Ansicht bürgerlicher Politiker und Juristen für Ausländer weiter eingeschränkt werden als für Deutsche. Ausländer können in der BRD nach § 2 Abs. 3 des Parteiengesetzes keine Parteien bilden, und nach § 14 des Vereinsgesetzes unterliegen speziell Ausländervereine erweiterter administrativer Kontrolle.

Außerdem stünde, so Zimmermann weiter, nach der Verfassung das Wahlrecht nur "dem Volk als der Gemeinschaft der Staatsbürgerinnen und Staatsbürger zu". Tatsache ist, daß nach dem Bundeswahlgesetz nur wahlberechtigt ist, wer "Deutscher im Sinne des Artikel 116 Abs. 1 des Grundgesetzes ist". Wegen der auch in der Verfassung verankerten revanchistischen Gebietsansprüche der BRD schließt dieser Artikel aber das Wahlrecht für fremde Staatsangehörige gerade nicht aus. Wahlberechtigt sind demnach nämlich auch Leute mit z.B. polnischer, rumänischer oder sowjetischer Staatsangehörigkeit.

Für die Wahlberechtigung wird in der BRD "Deutschsein" verlangt. Ausländer, so Zimmermann, können deshalb das Wahlrecht nur durch Einbürgerung erlangen, das heißt durch bedingungslose und vollständige Germanisierung. — (rac)

#### "Kronzeuge"

##### Vorbilder in Nordirland

Ein direktes Vorbild für die Pläne der Regierung Kohl zur Einführung der "Kronzeugenregelung" sind die "Anti-Terroristenprozesse" in Nordirland.

Zwischen 1982, als die britischen Imperialisten begannen, dieses Instrument verstärkt einzusetzen, und 1985 verhafteten sie mit Hilfe solcher Kronzeugen etwa 430 angebliche Terroristen. Verurteilt aufgrund von solchen Zeugenaussagen konnten nur 52 werden, fast alles katholisch-nationalistische Angeklagte.

Im Polizei- und Zeitungsjargon werden die Kronzeugen "Supergrass" genannt, "Top-Spitzel" etwa. In den letzten Monaten hat diese Polizeitaktik schwere Niederlagen hinnehmen müssen. Selbst das höchste Gericht Nordirlands verwarf jetzt die Aussagen eines solchen Mannes, Christopher Black, als vollständig unglaubwürdig und ließ 22 angebliche Terrori-

sten, die 1983 aufgrund seiner Aussagen verurteilt worden waren, wieder freisetzen. Von den 27 "Supergrass"-Zeugen in Nordirland zogen 14 ihre Aussagen wieder zurück, fünf wurden von den Richtern nicht als Zeugen akzeptiert.

Zeugen, die ihre Aussagen wieder zurückzogen, berichteten später über die angewandte Taktik. Sie werden isoliert und unter ständigem Druck gehalten, die Polizei bietet eine "neue Identität" im Ausland an, gleichzeitig droht sie mit einer sehr langen Gefängnisstrafe, wenn der Zeuge nicht aussagt. Dann werden lange Namenslisten vorgelegt, darunter viele Namen von Personen, die den Zeugen nie begegnet sind, über die sie natürlich auch nichts wissen. Entsprechend werden sie dann von der Polizei auf die Verhandlung regelrecht trainiert.

Während vor einigen Jahren noch völlige Straffreiheit im Rahmen einer Immunität gewährt wurde, falls der Zeuge aussagte, hat die britische Staatsgewalt das Verfahren jetzt geändert. Jetzt werden nur noch verkürzte Gefängnisstrafen zugesagt, denn im Rahmen der Immunitätsregelung zogen viele Zeugen ihre Aussage zurück, nachdem die Immunität erlassen war. Über das Ausmaß des Straferlasses: Der Kronzeuge Harry Kirkpatrick, der 31 Leute belastete, wurde wegen fünffachem Mord zu 999 Jahren verurteilt, er wird wahrscheinlich weniger als vier Jahre absitzen müssen, bleibt er bei seinen Aussagen.

Im Februar 1985 erklärte die britische Regierung in der Antwort auf eine parlamentarische Anfrage, die "Supergrass"-Taktik habe bis dahin etwa 1,3 Millionen Pfund (4 Mio. DM) an Zahlungen für die Kronzeugen gekostet.

Maria Conolly ist die Frau eines angeblichen INLA-Mitglieds, der aufgrund der Aussagen von Harry Kirkpatrick verurteilt wurde. Auf einer Veranstaltung in Birmingham sagte sie: "Mein Mann war einer der Glücklichen, die nach ihrer Verhaftung zwar angeklagt, aber wieder auf freien Fuß gesetzt wurden. Der Grund war, daß Harry Kirkpatrick seinen Namen nicht wußte, sondern ihn nur mit den Initialen P.C. kannte."

"Das Verfahren ging weiter, und Kirkpatrick sprach über meinen Mann, dem P.C., 'von dem ich jetzt glaube, daß es Peter Connolly ist'. Harry sagte, mein Mann sei bei einer Beerdigung gewesen, wo drei Schüsse abgefeuert wurden. Der einzige Zeuge, der Harrys Aussage gegen meinen Mann unterstützen konnte, war ein RUC-Mann (ein Polizist), der unter Eid erklärte: 'Ja, Euer Ehren, an dem Tag wurden zu der Zeit drei Schüsse abgegeben. Ich war sechs Straßen entfernt und hörte drei Schüsse.' Dafür hat mein Mann acht Jahre bekommen, dazu noch fünf wegen Mitgliedschaft in der INLA." — (hef)

#### Sambia

##### Südafrika versucht Destabilisierung

Der Ministerpräsident von Sambia, Kaunda, hat mitgeteilt, daß nahezu die gesamte sambische Armee entlang der 1980 fertiggestellten Tasara-Eisenbahn konzentriert wird. Die sambische Regierung reagiert mit dieser Maßnahme auf das verstärkte Wirken einer sogenannten Freiheitsbewegung, der "United Freedom Movement for Zambia" (UFMZ), die insbesondere im Norden und Westen Sambias Terroranschläge gegen Transporteinrichtungen und Siedlungen, insbesondere auf Flüchtlingslager, durchführt. Kaunda erinnerte daran, daß es bereits während des Befreiungskampfes



Eröffnung der Tasara-Bahn 1980, die die Abhängigkeit Sambias von Südafrika mildern soll.

in Zimbabwe sambischen "Freiheitskämpfern" gelungen sei, einen Anschlag auf Nkomo durchzuführen. Nkomo war Führer der ZAPU und lebte damals in Sambia.

Die Umtriebe der UFMZ sind darauf gerichtet, Sambia einen Boykott Südafrikas unmöglich zu machen, indem die Exportwege sabotiert und zerstört werden. Die Tasara-Eisenbahn ist die einzige Transportverbindung Sambias, die nicht nach Südafrika führt.

Da die UFMZ sich nicht wie die UNITA in Angola zur Befreiungsorganisation mit Verdiensten im antikolonialen Kampf deklarieren kann, tritt sie als Menschenrechtsorganisation auf. Sie wird dabei von der "Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte" unterstützt, einer reaktionären Organisation mit Sitz in Frankfurt, die die internationale Öffentlichkeit über die UFMZ unterrichtet.

Sambia gehört zu den Frontstaaten Südafrikas. Die südafrikanische Befreiungsbewegung ANC hat ihr Hauptquartier in Lusaka. In Sambia selbst hält sich mehr als eine halbe Million Flüchtlinge aus Azania und Namibia auf, das heißt etwa 7 Prozent der sam-

bischen Bevölkerung sind Flüchtlinge. Sambia ist in den vergangenen Jahren wiederholt Ziel von Anschlägen der südafrikanischen Armee gewesen, zuletzt im Mai dieses Jahres, als die südafrikanische Armee Einrichtungen des ANC in Lusaka bombardierte.

Die UFMZ ist eine von Südafrika und den westlichen Staaten, insbesondere der BRD, geförderte "Freiheitsbewegung". Sie kämpft für die Beseitigung der sambischen Regierung. Ihre direkte Verbindung zu Südafrika kam heraus, als einer ihrer politischen Vertreter, ein Rechtsanwalt aus Lusaka, im August um politisches Asyl in Südafrika nachsuchte. Aber die sambische Regierung legte auch andere Beweise für die Verbindung der UFMZ zu Südafrika und den Imperialisten vor. Im Juni dieses Jahres wurden in Sambia zwei westdeutsche, ein britischer und vier südafrikanische Staatsbürger wegen versuchter Spionage und Vorbereitung von Anschlägen verhaftet. Die sechs waren gemeinsam aus Südafrika angereist. Die sambische Polizei warf den Verhafteten vor, daß sie Fotografien von Brücken der Tasara-Bahn gemacht hätten, obwohl dies verboten ist. Zweitens hätten sich die Verhafteten mit einer Delegation der UFMZ im Caprivi-Zipfel, einem schmalen Streifen Namibias, der an Sambia grenzt, getroffen.

Die Bundesregierung hatte nach der Verhaftung der beiden Westdeutschen der sambischen Regierung mit der Einstellung von vereinbarten Entwicklungshilfeszahlungen gedroht. Daraufhin wurden die beiden freigelassen und des Landes verwiesen. Sie kehrten gemeinsam mit dem Briten nach Südafrika zurück. Die UFMZ ist eine weitere Organisation, mit der Südafrika und die imperialistischen Staaten versuchen, die Frontstaaten von innen zu zersetzen. Quellenhinweis: Times of Sambia v. 9. August 1986, Pressemitteilung der sambischen Botschaft vom 27.9.86, Namibian v. 4.7.86 – (uld)

## Indien

### Verstärkter Druck der Weltbank

Die baden-württembergische Landesregierung unter Lothar Späth, Vorreiter für Konzerninteressen in Niedriglohnländern, hat sich für die nächste Zeit auch in Indien angekündigt. Ein vorbereitendes Symposium in Neu Delhi steht bereits fest.

1985 war die indische Regierung bezüglich ihrer Regelung immer kleiner geworden, daß der Kapitalanteil ausländischer Finanzbeteiligungen maximal 40% betragen dürfe.

Für weite Bereiche der Elektronik und der Hochtechnologie habe diese Regel "nur noch begrenzte Bedeu-

tung", bescheinigen auch die "Nachrichten für Außenhandel" (Hrsg. Bundesstelle für Außenhandelsinformationen, 4.8.86).

Inzwischen hat der Internationale Währungsfonds eine mittelgroße Bombe platzen lassen, die der indischen Regierung schwer zu schaffen macht. Die Weltbank nämlich hat einige Fragen an die indische Regierung gerichtet, die den "public sector" betreffen (Betriebe und Dienstleistungsunternehmen unter staatlicher Kontrolle wie Stahlproduktion, Energie-, Transport- und Kohlebergwerksunternehmen). Projekte im Wert von 18 Mrd. Rupien (1,4 Mrd. US-Dollar) werden überprüft. Der Hauptvorwurf der Weltbank geht dahin, daß die Unternehmen nicht die entsprechende Profitabilität bringen.

Diese Informationen sind eigentlich nicht gerade sensationell neu, und der IWF hat sie bislang großzügig übersehen – nicht zuletzt deshalb, weil Indien eines der Länder ist, die eine hohe Kreditwürdigkeit genießen und ihre Rückzahlungen immer pünktlich vorgenommen haben. Dies gilt v.a. für die Tilgung des vor vier Jahren gewährten

Milliarden-Kredits der Weltbank.

Die trügerische Ruhe scheint nun vorbei. Eine Weltbankgruppe in Washington hat jetzt dazu noch eine Liste von Krediten erstellt, die Indien ohne diesbezügliche Meldung an die Weltbank zusammengepumpt hat. Die Liste umfaßt 82 Banken im Ausland.

Schon seit einiger Zeit hatte der Energieminister der indischen Regierung sorgenvolle Artikel in der "Times of India" publiziert, in denen er vor dem drohenden Bankrott der staatlichen Unternehmen warnte. Diese Äußerungen waren von Teilen der Regierung Gandhi angegriffen worden, vor allem weil "Nehrus Modell der sozialistischen Entwicklung, das immer ein Eckpfeiler der Wirtschaftsphilosophie der Congress-Partei gewesen sei" (Far Eastern Economic Review, 2.10.86), zur Diskussion gestellt wird.

Es fragt sich, was die Weltbank und die indische Regierung vorhaben. Zeitpunkt der Intervention und die Form der Debatte in Indien legen den Schluß nahe, daß auch hier langfristig Privatisierung geplant ist. Das bedeutet Einstiegsmöglichkeiten für imperialistische Länder. – (cog)

## Philippinen

### Verfassungsentwurf bekräftigt proimperialistische Orientierung

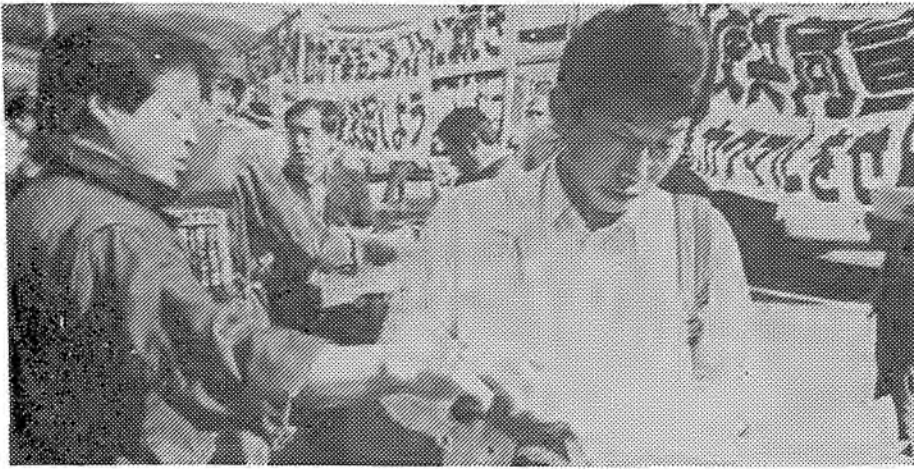
Nach der Veröffentlichung des Verfassungsentwurfs, den eine von Präsidentin Aquino eingesetzte Kommission ausgearbeitet hat und über den am 23.1.1987 in einer Volksabstimmung entschieden wird, hat Verteidigungsminister Enrile seine Attacken auf Präsidentin Aquino weiter verschärft. Er erklärte, das Volk habe eigentlich mit baldigen Präsidentschaftswahlen gerechnet. Im übrigen habe er ja mitgeholfen, Frau Aquino in

den Präsidentenstuhl zu hieven. Der Verfassungsentwurf sieht Präsidentschaftswahlen erst 1992, also nach sechsjähriger Amtszeit von Frau Aquino vor.

Die zunehmende Abgrenzung Enriles und der führenden Militärs der Philippinen von der Regierung Aquino, vor allem in der Frage der Behandlung der Kommunisten, in der Politik gegenüber der Arbeiterbewegung und der einzuschlagenden Linie zu den US-



Befreiungskämpfer der NPA



Noch 1986 will der japanische Ministerpräsident Nakasone Gesetze verabschieden lassen, nach denen zum April 1987 die Japanischen Staatsbahnen in sechs verschiedene Unternehmen aufgeteilt und privatisiert werden. Dabei sollen von den jetzt 310000 Beschäftigten mehr als 30% entlassen werden. Die Schuldenverpflichtungen der Bahn übernimmt der Staat. Die Privatisierung der Staatsbahnen ist eine Forderung der japanischen Großunternehmen, die schon die Privatisierung der Telefongesellschaft durchgesetzt haben. Die große Gewerkschaft Kokuro (Bild: Kongreß) mit 180000 Mitgliedern wollen sie dabei zerschlagen. – (wom)

### **Türkei droht Iran mit Intervention**

Die türkische Regierung hat dem Iran mit dem Eingreifen ihrer Truppen auf der Seite des Irak gedroht. Der türkische Außenminister Halefoglu habe erklärt, "die Türkei werde nicht tatenlos zusehen, wenn im Norden des Irak eine persische Großoffensive eingeleitet werde", berichtete am 23.10. die "FAZ". Sprecher irakischer Kurden hatten zuvor verkündet, sie würden den Iran unterstützen. Von Nordirak bis zum türkischen Hafen Isken drum verläuft die gegenwärtig wichtigste irakische Ölpipeline, über die ein Großteil der irakischen Ölausfuhren transportiert wird. Die Türkei wird ihre Drohungen mit der NATO

abgestimmt haben. Allein wäre sie zu einer solchen Intervention nie in der Lage. – (rül)

### **Ein Anschlag der Azanian Peoples Liberation Army**

Der Vorsitzende der azanischen Befreiungsorganisation PAC, Mlambo, hat bekanntgegeben, daß die Azanian Peoples Liberation Armee (APLA, Azanische Volksbefreiungsarmee), der bewaffnete Arm des PAC, die Verantwortung für die Tötung eines südafrikanischen Polizeioffiziers übernommen hat. Der Polizeioffizier wurde im "Homeland" Bophuthatswana getötet, wo er im März dieses Jahres verantwortlich einen Polizeieinsatz leitete, bei dem 26 Azanier umgebracht wurden. – (uld)

### **Vietnam: Parteichef beklagt Wirtschaftslage**

Der 79jährige Generalsekretär der von Ho Chih Minh (Bild) gegründeten Vietnamesischen KP, Truong Chinh, Nachfolger des kürzlich verstorbenen Parteichefs Le Duan, bezeichnete auf einer Parteiversammlung in Hanoi die Wirtschaftslage als schwierig und nannte Mismanagement als eine der Hauptursachen dafür. Die staatliche Wirtschaftspolitik müsse statt durch zentralistische Eingriffe mehr durch marktwirtschaftliche Methoden Produktion und Wachstum steigern. Die Staatsbehörden müßten reformiert werden. Die Wirtschaftspolitik habe einseitig den Ausbau der Schwerindustrie forciert und unrealistische Ziele gesetzt. Jetzt sei die Industrieproduk-



tion wesentlich von ausländischer Hilfe abhängig. Die Kritik, die Parallelen zur chinesischen Diskussion über die Wirtschaftspolitik hat, wird Hauptthema des VI. Parteitages sein, der noch in diesem Jahr stattfindet. – (wom)

Basen auf den Philippinen, ist Teil einer Strategie der reaktionären und faschistischen Teile der herrschenden Klassen, offensichtlich mit US-Unterstützung die Regierung weiter nach rechts zu drängen und gleichzeitig die politische Basis für einen eventuellen Putsch zu schaffen und den dafür notwendigen Anhang zu sammeln. Das hat die Rede Enriles am vergangenen Sonntag vor einer Kundgebung von Marcos-Anhängern gezeigt. Sein Hinweis, mit den philippinischen Kommunisten solle man so verfahren wie auf Indonesien, wo 1965 hunderttausende Kommunisten und Gewerkschafter hingemetzelt wurden, zielt darauf ab, die reaktionäre Meute in eine Pogromstimmung zu versetzen für die bevorstehenden Kämpfe. Die immer deutlicheren Hinweise von Enrile, wer eigentlich die Macht im Staat hat, führen Frau Aquino die Abhängigkeit vom Militär ständig vor Augen.

Die Rechte ist – offensichtlich mit Erfolg – dabei, den "Versöhnungskurs" von Frau Aquino zu demontieren und die Kräfte, die sie unterstützen, immer weiter nach rechts zu ziehen. Das beweist der jetzt vorliegende Verfassungsentwurf, in dem Positionen, wie sie bislang auch von vielen bürgerlichen Liberalen vertreten wurden, kaum noch aufzufinden sind – allenfalls in ausschmückender Rhetorik.

Die Forderung nach Auflösung der US-Basen auf den Philippinen war eine der Hauptforderungen der Massenbewegung gegen die US-Marcos-Diktatur und wird nach dem Marcos-Sturz auch von liberalen Kräften aus der Bourgeoisie unterstützt. In einer vorläufigen Entscheidung hatte die Verfassungskommission sich zunächst gegen alle ausländischen Stützpunkte auf philippinischem Boden ausgesprochen. Unter Druck von seiten der Regierung und der USA revidierte die

Kommission ihre Position: Die Präsidentin kann über die 1991 auslaufenden Basen-Verträge verhandeln, muß allerdings die neuen Verträge durch das Parlament ratifizieren lassen. Diese "Lösung" der Kontroverse um die US-Basen, ausgedacht vom Jesuiten Bernas, Berater von Frau Aquino, fand bei der US-Regierung trotzdem wenig Gnade; die Regelung würde nur für weiteren Streit um die Basen sorgen; die USA wollten die Entscheidungen über die Zukunft der Militärbasen stattdessen der von ihnen kontrollierten Exekutive überlassen.

Auch in weiteren Punkten verwässerte die Kommission – genau drei Tage vor dem Besuch von Frau Aquino in den USA Mitte September – Forderungen der Massenbewegung, die ihren Eingang in die Beratungen gefunden hatten. In dem ersten Entwurf der "Erklärung der Prinzipien" der Verfassung hatte es nicht nur geheißen:



### Haiti: Hartnäckiger Widerstand

Nur 5% der 3 Mio. Wahlberechtigten beteiligten sich an den ersten Parlamentswahlen auf Haiti seit dem Sturz des Diktators Duvalier. Zahlreiche Parteien hatten zum Boykott aufgerufen. Die arme Bevölkerung hatte ihren Protest gegen die neue Regierung, die den alten Kurs nicht grundlegend geändert hat, in zahlreichen Demonstrationen zum Ausdruck gebracht, die Schüler aus Widerstand gegen die unverändert schlechte Lage im Erziehungswesen einen Schulboykott organisiert. — (scc)

### US-israelische Rüstungszusammenarbeit wird ausgebaut

Der US-Flugzeugträger Kennedy und ein US-Kreuzer haben in der letzten Woche den israelischen Hafen Haifa angelaufen. Zweck des Besuchs: Die USA streben faktisch einen israelischen Stützpunkt an, d.h. sie wollen Reparaturarbeiten an Schiffen der sechsten Flotte im Mittelmeer zukünftig auch auf israelischen Werften durchführen lassen. Sie lassen sich das was kosten: Ein Komitee des amerikanischen Kongresses hat Israel kürzlich den Status eines besonders privilegierten Verbündeten zuerkannt. Damit erhält Israel einen Status, der dem Status einer vollen NATO-Mitgliedschaft nahekommt. Bisher schon erhält Israel von den USA jährlich 3 Mrd. \$ für militärische und ökonomische Hilfe, dazu 25 Mio. \$ für die "Aufnahme von Einwanderern" aus der Sowjetunion und anderen osteuropäischen Ländern. Jetzt erhält Israel weitere Gelder aus dem US-Forschungs- und Entwicklungsetat für seine eigene Rüstungsindustrie und die Entwicklung modernster Waffensysteme. US-Präsident Reagan hat Radio Israel zu-

folge angekündigt, sich dafür einzusetzen, daß Israel den Status einer vollen NATO-Mitgliedschaft erhält. In Kürze beginnen gemeinsame US-israelische Flottenmanöver im Mittelmeer. — (scc)

### Kesseltreiben gegen Syrien

Die EG hat sich nach den Nachrichten vom 27.10. nicht auf einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Syrien geeinigt. Das spricht Bände über die "Beweise", die die Regierung Thatcher über die angebliche Verantwortung Syriens für ein angebliches

Flugzeugattentat vorgelegt hat. Für die "Beweise" gibt es bisher viele Versionen, von denen eine lächerlicher als die andere ist. Aber auf die Beweise kommt es den Imperialisten auch gar nicht an. Schon im April, nach dem Bombardement libyscher Städte, hatte die US-Regierung wüste Drohungen gegen Syrien ausgestoßen. Jetzt hat Großbritannien die Beziehungen zu Syrien abgebrochen, anschließend die USA und Kanada; die BRD hat sich beilei, den syrischen Außenminister auszuladen. Ein Auftakt zu neuen Militäraktionen, diesmal gegen Syrien? — (scc)



Am 21.10. fanden in ganz Frankreich Streiks und Demonstrationen im öffentlichen Dienst gegen 10000 für 1987 geplante Stellenstreichungen, gegen das Einfrieren der Einkommen und gegen Reallohnabbau statt. Aufgerufen hatten die großen Gewerkschaften CGT (Kommunisten), FEN (Lehrer), FO, CFDT (Sozialisten) sowie die FGAF und einige Verbände der CFCT und CGC (christlich). Die Streikbeteiligung lag landesweit zwischen 35 % und 98 %, unterschiedlich nach Regionen und Bereichen. Fast alle Schulen blieben geschlossen. Der gesamte öffentliche Dienst wurde lahmgelegt (Eisenbahn, Nahverkehr, Flugverkehr, Krankenhäuser, Rundfunk und Fernsehen, Stromversorgung). In allen großen Städten fanden große Demonstrationen statt, die nur in Paris nicht von allen Gewerkschaften gemeinsam durchgeführt wurden. — (sur)

"Ausländische Militärbasen ... sind verboten", sondern wurden die Philippinen als blockfreies und atomwaffenfreies Land bezeichnet, in dem keinerlei Atomwaffen oder Teile davon gelagert werden dürften. In dem jetzt zur Abstimmung stehenden entgültigen Entwurf heißt es nur: "Der Staat verfolgt eine unabhängige Außenpolitik ... In Übereinstimmung mit dem nationalen Interesse verfolgen die Philippinen die Politik, ihr Territorium von Atomwaffen freizuhalten."

Dieselbe Orientierung auf die Interessen des Imperialismus und der mit ihm kollaborierenden herrschenden Klassen der Philippinen kennzeichnet die Verfassungsbestimmungen zum Grundbesitz, zum Militär, zur Auslandsverschuldung oder zur Regierungsstruktur. Im Juni hatte die linksorientierte Volksallianz, in der viele politische Gruppen, Gewerkschaften und Basiskomitees mitarbeiten und

die eng mit der Einheitsfrontorganisation NDF kooperiert, 35 explizite Forderungen an die Verfassungskommission gerichtet, die in den letzten Jahren von den Massenbewegungen erhoben wurden. Von diesen Forderungen finden sich ganze drei in dem Verfassungsentwurf wieder, darunter eine Klausel zum Schutz kleiner Bauern und eine Deklaration demokratischer Grundrechte. Dagegen wies die Verfassungskommission Forderungen nach Bodenreform und Aufteilung des Großgrundbesitzes, nach einseitiger Nichtanerkennung der vom Marcos-Regime aufgehäuften Auslandsschulden, nach einer Reorganisation des von der Reaktion kontrollierten Militärapparates und nach der Konstituierung von Räten auf lokaler Ebene zurück. Die noch im Entwurf enthaltenen Bestimmungen über eine permanente Kommission zur Überwachung der Menschenrechte oder über die

Kontrolle der Staatsbeamten sind dagegen für die Massenbewegung fast wertlos.

Der Verfassungsentwurf repräsentiert die politischen Ziele der Teile der herrschenden Klassen, die eine grundlegende Umwälzung der sozialen Verhältnisse auf den Philippinen ablehnen, sich nach wie vor an den westlichen Imperialisten orientieren und von der Kooperation profitieren, aber "rechtsstaatliche" Verhältnisse wollen und eine "nationale Versöhnung" anstreben. Frau Aquino ist ihre Leitfigur, die Kirchenhierarchie fördert diesen Kurs. Ob dies gelingen kann durch immer weitere Anpassung an die reaktionärsten und faschistischen Kreise der herrschenden Klassen — wie im Verfassungsentwurf dokumentiert —, ist doch sehr die Frage.

Quellenhinweis: Far Eastern Economic Review, div. Ausgaben; Liberation, Zeitschrift der NDF, 4/1986 — (wom)

## \* Veröffentlichungen \*

### Erster und Zweiter Arbeitsmarkt

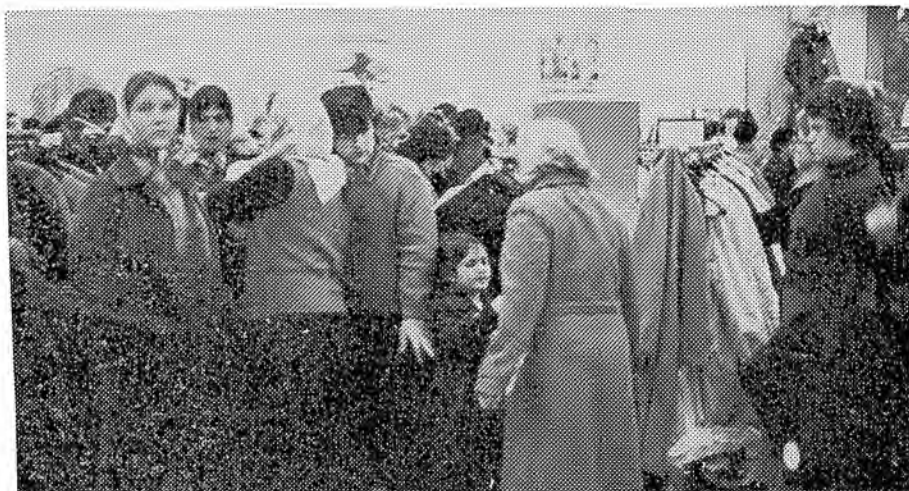
"Der Zweite Arbeitsmarkt kann als soziales Instrument, als Puffer, als Ausweichbereich gute Dienste leisten. Als allgemeines Beschäftigungsinstrument ist er ungeeignet." Zu diesem Schluß kommt Werner Steinjahn, der Gründe sammelt, aus denen die Kapitalisten gegen Beschäftigungsprogramme sind. Steinjahn hat den Begriff des "Zweiten Arbeitsmarktes" erfunden. Er war zunächst auf die Beschäftigung Behinderter beschränkt, für deren Vernutzung die Kapitalisten Zuschüsse erhalten. In ausgeweiteter Form wendet Steinjahn den Begriff auf alle Formen der Beschäftigung an, die er für subventioniert hält. Dazu rechnet er alle Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Diese hält er für gefährlich für die soziale Marktwirtschaft, wenn sie in großem Umfang zu Tariflöhnen und zu normalen Arbeitsbedingungen durchgeführt wird. Er verlangt einen Anreiz, auf den Ersten Arbeitsmarkt zurückzukehren, der in Lohnminderung besteht. Alternative Projekte rechnet er zum Teil hinzu. Durch die starke Tendenz der Teilnehmer, sich selbst zu versorgen, aber keine Steuern und Sozialabgaben zu zahlen, hält er sie für "indirekt subventioniert", da ja auch Leute, die arbeitslos gemeldet sind, aber ihr Einkommen zum Teil aus solchen Projekten beziehen, die Arbeitslosen- und Krankenversicherung in Anspruch nehmen. Vom Vorwurf des Schmarotzertums ist er nicht weit entfernt. Eine ähnliche Wirkung schreibt er der Schwarzarbeit von Arbeitslosen zu. (Werner Steinjahn, Zweiter Arbeitsmarkt, Möglichkeiten und Grenzen, Deutscher Instituts-Verlag, Köln 1986 – an!)

### Freier Familiennachzug für Ausländer

Die Auseinandersetzung um das Asylrecht hat einen zweiten wesentlichen Punkt in der Ausländerpolitik zunächst verdeckt: die Frage des Familiennachzugs. Im Mai bildete sich der Bayerische Arbeitskreis gegen Familientrennung mit Vertretern aus München, Nürnberg, Augsburg, Fürth, Erlangen, Ingolstadt, Hof, Würzburg und Weidenburg. In einer soeben erschienenen Dokumentation bekräftigt er sein Ziel, "den Widerstand gegen die Trennung von jungen ausländischen Familien aus Nicht-EG-Ländern landesweit zu organisieren". Einige (gekürzte) Beispiele aus der Dokumentation:

\* Herr D. lebt seit 15 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland. 1971 holten ihn im Rahmen des Familiennachzugs seine hier lebenden erwerbstätigen Eltern nach. Im Juni 1984 hei-

ratet er A. D. aus der Türkei. Frau D. besucht im August 1984 ihren hier lebenden und arbeitenden Mann mit einem Besuchervisum, gültig bis November 1984. Anfang November 1984 wird für Frau D. Antrag auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis im Rahmen der Familienzusammenführung



Ausländische Familie in der BRD – Ein Traum für ausländische Arbeiter

gestellt. Frau D. ist inzwischen schwanger, und es ist ihr nicht zuzumuten, alleine mit dem Kind in die Türkei zurückzukehren. Die drohende zwangsweise Trennung von ihrem Ehemann löste bei ihr eine reaktive Psychose aus; die Gefahr vorzeitiger Wehen und einer Frühgeburt bestand. Die Stadt sieht in der Situation der Eheleute D. keinen Härtefall vorliegen und lehnt den Antrag auf Aufenthaltserlaubnis ab.

\* "Ich kann meine Frau nur einmal im Jahr sehen. Ich bin 22 Jahre alt, kam vor 7 Jahren in die Bundesrepublik Deutschland zu meinen Eltern. Vor zwei Jahren habe ich in der Türkei ein Mädchen, das ich liebte, geheiratet. Ich habe jetzt ein Kind. Leider kann ich meine Frau und mein Kind nur einmal im Jahr sehen, wenn ich meinen Jahresurlaub in der Türkei verbringe. Da ich in der Türkei keine Arbeitsmöglichkeit habe, kann ich nicht zurückkehren. Die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland verhindern, daß meine Familie bei mir leben kann. Wir türkischen Familien müssen drei Jahre getrennt leben, während für deutsche Familien eine 3jährige Trennung ein Scheidungsgrund ist."

Selbst wenn die schikanösen Voraussetzungen für den Nachzug des Partners erfüllt sind, also

– der hier lebende Ausländer seit acht Jahren ununterbrochen hier lebt – er das 18. Lebensjahr vollendet hat – die Ehe bereits 3 Jahre besteht (nur Bayern und Baden-Württemberg, sonst 1 Jahr)

versuchen Behörden den Nachzug zu verhindern. Beispiel: Für eine nach-

zugsberechtigte Frau wurde keine Aufenthaltserlaubnis erteilt, weil der Mann in einem befristeten Arbeitsverhältnis stehe und die Wohnung zu klein sei (eine größere Wohnung war abgelehnt worden mit der Begründung, daß die Frau keine Aufenthaltserlaubnis besitze!).

Es wäre wünschenswert, daß der Widerstand gegen die Nachzugsregelungen insgesamt verstärkt wird. Viel-

leicht könnten Fortschritte beim Nachzug auch im Kampf ums Asylrecht nützen. Voraussetzung wäre, daß beide Male der ideologische Kern der Gegenposition, nämlich der Rassismus, angegriffen wird. In diesem Sinn antwortet auch die Initiative Ausländer und Deutsche der Bayerischen Staatskanzlei: ihr Begriff der "Belastbarkeitsgrenze" lege "ein Menschenbild bloß, das Menschen anderer Nationalität als Belastung begreift, als Menschen zweiter Klasse". Und wohin die Unterscheidung von Herrenmenschen und Untermenschen führt, ist geschichtliche erwiesen.

(Bayerischer Arbeitskreis gegen Familientrennung (Hrsg.), Dokumentation zur Familientrennung, Bestelladresse: Initiative Ausländer und Deutsche, Nachbarschaftshaus Gostenhof, Adam-Klein-Str. 6, 8500 Nürnberg 80, 2 DM inkl. Porto – kaz)

### Hanns-Seidel-Stiftung zu Südafrika

Wer sich für die Einschätzungen und Absichten der Reaktion in der BRD gegenüber dem Befreiungskampf in Südafrika/Azania interessiert, findet in dem Sonderheft 2/1986 von "Politische Studien" einiges Material. Die Zweimonatsschrift wird herausgegeben von der Hanns-Seidel-Stiftung, der politischen Forschungsförderung der CSU. Afrika, insbesondere Südafrika, sind ein Schwerpunkt der Tätigkeit der Stiftung. Bisher hat sie sich in Südafrika insbesondere um die Unterstützung der Rassisten-Regierung, aber auch um Förderung der mit der Regierung kollaborierenden afri-

kanischen Organisation "Inkatha" und deren Führer, dem Homeland-Präsident Buthelezi gewidmet. Das Sonderheft zu Südafrika enthält eine Aufsatzsammlung von europäischen und südafrikanischen Autoren, darunter der bayerische Ministerpräsident Strauß und der südafrikanische Wirtschaftspräsidenter Wiehahn, der die neuere Gewerkschaftsgesetzgebung in Südafrika mit ausgearbeitet hat.

In den verschiedenen Erörterungen, wie die westliche Vorherrschaft über Südafrika zu erhalten und zu sichern sei, läßt sich ein gemeinsamer Bezugspunkt feststellen: Die meisten Autoren vertreten die Ansicht, daß Reformen nötig sind, um die "Unruhen" der Azanier niederzumachen. Daß auch Gewalt, das heißt, Polizei und Militär nötig sind, um den Befreiungskampf zu ersticken, setzen sie ebenfalls voraus. Interessant ist, daß nahezu alle für eine "förderative" Verfassungsreform plädieren. Diese Verfassungsreform soll die Möglichkeit schaffen, den europäischen Einwanderern auf dem Wege von "Bundesländern" ihr bislang mit Zwangsgesetzen gesichertes Monopol auf Bodenschätze und fruchtbaren Boden zu sichern. Eine Föderation, so kalkuliert zum Beispiel der südafrikanische Verfassungsrechtler Gerhard A. Rauche, ließe den europäischen Siedlern die Möglichkeit, sich auf ein bestimmtes, nur von ihnen beherrschtes Gebiet zurückzuziehen – und den Rest des Landes den Schwarzen zu überlassen:

"In Hinblick auf den Konflikt zwischen zentrifugalen und integrierenden Kräften sollte die Weiterentwicklung der Konkordanzdemokratie in diesem Land so gestaltet werden, daß dabei Raum für die Akkommodierung von westlichen Begriffen und traditionellen afrikanischen Normen und Werten geschaffen wird. Es ist zu bedenken, daß ein föderatives System am besten diesem Zweck dienen kann."

FDP-Graf Lamsdorff hatte vor einigen Monaten die Öffentlichkeit damit überrascht, daß er für eine Art "Israel" in Südafrika plädierte – er meinte einen weißen Siedlerstaat. Vor dem Hintergrund der Diskussion unter südafrikanischen und westdeutschen Politikern, Journalisten und Universitätsprofessoren gewinnt diese Idee ein anderes Gewicht: Ein Teil der weißen Siedler spekuliert offensichtlich auf eine solche Lösung. Und diese Siedler hoffen, daß sie Leute wie Buthelezi dafür gewinnen können. Tatsächlich fußt der Vorschlag einer "förderativen Verfassung" auf den rassistischen Ideen der "getrennten Entwicklung" und der damit verbundenen Errichtung von "Bantustans" oder "Homelands". (Politische Studien, Südafrika, Sonderheft 2/86, herausgegeben von: Hanns-Seidel-Stiftung, zu beziehen über: Verlag R. S. Schultz, Berger Straße 8–10, 8136 Percha, Preis: 15,50 DM – uld)

## IG Druck und Papier

### Einige Ergebnisse des 14. ordentl. Gewerkschaftstages der IG Druck und Papier

**Arbeitszeit:** Der Leitantrag des Hauptvorstandes zur Tarifpolitik wurde ohne Gegenstimmen angenommen. Zur Arbeitszeit wird der 7-Stunden-Tag und die 5-Tage-Woche von Montag bis Freitag gefordert. Flexibilisierung wird grundsätzlich zurückgewiesen und die Begrenzung der Betriebsnutzungszeiten angestrebt. Das klingt auf den ersten Blick recht gut und entspricht auch den Absichten vieler anderer Antragsteller aus Landesbezirken und Ortsvereinen. Wie das durchzusetzen sein soll, steht allerdings nicht im Leitantrag. Ein Änderungs-



Drucker am Tiegel

vorschlag, der abschließende tarifliche Regelungen über Lage und Verteilung der Arbeitszeit forderte, wurde abgelehnt. Er hätte der Flexibilisierung Schranken setzen können. Das eigentliche Problem, vor dem die Gewerkschaft in der nächsten Tarifrunde stehen wird, wurde in der Debatte um den Geschäftsbericht deutlich. Hier haben Hauptvorstandsmitglieder die Betriebsvereinbarung von Gruner und Jahr eindeutig für tarifkonform erklärt (6 Tage Arbeitswoche, Bereitschaftsdienste usw.). Damit ist amtlich, was viele befürchtet haben: Es gibt praktisch keinen tarifrechtlichen Schutz vor Flexibilisierung und Wochenendarbeit. 1987 und 1988 wird der Kampf gegen die Flexi-Absichten der Kapitalisten voll auf den Schultern der Betriebsräte und Belegschaften ruhen. Ihre Erpreßbarkeit ist bei Gruner und Jahr vorgeführt worden und wird mit erneuter krisenhafter Entwicklung noch zunehmen.

**Schichtarbeit:** Der Kampf gegen die Schichtarbeit findet im Leitantrag des Hauptvorstandes keine Würdigung. Angenommen wurden zwei Anträge, die sich für zusätzliche Arbeitszeitverkürzung für ältere Arbeiter aussprechen. Gleitender Übergang in den Ruhestand bei vollem Lohnausgleich, Nachtarbeitsverbot sowie Überstundenverbot werden gefordert. Unter dem Thema "Arbeitsrecht" wird in einem Antrag von Bayern das gesetzliche Verbot für gesellschaftlich nicht notwendige Nachtarbeit für Frauen und Männer gefordert. Der Antrag wurde ohne Debatte einstimmig angenommen.

**Arbeitszeitordnung:** Zwei angenommene Anträge zur Arbeitszeitordnung fordern die Neufassung dieses Gesetzes. Vor allem: Beschränkung der Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden und der Tagesarbeitszeit auf acht Stunden.

**Aussperrung:** In der bürgerlichen Presse ist ein ziemliches Spektakel über den angeblich radikalen Kurs der IG DruPa in Sachen Betriebsbesetzung veranstaltet worden. Das war völlig unbegründet. Ein modifizierter Antrag aus Hessen, der letztlich beschlossen wurde, besagt lediglich, daß im Fall von Aussperrung das Verbleiben im Betrieb als eines von verschiedenen Kampfmitteln in Frage kommt. Ob das überhaupt praktikabel ist, blieb auch in der Debatte unklar. Aufgeschreckt durch das Geschrei in der Presse äußerten ziemlich viele Delegierte in der fast dreistündigen Debatte erhebliche Zweifel an Rechtmäßigkeit und Durchführbarkeit dieser Kampfform. Andere sahen die Betriebsbesetzung als entscheidende Weiterentwicklung von Streikformen überhaupt. Wichtig war, daß der Gewerkschaftstag in diesem Antrag die Gesetzesinitiative der Grünen gegen die Aussperrung begrüßt. Ein Antrag von Sozialdemokraten, diese Passage zu streichen, wurde nach längerer Debatte mehrheitlich in einer Art Kampfabstimmung abgelehnt.

**Technologie-Politik:** Schon in der nächsten Tarifrunde wird die Forderung nach Aus-, Fort- und Weiterbildung für alle Arbeitnehmer eingebracht. Das soll eine der gewerkschaftlichen Antworten auf den raschen technischen Wandel sein. Inwiefern man dabei auf die Bereitschaft der Kapitalisten spekuliert, notwendige Fortbildung ohnehin durchführen zu müssen, blieb unklar. Ein umfassender Technologie-Tarifvertrag soll erarbeitet und bis 1988 erstellt sein. Seine Durchsetzung wird aber vom Zusammenwirken mit anderen DGB-Gewerkschaften abhängig gemacht. Der Rationalisierungsschutz mit starken Mitbestimmungsrechten für Betriebsräte ist wesentlicher Bestandteil der angenommenen Anträge zu diesem Thema. Die Forderungslage zur Tarifierung von Arbeitsbedingungen ist aber noch schwach entwickelt. Begrenzung von Bildschirmarbeit, Verbot von Personen- und Leistungskontrollen sind die wesentlichen Punkte. Angenommen wurde auch ein umfangreicher Antrag der Bundesfrauenkonferenz zum Verbot der Heimarbeit mit einem deutlichen Hinweis auf das dahinterstehende Flexi-Konzept der Kapitalisten. – (pea)

## Beschluß des IG Druck und Papier-Gewerkschaftstages zur Tarifpolitik

Die Folgen der wirtschaftlichen Krise bestimmen Inhalt und Durchsetzungsbedingungen der gewerkschaftlichen Tarifpolitik.

Die Unternehmer setzen ihre Bemühungen fort, die Krisenfolgen den abhängig Beschäftigten, den Rentnern und Arbeitslosen aufzubürden. Niedrige Löhne und Gehälter sollen die Gewinne verbessern helfen. Rationalisierungen – sei es durch Einsatz neuer Techniken, sei es durch "Flexibilisierung" von Arbeitszeiten und Arbeitsverhältnissen – dienen dazu, Arbeitsplätze zu vernichten. Zugleich stellen sie berufliche Qualifikationen infrage. Entgegen allen Versprechungen der konservativen Wirtschaftspolitik steigt die Arbeitslosigkeit weiter an.

Der Staat sorgt für politischen Flankenschutz, durch Kürzung sozialer Leistungen, durch Abbau arbeitsrechtlichen und sozialen Schutzes wie durch gezielte Behinderung kollektiver Gegenwehr der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften.

Die Gewerkschaften sind aufgerufen, dieser Entwicklung auch auf tarifpolitischem Feld entgegenzuwirken

\*\*\*  
A Mehr denn je hat sich die gewerkschaftliche Tarifpolitik dabei von folgenden Grundsätzen leiten zu lassen:

1. Rechtzeitig vor und während jeder Tarifverhandlung sind die Mitglieder an der Forderungsstellung wie an der Auseinandersetzung aktiv zu beteiligen ...
2. Parallel laufende Tarifverträge im gleichen fachlichen Geltungsbereich für Arbeiter und Angestellte sind jeweils zeitgleich aufzukündigen und zu verhandeln ...
3. Die Industriegewerkschaft Druck und Papier hält an dem Ziel fest, gemeinsame und einheitliche Tarifverträge für Arbeiter, Angestellte und Auszubildende zu schaffen.
4. Die gewerkschaftliche Betriebsarbeit ist ein wesentlicher Stützpunkt der Tarifpolitik. Die Grundsätze und Ziele gewerkschaftlicher Tarifpolitik müssen in der Betriebsarbeit verankert werden.
5. Die einheitliche Abwehrhaltung der Unternehmer und ihrer Verbände gegen zentrale gewerkschaftliche Forderungen (sog. Tabukatalog) macht es erforderlich, daß die Gewerkschaften ihre Tarifpolitik untereinander abstimmen ...
6. Die Gewerkschaften verteidigen mit der Tarifautonomie die Grundlage ihres tarifpolitischen Wirkens ... Vorhandene Einschränkungen der Tarifautonomie müssen beseitigt werden ...
7. Die Ziele und Forderungen der gewerkschaftlichen Tarifpolitik werden von den Gewerkschaften selbst bestimmt. Richtschnur sind allein die Interessen der Mitglieder und der übrigen abhängig Beschäftigten ... Die Industriegewerkschaft Druck und Papier lehnt eine Wiederbelebung der konzertierten Aktion ab.

B Für die Tarifpolitik der Industriegewerkschaft Druck und Papier gelten folgende Schwerpunkte:

1. Einkommen  
Die Sicherung und Verbesserung der Einkommen ist weiterhin verpflichtende Aufgabe der gewerkschaftlichen Tarifpolitik. Das gilt erst recht angesichts der in den letzten Jahren erlittenen Realeinkommensverluste. Die Industriegewerkschaft Druck und Papier wendet sich gegen Lohnverzicht als angebliches Mittel zur Hebung der Investitionsneigung ...

2. Arbeitszeit  
Die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Gehaltsausgleich bleibt Aufgabe der gewerkschaftlichen Tarifpolitik.

Ziel ist dabei der 7-Stunden-Tag.

Die 5-Tage-Woche muß zwingend für alle Beschäftigten gelten, wobei die Arbeitszeit auf die Werktag

tag bis Freitag zu verteilen ist. Wochenendarbeit ist nur in zwingenden Ausnahmefällen zugelassen.

Eine Ausweitung von Produktionszeiten aus Anlaß der Arbeitszeitverkürzung ist abzulehnen ...

Die Industriegewerkschaft Druck und Papier lehnt flexible Arbeitszeiten, d.h. die Anpassung der Arbeitszeit an die wechselnde Auftragslage bzw. die jeweilige Produktionsauslastung ab ...

Für Teilzeitarbeit ist festzulegen:

- Vollzeitarbeitsplätze dürfen nicht zugunsten von Teilzeitarbeit aufgelöst werden.
- Die Teilzeitarbeit muß mindestens 20 Stunden und darf höchstens 30 Stunden in der Woche betragen.
- Teilzeitbeschäftigte haben einen Anspruch auf Umwandlung in ein Vollzeit-Arbeitsverhältnis.

Alle anderen Formen abweichender Arbeitszeiten sind abzulehnen. Das gilt insbesondere für kapazitätsorientierte variable Arbeitszeiten (Kapovaz), Open-End-Verträge, Abrufarbeit.

### 3. Verteidigung des Normal-Arbeitsverhältnisses

Grundlage der Beschäftigung muß ein unbefristetes betriebliches Vollarbeitsverhältnis bleiben ...

– Befristete Arbeitsverhältnisse sind tarifvertraglich auf eng begrenzte Ausnahmen, wie kurzfristige Aushilfsarbeiten, zu beschränken.

– Heimarbeiter müssen dieselben tarifvertraglichen Rechte erhalten wie die im Betrieb Beschäftigten.

Die Industriegewerkschaft Druck und Papier lehnt die Auslagerung betrieblicher Arbeit in neue Formen der Heimarbeit ("Telearbeit") ab.

In allen Fällen der Begründung von Heimarbeitsverhältnissen muß der Betriebsrat ein zwingendes Mitbestimmungsrecht erhalten.

### 4. Rationalisierungsschutz

Bei Einführung neuer Techniken oder anderen Formen der Rationalisierung sind die betroffenen Arbeitnehmer wirksam vor Arbeitsplatz- und Einkommensverlust zu schützen. Dazu sind insbesondere notwendig:

- Mitbestimmung des Betriebsrats beim Einsatz von Maschinen und Anlagen sowie bei der Gestaltung der Arbeitsinhalte, Arbeitsabläufe und Arbeitsorganisation einschließlich der Aufstellung von Stellenplänen.
- Verbesserter Kündigungsschutz durch ein generelles Widerspruchsrecht des Betriebsrats; Weiterbeschäftigungspflicht bis zur rechtskräftigen Entscheidung des Arbeitsgerichts.
- Verhinderung von Leistungsintensivierung und Ausgleich für besonders belastende Arbeiten durch bezahlte Erholungspausen; Recht auf Ablehnung der Arbeit mit allen Stoffen und Geräten, deren Unschädlichkeit für den Menschen nicht einwandfrei nachgewiesen ist.
- Verbot technischer Verfahren zur Erfassung, Speicherung und Verwertung von auf Einzelpersonen bezogenen oder beziehbaren Daten.
- Mitbestimmungsrecht über die Einführung und Anwendung von Arbeitserfassungsbögen.
- Schutz vor Vereinzelung des Menschen im Produktionsprozeß, z.B. durch kollektive Pausenregelung.

5. Aus-, Fort- und Weiterbildung  
Angesichts der technologischen Entwicklung ist eine breite Qualifikation der Arbeiter und Angestellten eine wichtige Voraussetzung für Beschäftigung und Einkommen. Deshalb sind die tariflichen Bestimmungen über die Ausbildung im Sinne des Tarifvertragsentwurfs über Aus-, Fort- und Weiterbildung zu verbessern; soweit noch nicht vorhanden, sind entsprechende tarifvertragliche Bestimmungen zu schaffen.

Dadurch soll die laufende Fort- und Weiterbildung durch die Betriebe sichergestellt werden, um die berufliche Qualifikation der Beschäftigten auch unter den Bedingungen der technologischen Entwicklung auf hohem Niveau zu sichern ...



### Räumung der Hafenstraße noch vor den Wahlen?

**Hamburg.** Am 21.10. hat Hamburgs Innensenator Pawelczyk 500 Polizisten gegen die Hafenstraße losgeschickt. Der Vorwand für den über zehnstündigen Einsatz war diesmal eine große Wandparole zur Solidarität mit der RAF. Die Polizei kam mit Hubschrauber, Dutzenden von Handwerkern und leistete erhebliche Zerstörungsarbeit. V.a. wurden die Stahleingangstüren demoliert, so daß die Bewohner jetzt ziemlich schutzlos weiteren Angriffen und der Kälte ausgesetzt sind. Dieser Einsatz diente der taktischen Vorbereitung der Räumung, der Auskundschaftung der Gegebenheiten, der Demoralisierung der Bewohner. Zeitgleich mit diesem Einsatz hat der Innensenator ein Gutachten in Auftrag gegeben, daß ihm die Handhabe zu einer Räumung noch vor Ablauf der Mietverträge (31.12.86) geben soll. Mit Hilfe des Hamburger Polizeigesetzes soll eine erhebliche Gefahr für die "öffentliche Sicherheit und Ordnung" beseitigt werden. Das zielt eindeutig auf die Bürgerschaftswahlen am 9.11.86. Zu den Wahlen eine geräumte Hafenstraße, dieses Kalül wird in der SPD erwogen und in Stimmen von rechts gewogen. — (mek)

### CDU eröffnet Wahlkampf: Kein Erfolg für Heiner Geißler

**Hildesheim.** CDU-Generalsekretär Heiner Geißler trat als erster Spitzenpolitiker vor den Wahlen 1987 auf und eröffnete am 24.10. den Bundestagswahlkampf auf dem Marktplatz vor ca. 1200 Menschen. Eine Aktionseinheit gegen den Auftritt des CDU-Demagogen kam nicht zustande. Trotzdem störten etwa 300 Gegner der reaktionären Regierungspolitik den Vortrag Geißlers. Größere Auseinandersetzungen mit den Hundertschaften oder Greiftrupps der Polizei gab es diesmal nicht. Nach den Auseinandersetzungen während des Auftritts von Ministerpräsident Albrecht im nds. Landtagswahlkampf und der Kritik am damaligen brutalen Polizeieinsatz hielten sich die "Ordnungskräfte" zurück.

Erstmals trat die Asyl e.V. öffentlich mit einem Transparent gegen die rassistische Politik der CDU auf. Geißler wurde von der Frauenhaus-Initiative als "Frauenverräter Nr. 1" angegriffen. Geschickt am Vortrag Geißlers waren seine demagogischen Spitzen gegen die Politik der GRÜNEN: Die CDU würde erst den Menschen, dann den Wald bzw. die Umwelt sehen. Dies konnte die Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg in einem Flugblatt zur Regierungspolitik der CDU konkret widerlegen: "In 'Frieden, Freiheit und Würde' gegen die Arbeiterbewegung gerichtet!" Die konservative HAZ schrieb z.T. negativ über Geißlers Auftritt. — (mal)



**Heidelberg.** Während in der Heilig-Geist-Kirche am 18.10. die Elite 600 Jahre Universität Heidelberg feierte – Studenten waren nicht zugelassen – demonstrierten etwa 1000 Heidelberger Studenten gegen das Universitätsjubiläum. Kanzler Kohl wurde mit Pfiffen und Konfetti bedacht, worauf er, wie man im Fernsehen deutlich hörte, kommentierte: "Heidelberger Pöbel!" – (tob)

### Demonstration für das Recht auf Asyl

**Tübingen.** Das Tübinger Aktionskomitee gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit hatte für den 18.10. zu Demonstration und Kundgebung mobilisiert. Über tausend beteiligten sich, darunter Mitglieder der Grünen, der Volksfront, der VSP. Auf Transparenten und auf der Abschlußkundgebung wurde gefordert: "Uneingeschränktes Asylrecht", Aufhebung des Arbeitsverbotes, Auflösung der Sammellager und "Weg mit dem Ausländergesetz und dem Asylverfahrensgesetz". Karola Bloch, Witwe des Philosophen Bloch, eröffnete die Kundgebung. Frau Bloch, die während der Nazi-Diktatur emigrieren mußte, erklärte: "Es macht mich außerordentlich betroffen, daß gerade in der Bundesrepublik das Asylrecht eingeschränkt wird, waren es doch die Faschisten, die viele gezeugen haben, ins Ausland zu gehen". Ein Vertreter der Iranischen Sozialisten nannte die Verfälschung von Tatsachen als ein wesentliches Instrument der Asylpolitik der Bundesrepublik. — (gba)

### Anti-Brokdorf-Demonstration am 18.10. in Kiel

**Kiel.** Etwa 3500 Menschen folgten, "geschützt" durch mindestens tausend Polizisten, dem Aufruf aller Anti-AKW-Initiativen, von Grünen, Jugendwerk der Arbeiterwohlfahrt Kiel, KB, VSP u.v.a. zur landesweiten Demonstration gegen die Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Brokdorf. Zentrale Parole: "Stört vor dem Störfall!" SPD und DKP samt befreundeten Organisationen riefen zur Demonstration eigenständig auf.

Nach zehn Jahren des Widerstandes gegen dieses AKW betonten alle Kundgebungsredner, daß die Spaltung in "friedliche" und "gewalttätige" Gegner nur den Betreibern der AKW

nützt.

Bei der Demonstration gingen einige Scheiben der Landesbausparkasse zu Bruch, was die Polizei zum Vorwand nahm, lange nach Demonstrationseende auf noch verbliebene AKW-Gegner einzudreschen, und Norbert Gansel (SPD), sich von "Chaoten" zu distanzieren. — (hap)

### Blockadetage um Wackersdorf

**Wackersdorf.** Vom 15. bis zum 17. Oktober wurden im Gebiet um Wackersdorf gegen die WAA Blockadeaktionen mit Straßensperren und Verkehrsbehinderungen durchgeführt. Mehrere Tausend WAA-Gegner beteiligten sich. Bilanz der Blockadetage: 17 Strommasten umgesägt, achtmal Anlagen der Bundesbahn beschädigt und 505 Demonstranten vorläufig festgenommen. Zwei Anti-WAA-Büros in Schwandorf und Altenschwand wurden von der Polizei durchsucht und massenhaft Material beschlagnahmt, weil sie den Aufruf zu den Blockadeaktionen unterstützt hatten. In Burglengenfeld wurde die Genehmigung einer Kundgebung 20 Minuten vor Beginn zurückgezogen. Die Polizei riegelte den Platz ab, setzte den Schlagstock ein und verhaftete viele der 300 bis 500 Demonstranten. Nach Beendigung einer Kundgebung in Schwandorf zogen einige Hundert Teilnehmer aus der Innenstadt hinaus, wurden von einem Großaufgebot der Polizei eingekesselt und 251 Personen festgenommen, weil sie an einer "unerlaubten Demonstration" teilgenommen haben. In Ponholz und Burglengenfeld stürmten Spezialeinheiten der Polizei zwei Häuser ("Terroristenverdacht"), in denen auswärtige WAA-Gegner untergebracht waren. 29 Personen wurden festgenommen und mehrere Stunden festgehalten. Einem Rechtsanwalt wurde der Zutritt zu den Verhafteten verwehrt. — (uth)

## Hamburger Krankenhausgroßbetrieb

### Privatisierung: Wichtiger Bestandteil Hamburger Standortpolitik

**Hamburg.** Am 12.11.85 hielt Klaus v. Dohnanyi, Bürgermeister in Hamburg, eine Rede vor dem "Übersee-Club". Vor den versammelten Kapitalisten stellte er seine "Standort-Hamburg-Politik" vor, die er selbst treffend so zusammenfassend charakterisierte: "Alles, was den Unternehmern nützt, nützt auch den Arbeitnehmern." Das bedeutet, v. Dohnanyi will ein Ausbeuterparadies in Hamburg schaffen. So soll dem Philips-Konzern für ein Mega-Chip-Werk seiner Tochterfirma Valvo 60 Mio. Fördermittel in den Rachen geworfen werden, vor allem soll es das vierte Werk in der BRD werden, wo Wochenendarbeit durchgesetzt wird – das Werk soll rund um die Uhr laufen. Mit diesem Angebot hat Hamburg Schleswig-Holstein aus dem Rennen geworfen.

tungsfirma "Knight-Wegenstein AG Zürich" beauftragt zu erforschen, "welche Betriebsformen für Krankenhäuser zweckmäßig sind". Als Ziele dieses Auftrages wurden formuliert, daß die Stadtverwaltung von den Problemen des Managements "entlastet" werden soll, die Ausrichtung auf "zweckmäßigste und wirtschaftlichste Leistungserbringung" verbessert werden und die Selbständigkeit des Managements für die Krankenhäuser erhöht werden solle. Eindeutige Charakteristik für eine Privatisierung. Das Ergebnis war der größte Krankenhausbetrieb der BRD, der sog. Landesbetrieb Krankenhäuser. Dies war, wie sich jetzt gezeigt hat, der erste Schritt zur Privatisierung.

Zwar war der "verselbständigte Regiebetrieb nach § 26 Landeshaushalts-

sonal-)Einsparungen erreicht worden. Deshalb soll die berühmte-berühmte Rationalisierungsfirma "Ernst & Whinney" mit Sitz in New York diese letzte Hürde beseitigen helfen.

Die jetzige Gesundheitssenatorin Maring hat im August dieses Jahres dem Gesamtpersonalrat des Landesbetriebes mitgeteilt, daß sie diesen "aus der öffentlichen Verwaltung ausgliedern" und in eine "neue Rechtsform überführen" wolle. Ihre Vorstellungen seien eine GmbH oder ein Eigenbetrieb – also praktisch die Privatisierung.

Diese Taktik, scheibchenweise zu privatisieren, wird auch gleich bei den Krankenhauswäschereien durchgeführt. Kleine Waschküchen werden geschlossen, Schichtbetrieb wird eingeführt bei gleichzeitiger Rationalisierung und Zusammenlegung zu zwei zentralen Waschküchen in Barmbek und Ochsenzoll. Diese sollen dann zu einem Landesbetrieb zusammengefaßt werden. Sind die privatwirtschaftlichen Managementstrukturen dann eingespielt, wird privatisiert – wie gehabt!

Hier wird also ein "Modellfall Hamburg" für den Krankenhausbereich geschaffen: Schaffung von privaten Krankenhausgroßbetrieben, die durch niedrige Kosten die "Konkurrenz im Krankenhausbereich anregen" sollen. Der "Schreibtischtäter Ehrenberg" kommt immer mehr zu seinen Ehren! – (mgh)



Durch die Rechtsform "Landesbetrieb" wird den Wäschereibeschäftigten Schichtarbeit und noch größere Hetze aufgezwungen – spüren sie nicht, wird sofort privatisiert, ansonsten, sobald sie genug Profit abwerfen.

Aber alle Bemühungen, die Kapitalisten in den Norden zu ziehen, nutzen natürlich nichts, wenn nicht langfristig auch die Lohnnebenkosten entscheidend gesenkt werden können. So sind auch die Äußerungen des Hamburger Handelskammerpräsidenten Illies zu verstehen: "Es mangelt nicht an Arbeit, sondern es mangelt an Arbeit zu den vorgeschriebenen Bedingungen. Das liegt an ... Tarifverträgen ...". Die Arbeitskräfte bekommen zuviel Lohn, und die sog. Lohnnebenkosten sind zu hoch. Einen bedeutenden Batzen machen da die Beiträge für die Krankenkassen aus. Niedrige Krankenversicherungsbeiträge – der Senat hat das verstanden und arbeitet zielstrebig auf dieses Ziel hin.

Um zügiger die Kosten der Gesundheitsversorgung senken zu können, wurde 1975 die Managementbera-

ordnung" noch sehr eng an den Senat gebunden (öffentlicher Dienst), aber Knight-Wegenstein hatte in seiner Studie auch festgestellt, daß diese Form nur dann "zweckmäßig" sei, wenn sie gezielt als Vorbereitungsphase zur "voll rechtsfähigen Anstalt" genutzt werde. Der Gesundheitsbehörde wurde ein Amt Krankenhäuser (K) beigeordnet, was schon Managementstrukturen und einen Geschäftsführer bekam. Weiterhin wurde, wie in der Studie gefordert, das "mittlere Management" in den Krankenhäusern ausgebaut – im Pflegedienst z.B. die sog. Abteilungsschwestern eingesetzt, die die Dienstaufsicht unterstützen sollen.

Organisatorisch ist man in Hamburg inzwischen so weit, daß ohne größere Probleme privatisiert werden könnte, nur sind noch nicht die erhofften (Per-

Fichtel & Sachs

#### Betriebsversammlung: Kritik an Arbeitshetze

**Schweinfurt.** Die Betriebsversammlung der Spätschicht im Werk Süd am 9.10.86 war gut besucht und dauerte diesmal 5 1/2 Stunden. Fast 20 Arbeiter hielten Redebeiträge. Die meisten Wortmeldungen erfolgten unmittelbar auf den Bericht des Arbeitsdirektors Dr. Schneider, der mehr Qualitätsbewußtsein forderte und weitere Kostensenkungen ankündigte.

Zur Sprache kamen:

- \* Unmenschliche Akkorde an den Bändern im Dämpferbau.
- \* Gefährliche Arbeitsbedingungen im Dämpferbau durch verstellte Fahrwege und Verletzungsgefahr für Frauen beim Einpacken von Dämpfern.
- \* Die Personalverschiebungen zwischen einzelnen Sparten und Kostenstellen müßten endlich aufhören.
- \* Die Entlassung von 48 Kollegen, die jetzt im Dämpferbau fehlen.
- \* Arbeitshetze für Staplerfahrer im Versand, erhöhte Unfallgefahr, Forderung nach einem weiteren Fahrer.
- \* Installation von Standheizungen in die Stapler, da auch im Winter im Freien verladen werden muß.
- \* Arbeitshetze für die Verpacker im

Versand. Kein Wunder, wenn Kisten in München statt in Stuttgart landen.

\* Unterschriftensammlung gegen krankmachende Arbeitsbedingungen an Feinstanzen, mehrere Kollegen an Sehnenscheiden operiert. Forderung nach technischen Änderungen.

\* Bessere Werkstatt für Bauschlosser mit Licht- und Luftverbindung nach außen. Bisher Schweißen und Schleifen auf engstem Raum ohne Licht, Luft und Sonne.

\* Bandpausen an allen Bändern.

\* Unzureichendes Absaugen beim Bohren von Asbestkupplungsbelägen.

\* Willkürliche Veränderungen von Vorgabezeiten im Akkord.

\* Bau einer Heizung in der Stanze-rei.

\* Verbot, nachts alleine zu arbeiten.

\* Einschränkung der 3. Schicht, Anlegung schärferer Kriterien, Genehmigung nur noch in Ausnahmefällen.

Leider sah der Betriebsratsvorsitzende Kaufmann seine wichtigste Aufgabe im Dämpfen der Widersprüche, insbesondere übernahm er den Part des Vorstands bei der Antwort auf die Kritik an der Nacharbeit. Er zeigte Verständnis für die Einführung der dritten Schicht wegen Terminarbeiten, Raummangel und Kostensenkung. Dabei hatte noch kurz zuvor ein freigestellter Betriebsrat angegriffen, daß im Werk Süd im 1. Halbjahr 1986 die meldepflichtigen Unfälle um 68% angestiegen seien, gerade wegen Einführung von Nacharbeit. — (cls)

## Hamburg

### Bürgerschaftswahlen: Debatte unter Antifaschisten

**Hamburg.** 100 Teilnehmer hatte am 17.10. eine Veranstaltung des BWK, der FAU/R und der VSP (ehemals KPD und GIM). Thema: Kapitalismus führt zum Faschismus — gilt das heute noch? Anlaß der Veranstaltung war die Kandidatur mehrerer faschistischer Parteien zu den Bürgerschaftswahlen — der FAP, der Hamburger Liste Ausländerstopp (HLA), der "Patrioten" und einer Arbeitslosen- und Rentner Gruppe (ARG).

Die Sozialdemokratie hat keinerlei Anstalten gemacht, eine Kandidatur dieser Parteien zu unterbinden. Entsprechende Aufforderungen der VVN und der Volksfront an den Landesausschuß blieben unbeantwortet. Der zuständige Innensenator Pawelczyk erklärte, daß diese Parteien besser kontrolliert werden könnten, wenn sie legalisiert blieben. Das ist nicht stichhaltig, weil die SPD seit Jahr und Tag keinen Handschlag gegen faschistische Organisationen unternimmt. Sie müßte dann auch in eine inhaltliche Auseinandersetzung mit faschistischer Politik eintreten. Das wäre für die SPD schwierig, weil sie sich

auf das Allgemeinwohl verpflichtet hat und reaktionären Hetzparolen ausgeliefert ist. Dohnanyi spricht z.B. seit kurzem davon, daß die BRD (und Hamburg) kein "Einwandererland" ist — und das ist die Hauptparole der HLA, mit der sie reaktionäre Ausländerpolitik propagiert.

Auf der Veranstaltung war die "Faschisierung" umstritten. Die VSP kritisierte den BWK, daß er den Kapitalismus mit dem Faschismus gleichsetze, wenn er heute von "Faschisierung" spreche. Die FAU/R fragte, ob man denn wirklich alle reaktionären Maßnahmen heute unter "Faschisierung" zusammenfassen könne. Die Marxistische Gruppe (MG) bezweifelte, daß überhaupt eine Warnung vor dem Faschismus nötig sei, weil die bürgerliche Demokratie bereits schlimm genug ist. Enthüllungen des BWK über die Verschärfung der Ausbeutung und Unterdrückung wurde entgegnet: So sei das nun mal im Kapitalismus; oder wolle der BWK etwa behaupten, daß mit den Ausländern heute so umgesprungen wird wie mit den Juden 1933?

Die Veranstaltung brachte keine Klärung, aber hat zwei Probleme verdeutlicht. Die Vorstellung von dem, was Faschismus ist, wird bei vielen Leuten zu sehr davon geprägt, wie es 1933 und danach war. Da wir heute von Judenvergasung und Parlamentsauflösung weit entfernt sind, scheint faschistische Unterdrückung ebenso weit entfernt. Aber ist eine umfassende Knechtung der Lohnabhängigen nicht auch mit Parlament und ohne KZ möglich? Außerdem begehen die Leute, die so sehr betonen, daß heute "bürgerliche Demokratie" herrscht und Faschismus was ganz anderes ist, den Fehler, einen Stillstand der gesellschaftlichen Entwicklung zu konstruieren. Der Begriff "Faschisierung" bringt zum Ausdruck, daß das Finanzkapital dabei ist, die Lohnabhängigen völlig unter seine Interessen zu unterwerfen. Wer das leugnet, kommt dazu, scharfe Widersprüche zu verwischen und die Lohnabhängigen nicht ausreichend zu unterstützen. — (ana)

## Justizschikane

### DKP-Kreisvorsitzender mit 14 Tage Beugehaft bedroht

**München.** Dr. Fred Schmid, Kreisvorsitzender der DKP München, wurde am 1. Oktober 86 zum Haftantritt (vier Tage Ordnungsstrafe) abgeholt. Da er sich nicht freiwillig dieser Justizschikane beugte, mußte er von Polizisten weggetragen werden. Außer der Ordnungsstrafe wird ihm noch 14 Tage Beugehaft und eine Geldstrafe von 1.500 DM angedroht. Mit was begründet die Justiz ihr Vorgehen? Vor einhalb Jahren wurde bei der

Staatsanwaltschaft "anonym" Anzeige erstattet. Der ehemalige Kreisvorsitzende der DKP, M. Oberhof, habe die DKP finanziell geschädigt. Seitdem ermittelt die Staatsanwaltschaft aus "öffentlichem Interesse". Die DKP-Funktionäre Schmid und Högemann wurden als Zeugen vorgeladen, die Zeugenaussage wurde verweigert, weil die DKP den Standpunkt vertritt, daß dies eine rechtswidrige Einmischung in die innere Angelegenheit der Partei sei. In einem Flugblatt hat die DKP zu diesen Vorgängen Stellung genommen und dazu erklärt: "Der ehemalige Kreisvorsitzende der DKP,



Mathis Oberhof, wurde wegen schwerer Verstöße gegen politische Grundsätze und Statut der DKP aus dieser Partei ausgeschlossen. Nach dem Parteiengesetz der Bundesrepublik Deutschland ist keine Partei verpflichtet, solche Vorgänge offenzulegen. Dies sollte auch der Staatsanwaltschaft bekannt sein. Daß sie dennoch so hartnäckig an diesem sogenannten Ermittlungsverfahren festhält, legt den Verdacht nahe, daß es ihr in Wahrheit darum geht, sich mit solchen juristischen Tricks in die inneren Angelegenheiten der DKP zu mischen. Die DKP erklärt erneut, sie wird sich nicht dafür hergeben, an einem Präzedenzfall mitzuwirken, der es staatlichen Behörden und Spitzeldiensten ermöglicht, sich mit 'anonymen Anzeigen' und dem juristischen Instrument der Zeugenverladung in die inneren Angelegenheiten demokratischer Organisationen einzumischen." Außerdem bewertete die DKP diese Justizschikane als massive Wahlbehinderung kurz vor den Landtagswahlen und sieht vergleichbare Vorgänge wie z.B. in Rheinland-Pfalz, wo drei DKP-Mitglieder zu je 1000 DM Ordnungsstrafe verurteilt wurden, weil sie sich weigerten, in einem Berufsverbotsprozeß eine Kollegin zu denunzieren und sich so zum Gehilfen des Verfassungsschutzes zu machen. — (dil)

## Kommunalpolitik

## Späth-Regierung und Stadtverwaltung proben Mobilisierung für "Kommune 2000"

**Freiburg.** Seit Frühsommer dieses Jahres bestimmt eine von CDU-Regierungpräsident Nothhelfer angezettelte "Sicherheitsdiskussion" die veröffentlichte Meinung in der Stadt. Ein harter Kern von gewalttätigen Hausbesetzern und Punks mache Freiburg zur "Chaotenhochburg", so die Behauptung des Präsidenten, der CDU und der Landesregierung. Die Verwaltungsspitze unter SPD-OB Böhme bestätigt die "Sicherheitsprobleme", um zu versichern, daß man Herr der Lage sei, mit den Gewalttätern selber fertig werde – vorausgesetzt die Justiz

schen Betrieb eines Senders unter Strafe stellt, wird in faschistischer Rechtstradition auf die bloße Mitwirkung bei Sendungen erweitert. Weitere Strafverfahren stehen an.

Wieweit die Reaktion bei ihrer Kampagne zielt und daß sie dabei bewußt auf faschistische Mobilisierung rechnet, zeigt ein Strafverfahren gegen drei Freiburger Punks. Sie hatten in einem Altersheim um Essen gefragt. Eine Krankenschwester des katholischen Heims fühlte sich vom Aussehen der Punks bedroht. Nach vier Wochen Untersuchungshaft we-

Gewalttätern durch die Justiz gefährdet. Seine Schlußfolgerung: "Solche Freisprüche zwingen einen zur Selbstjustiz". Anwälte der drei Freigesprochenen erstatten Strafanzeige gegen den Verfasser. Ein staatsanwaltliches Ermittlungsverfahren wird erst gar nicht eröffnet. (Zuständig ist derselbe Staatsanwalt, der das Verfahren gegen die Punks betrieb und jetzt Berufung gegen den Freispruch einlegte. Sein Ziel: Verurteilung zu fünf Monaten Gefängnis mit Bewährung bzw. acht und elf Monaten ohne.) Begründung des Staatsanwalts: Eine einfache Marktfrau sei nicht ernstzunehmen, der öffentliche Friede durch ihre Äußerungen nicht gestört.

Vorläufige Pointe: die "Marktfrau Josephine" geht in ihrem bürgerlichen Beruf der Tätigkeit eines Pressesprechers des Südbadischen Arbeitgeberverbandes nach und bekleidet nebenbei den Ehrenposten des Vorsitzenden des Freiburger Presseclubs. Nicht nur vor 1933 sind die volkstümlichen Stürmer-Hetztraktate in den Clubs und Zirkeln der Industrieverbände ausgekocht worden.

Die 700 Teilnehmer einer Veranstaltung am 16.10. (siehe auch Bild) haben in einer Resolution u.a. festgestellt:

"Das, was gegenwärtig gegen Hausbesetzer, Punks und alle, die sich nicht anpassen wollen, vorexerziert wird, gibt einen Vorgeschmack auf die Pläne, die Stadtverwaltung und CDU-Ministerpräsident in trauter Eintracht entwickeln. Die Freiburger Wirtschaft will gefördert werden. (...) Die Lage der lohnabhängig Arbeitenden soll auf das Niveau des Dienstleistungsbereichs à la Mac Donaldis gedrückt werden. Teilzeit- und Teleheimarbeit ohne echtes Tarifrecht, Aushebelung gewerkschaftlicher Rechte, Vereinzelung und Zersplitterung zur Aushöhlung der gewerkschaftlichen Kampfkraft sollen die Norm werden. Man beschwört den Ausbau des 'Oberzentrums' Freiburg zum Kongreß- und Tagungszentrum als Meilenstein auf dem Weg in Freiburgs glänzende Zukunft und verlangt 'Akzeptanz' bei der Bevölkerung. Wir, die Teilnehmer der Veranstaltung am 16.10.86 im Paulussaal, wir lehnen dieses Stadtbild ab. Es widerspricht unseren Interessen..."

Die Aktionseinheit hat sich nach der Veranstaltung darauf geeinigt, einen kommunalpolitischen Kongreß in der ersten Hälfte des nächsten Jahres zu organisieren und in dessen Vorbereitung die verschiedenen Tätigkeiten auf kommunalpolitischem Gebiet zu koordinieren. Neben bestehenden Arbeitsgruppen und Initiativen zur Medienpolitik, zur Kulturpolitik u.a. sollen Arbeitsgemeinschaften zur Späth-schen Variante der Regionalpolitik und zur zunehmenden Faschisierung in der Stadt gebildet werden. – (kuh)



Über 700 nahmen an der Veranstaltung am 16.10. in dem bei der evangelischen Kirche angemieteten Paulussaal in Freiburg teil. Es sprachen ein Vertreter des BWK zu den kommunalpolitischen Auswirkungen des Späth'schen Modells der technologieorientierten "Versöhnungsgesellschaft", ein Stadtrat der Grünen zu den laufenden Plänen der Stadtentwicklung und ein Sprecher der Autonomen zu politischen und polizeistaatlichen Unterdrückung der linken Opposition.

tue ihre Pflicht –, und macht sich an die Arbeit: Drei besetzte Häuser werden innerhalb weniger Wochen geräumt (siehe Polit. Berichte 18/86) und allein bei einer der nächtlichen Polizeiaktionen gegen über 70 Besetzer Strafanzeigen gestellt. Die Überlassung des in städtischem Besitz befindlichen ehemaligen Gretherschen Fabrik-Geländes für die im "Arbeitskreis Alternative Kultur" (AAK) zusammengeschlossenen Künstlergruppen wird mit politischen Auflagen verbunden, die sicherstellen sollen, daß dort nur genehme Kultur stattfindet. Radio Dreyeckland, das bislang illegale unabhängige Freiburger Lokalradio, wird mit Strafprozessen überzogen. Urteil gegen den Vorsitzenden des Freundeskreises: 50 Tagessätze wegen Beihilfe zum Verstoß gegen das Fernmeldeanlagen-gesetz. Dieses Gesetz, das den techni-

gen dem Vorwurf der räuberischen Erpressung muß der Strafrichter freisprechen. Von der Polizei gezielt übergangene Entlastungszeugen sagen aus, daß die drei sich korrekt verhalten hätten. Der Freispruch wird mit der Verweigerung einer an sich fälligen Haftentschädigung verbunden. Die drei Punks hätten die Haft grob fahrlässig selbst verursacht, weil sie (ohne festen Wohnsitz und Arbeit) "ein freies und ungebundenes Leben" führten.

Der Kommentator eines wöchentlich an alle Haushalte verteilten Anzeigenblatts fühlt sich ermutigt durch soviel Rechtsstaat. In der Maske einer "Marktfrau Josephine" hetzt der Verfasser gegen den Freispruch, beschimpft alle Punks als "Pack und öffentliche Parasiten" und sieht OB Böhmes Bemühungen um eine Reinigung des Stadtbilds von Chaoten und



## § 218

### Saat des Kirchentages geht auf

**Köln.** Die Saat, die der 89. Deutsche Katholikentag in Aachen im September diesen Jahres gesät hat, geht auf. Der oberste westdeutsche Katholik und bayerische Kultusminister Hans Maier hatte hier im Verein mit den geistlichen Oberhirten und anderer CDU-Prominenz zu neuerlichen und verstärkten Anstrengungen zum "Schutz des Lebens" aufgerufen. Diesem Ruf ist nun die "CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln" gefolgt und hat einen Antrag gestellt, die Stadt Köln möge: "die Öffentlichkeitsarbeit zugunsten des ungeborenen Lebens verstärken"; "ein Hearing zur Lage der Alleinerziehenden" durchführen; eine Broschüre erstellen, die "Hilfsmöglichkeiten für potentielle Alleinerziehende und Paare" aufzeigt und neben ausreichenden Kindergartenplätzen und Wohnraum einen "kommunalen Hilfsfonds in Höhe von 500000 DM für in Not geratene schwangere Frauen" einrichten.

Es ist anzunehmen, daß dieser in der Heimatgemeinde des katholischen Oberhirten Höffner gemachte Vorstoß beispielgebend sein wird für andere CDU-Stadtratsfraktionen, und er ist es deshalb wert, genauer betrachtet zu werden.

Gleich zu Beginn ihres Antrags stellt die Kölner CDU klar, um was es ihr geht, nämlich nicht einfach um den Schutz des ungeborenen Lebens schlechthin, sondern um den Schutz des deutschen ungeborenen Lebens. Im Antrag heißt es: "Allein im Jahre 1984 wurden bei über 530000 Geburten deutscher Kinder über 200000 Schwangerschaftsabbrüche bei den gesetzlichen Krankenkassen abgerechnet." Doch wie immer geht es auch in diesem Antrag nur um solches ungeborene Leben, welches wegen der sozialen Indikation abgebrochen worden ist. Aus dem Antrag: "83,3% aller statistisch erfaßten Abbrüche werden unter dem Hinweis 'sonstiger schwerer Notlagen' begründet." Diesen galt von jeher die besondere Sorge der vereinigten Lebensschützer.

Die GRÜNEN wiesen vollkommen zu Recht auf den engen Zusammenhang der Propaganda der CDU und der der NPD hin und setzten sich entschieden für eine ersatzlose Streichung des § 218 ein.

Daß es sich aber vor allem um eine großangelegte Propagandaaktion für die christlich-reaktionäre Familienpolitik handelt, zeigt nicht zuletzt der lächerlich geringe Betrag, der den "in Not geratenen schwangeren Frauen" aus dem kommunalen Hilfsfonds zur Verfügung stehen würde. Die Ratsfraktion der GRÜNEN rechnete aus, daß jede von den 2000 Frauen, die



Demonstration in Karlsruhe vor dem Bundesverfassungsgericht

1985 in Köln abgetrieben hätten, ganze 250 DM erhalten würde. Um den Hohn komplett zu machen, soll das Geld auch noch vom Projekt "Frauentaxi" genommen werden.

Gerade auf den Lebensschutz- und Familienschmuh ist aber die SPD in Köln eingestiegen. Der SPD-Ratsmann Dr. Vollmann bezeichnete gerade diese Elemente des CDU-Antrags als "Punkte, die es wert sind, daß man darüber nachdenkt und daß wir uns vernünftig damit befassen". Deshalb ist der Antrag auch noch nicht vom Tisch, sondern wurde gegen die Stimmen der GRÜNEN an die zuständigen Ratsausschüsse verwiesen.

Quelle: Antrag der CDU vom 7.8.86/ Ratsdebatte vom 2.10.86 – (rub)

### Freisoziale Union

#### Der "Dritte Weg" geht auch bei Faschisten entlang

**Rendsburg.** Die FSU (Freisoziale Union) kandidiert zu den Bundestagswahlen mit eigenen Kandidaten in Schleswig-Holstein. In ihrem Wirtschaftsprogramm, das sie als Grundlage ansieht, beruft sie sich auf Silvio Gesell (1919 Finanzminister der bayerischen Räteregierung zusammen mit Landauer, Niekisch, Mühsam, Troller) und seine Vorstellungen von einem natürlichen Wirtschaftskreislauf. Der soll darin bestehen, "durch geldtechnische Maßnahmen jede Geldhortung zu verhindern und die so umlaufgesicherte Geldmenge dem Warenangebot so anzupassen, daß die Kaufkraft des Geldes (= Warenpreinsniveau) ständig gleich bleibt" (Indexwährung). Daraus folgt für die FSU, daß der Kampf um höhere Löhne nicht mehr notwendig sein wird und den Gewerkschaften somit "die große Aufgabe erwachsen" kann, "durch sinnvolle Freizeitgestaltung, Fortbildungsmöglichkeiten und kulturelle Angebote der geistigen und musischen Entwicklung der Schaffenden (zu) dienen". Die Ursachen für die

Arbeitslosigkeit, Umweltverschmutzung, niedrige Löhne, Krisen und Kriege könnten durch die "geldtechnischen Maßnahmen" angeblich beseitigt werden, "denn es stehen sich die besser, die die Werte der Volkswirtschaft schaffen: die Arbeitenden ... Selbstverständlich sind darin auch die Unternehmer eingeschlossen ...". Denn "wie soll auf der Welt denn jemals Frieden werden, wenn im eigenen Lande immerfort Krieg zwischen Unternehmern und Arbeitenden herrscht?" Dies wäre für die FSU eine "gewaltlose" Alternative zu Kapitalismus und Kommunismus, ihr sogenannter dritter Weg. In diesem Punkt ist sicher ein Schulterschuß mit den Faschisten möglich. Die Vorstellungen über Gewerkschaftsarbeit erinnern an die "Deutsche Arbeitsfront" und KdF-Reisen.

In ihrem Wuppertaler Grundsatzprogramm fordert sie u.a. den Abbau öffentlicher Aufgaben, die dann durch die Selbsthilfekräfte übernommen werden könnten; "der Gesundheitsbewußte soll geldlich belohnt werden"; im Strafrecht soll Rehabilitation und Wiedergutmachung angestrebt werden; im Bildungswesen die finanzielle und rechtliche Gleichstellung aller Schulen, die privaten Bildungsträger sollen weiter gefördert werden – also Forderungen, wie sie auch von Reaktionen von FDP und CDU verfolgt werden. Unter dem Punkt "Nationale Belange im Miteinander der Völker" fordert die FSU den Abbau aller handelshemmenden Abgaben, insbesondere der Zölle. Sie treffen sich mit Konservativen und Faschisten in deutschlandpolitischen Forderungen wie: "Volles Selbstbestimmungsrecht für das deutsche Volk und den Abschluß eines Friedensvertrages für Gesamtdeutschland ... nicht Verschiebung, sondern Abbau der Grenzen ... sowie Schaffung eines freien Deutschland in einem freien Europa, das weder Satellit der Sowjetunion noch der Vereinigten Staaten von Amerika ist." – (lus)



Silvio Gesell, Verfasser der "natürlichen Wirtschaftsordnung"

## Situation in Stuttgarts Kindertagesstätten

### Die Festsetzung eines Mindeststandards in den Kindergärten und Tagheimen ist nötig

**Stuttgart.** In Stuttgart gibt es 6337 Tagheimplätze in 122 Tagheimen. Davon 1141 für 0 bis 3 Jahre, 2337 für 3 bis 6 Jahre und 2859 für 6 bis 14 Jahre. Der Ausländeranteil in den Tagheimen beträgt 56%, wobei es Schwankungen zwischen 50 und 80% gibt. Da damit durchschnittlich ca. 20% aller Kinder Stuttgarts tagsüber versorgt werden können, kann man annehmen, daß sich der größte Teil der Eltern bei Berufstätigkeit in der Kinderbetreuung anderweitig behilft.

52 der Tagheime werden unter städtischer Trägerschaft geführt. Davon soll hier im wesentlichen die Rede sein. Die Tagheime sind in der Regel von 6.30 bis 16.30 Uhr, für Notfälle bis 17.30 Uhr geöffnet. Die Kinder werden größtenteils von zwei ausgebildeten Kräften betreut, z.T. sind Anerkennungspraktikanten (letztes Jahr der Erzieherausbildung) als Zweitkräfte eingesetzt, bei den 6- bis 14-jährigen (Hort) sind die Zweiterzieher nur halbtags beschäftigt. Die Erzieherinnen, die bei den 0- bis 6-jährigen arbeiten, haben acht Stunden Betreuungszeit, eine Vorbereitungszeit wie im Kindergarten üblich, wird ihnen nicht zugestanden. Arbeiten, die außerhalb der Betreuungszeit anfallen, wie beispielsweise Elternabende und Feste müssen als Überstunden aufgeschrieben und abgefeiert werden. Das Abfeiern geht meistens zu Lasten der Kinder, weil dann einer allein in der Gruppe arbeiten muß oder sogar manchmal Gruppen zusammengelegt werden, wenn wenig Kinder da sind und die Zweitkraft krank ist. Im Winter sind solche Situationen gang und gäbe, weil der Krankenstand höher ist als sonst. Da die Springkräfte, die zur Krankheitsvertretung eingesetzt werden, den Bedarf bei weitem nicht decken, sind viele Tagheimgruppen selten mit zwei Kräften besetzt, weil entweder einer krank ist oder die Zweiterzieherin in einer anderen Gruppe aushelfen muß. Die starke Belastung, der die Erzieherinnen dann ausgesetzt sind, macht sie anfälliger für Erkältungskrankheiten. Dabei brauchen sie in dieser Zeit besonders viel Widerstandskräfte, da die wenigsten Eltern ihr Kind wegen eines Schnupfens oder Hustens zuhause lassen können. Für die Arbeit mit den Kindern bedeutet dies, daß die Qualität der Arbeit darunter leidet bzw. die Kinder dann nur "aufbewahrt" werden und u.U. unter einem starken Personalwechsel zu leiden haben. Die Eltern bekommen das dann in der Form zu spüren, daß das Kind abends unausgeglichen ist, schlecht schläft und nicht mehr gern ins Tagheim geht.

Aus dieser Situation heraus und der Tatsache, daß der Gemeinderat versuchte, durch Sparmaßnahmen in den letzten Jahren auch noch Personal abzubauen, haben Eltern und Erzieher mehrfach versucht, durch Protestaktionen auf die Situation aufmerksam zu machen. Es wurden u.a. folgende Forderungen erhoben:

- Zwei ausgebildete Vollzeitkräfte pro Gruppe!
- Praktikantinnen sind Auszubildende und dürfen nicht auf den Personalschlüssel angerechnet werden!



Eine wichtige Rolle spielen die Außenanlagen. Sie werden selten den Bedürfnissen der Kinder gerecht.

- Vorbereitungszeit für Erzieherinnen im Ganztagskindergarten!
- Verringerung der Anzahl der Kinder pro Gruppe auf maximal 8 Kinder bei 0- bis 3-jährigen, 15 Kinder bei 3- bis 6-jährigen und 20 Kinder bei 6- bis 14-jährigen!

Die Aktionen fanden einen Höhepunkt bei einer Podiumsdiskussion mit Gemeinderäten im Frühjahr dieses Jahres. Daraus folgte ein Vorschlag des Jugendamts zur Verbesserung der Personalsituation, der der Stadtverwaltung zu den Haushaltsberatungen vorgelegt wurde. Er beinhaltet im wesentlichen, Praktikanten nicht mehr auf den Stellenschlüssel für das Kindertagesstättenpersonal anzurechnen. Das würde bedeuten, daß 16 Stellen zusätzlich mit ausgebildeten Kräften besetzt werden könnten. Der Finanzbürgermeister der Stadt hat diesen Vorschlag mit Verweis auf die Kosten abgelehnt, weshalb er bisher noch nicht in den zuständigen Gemeinderatsausschüssen diskutiert werden konnte. In der Jugendwohlfahrtsausschußsitzung vom 20. Okto-

ber brachten die Grünen eine Resolution ein, in der OB Rommel aufgefordert wird, den Vorschlag in den zuständigen Gremien behandeln zu lassen. Die Anwesenheit von ca. 120 Eltern und Erziehern, die mit Zwischenrufen und Transparenten ihre Forderungen deutlich machten, hat sicher dazu beigetragen, daß die Resolution mit nur einer Gegenstimme angenommen wurde, so daß das Thema dort behandelt werden mußte und der Personalschlüssel sich dazu äußern konnte.

Warum fällt es so schwer, Forderungen zur Verbesserung im Kita-Bereich durchzusetzen? In den verschiedenen Einrichtungen haben die Beschäftigten unterschiedliche Arbeitsbedingungen. Da die Arbeitsbelastung sehr hoch ist, meinen viele Beschäftigte, sie seien am schlimmsten betroffen. Im Kleinkindbereich sind die Gruppen mit zehn bis zwölf Kindern sehr groß, die Erzieher haben keine Vorbereitungszeit, das Gleiche gilt für die Ganztagskindergartengruppen, die 20 Kinder haben. In den Hortgruppen sind zwar noch mehr Kinder, aber die Erzieher haben durch den Schulbesuch der Kinder Vorbereitungszeit, die Zweiterzieher arbeiten jedoch nur 20 Stunden. In den Regelkindergärten sind 28 Kinder, dafür ist die Betreuungszeit bei den Kindern kürzer, weil ihnen aufgrund des gesetzlich festgelegten Bildungsanspruchs der Kindergärten Vorbereitungszeit zugestanden wird. Der ständige Kampf, die volle Belegung der Gruppen zu erreichen, weil sonst Personalabzug droht, führt oftmals zu

Konkurrenz und Unstimmigkeiten. Einig sind sich die Beschäftigten in den Kindergärten und Tagheimen oft nur in ihrer Ablehnung gegenüber den Eltern. Dies tritt stärker im Tagheimbereich zutage.

Das Familienbild – das Mutterbild ist festgelegt

In Gesellschaft, Ausbildung und Erziehung gilt der Grundsatz: Mütter haben ausschließlich für ihre Kinder dazusein. Das Kind ins Tagheim zu bringen, stellt sich hier als Widerspruch, ein häufig gebrauchter Begriff in Erzieher-Kreisen ist, daß die Kinder "abgeschoben" werden. In den Augen vieler Beschäftigten in Tagheimen entziehen sich die Mütter, manchmal zwar notgedrungen, ihrer Pflicht dem Kind gegenüber. Oftmals wird von den Eltern die optimale Förderung und Versorgung des Kindes durch die Familie verlangt. Daß die kapitalistische Produktionsweise wie auch die Kleinfamilie dies nicht zulassen, bleibt unerkannt. Deshalb gibt es auch häufig Auseinandersetzungen um zuviel Fernsehen, zuviel Süßigkeiten usw. Den Eltern wird ständig eingetrichtert,

daß sie alles falsch machen, und sie bekommen ein schlechtes Gewissen. Natürlich sind die Beschäftigten nur das Sprachrohr der bürgerlichen Ideologie, eine offene Auseinandersetzung mit kollektiver Erziehung oder kritische Untersuchung der immer stärker werdenden Aufwertung der Familie gibt es nicht.

Die Eltern haben berechnete Kritik an den Einrichtungen, die Kinderversorgung könnte wesentlich besser sein. Sie richten ihre Forderungen direkt an die Erzieher, die sich dann oft von den Eltern angegriffen fühlen. Eine breite Diskussion von Eltern und Erziehern über die Mindeststandards der Kindereinrichtungen wäre nötig. Beide haben dieselben Interessen: die optimale Unterbringung der Kinder. Die Stadtverwaltung hat dieses Interesse nicht, weil es Kosten verursacht.

Der Lebensraum der Kinder wird immer stärker eingeschränkt durch Bebauung, Verkehr usw. In den Einrichtungen muß ein Ausgleich geschaffen werden. Gezielter Bewegungsausgleich muß durch Räumlichkeiten, aber auch durch Angebote von

Schwimmen und Turnen möglich sein. Durch den eingegengten Lebensraum ist auch der Erfahrungsraum eingeschränkt, das muß durch Ausflüge in die engere und weitere Umgebung ausgeglichen werden. Oft bleibt den Beschäftigten keine Zeit, die Eltern über die Arbeit und Probleme der Kinderbetreuung zu informieren, die Eltern haben aber das Recht, zu erfahren was in den Gruppen täglich abläuft. Um das alles leisten zu können, braucht man zwei ausgebildete Ganztagskräfte in den Gruppen genauso wie eine Vorbereitungszeit. Das Eingehen auf die verschiedensten Bedürfnisse der Kinder, die optimale Förderung der geistigen, körperlichen und handwerklichen Fähigkeiten der Kinder verlangt auch kleinere Gruppen.

Mit der gemeinsamen Festsetzung von Mindestanforderungen könnte ein Großteil der angelegten Spaltung von Erziehern und Eltern überwunden werden. Man könnte den damit verbundenen Forderungen gegenüber den Gemeinderäten mehr Nachdruck verleihen. – (ccs, mok, unb)

### Muß ein Kind "reif" sein für den Kindergarten?

Eine psychologische Erklärung, warum außerhäusliche Kindererziehung erstens behutsam "familienergänzend" und zweitens nicht vor dem dritten Lebensjahr sein darf, liefert heutzutage jede Illustrierte. S. Freud, Entdecker des Unbewußten, hat abgelehnt, aus seiner Theorie praktische Erziehungsratschläge abzuleiten. Später wurde die Tiefenpsychologie, populärwissenschaftlich dargeboten, benutzt, um für die Kindererziehung im Rahmen der Familie eine Begründung zu liefern. Deren Einfluß erklärt auch, weshalb sich einige Auffassungen zur Familienpolitik zwischen Reaktion und Grünen bis hin zu linken Organisationen (z.B. Wahlplakat der MLPD zur Kommunalwahl Baden-Württemberg, 1984, auf dem eine Mutter ihr Kind an sich drückt, während im Hintergrund die Fabrikschlote qualmen) ähnlich sind.

Wir haben die Erfahrung gemacht, daß Tagheim-Erzieherinnen den berufstätigen Eltern gegenüber oftmals Vorurteile haben. Verhalten deren Kinder sich nicht angepaßt, gelten sie gleich als erziehungsschwierig. Es ist nicht üblich, wenn Eltern oder Alleinstehende ihre Kinder nicht im familiären Rahmen oder zumindest in einer Ersatzfamilie (Tagesmutter) unterbringen. Je jünger das Kind, desto unnatürlicher. Solche Auffassungen finden sich nicht nur bei Erzieherinnen, aber auch bei ihnen, woran deren Ausbildung auch ihren Anteil hat. So wird an den Frö-

bel-Seminaren nicht nach einem Pädagogikbuch unterrichtet, sondern nach Anna Freud.

A. Freud lehrte und forschte im Bereich der Kinderpsychologie. In den 50er Jahren hielt sie auch Vorträge zum Thema "Die Anwendung psychoanalytischen Wissens auf die Kindererziehung", wobei sie sich direkt an Kindergärtnerinnen richtete, um bei diesen "Verständnis für die Komplikationen der äußeren Lebenserfahrungen und der inneren Seelenvorgänge zu wecken, die darüber entscheiden, ob ein Kind den Ansprüchen des Kindergartens genügen kann oder nicht."

Nach A. Freud ist ein Kind mit etwa drei Jahren reif für den Kindergarten, wenn es bestimmte Entwicklungsstufen durchgemacht hat, die sich vor allem nach dem Verhältnis Mutter-

Kind bestimmen. Anfänglich, nach der Geburt, bestehe noch eine Zeitspanne eine "biologische Einheit zwischen Mutter und Kind", die sich stufenweise öffne, bis z.B. bei Zweijährigen "die anspruchsvolle Abhängigkeit des Kleinkindes ... mit unmerklichen Schritten in die Abhänglichkeit übergeht". Schließlich wird die Kindergartenreife daran gemessen: 1. wieweit das Kind zur zeitweiligen Trennung von der Mutter fähig ist, 2. seinem angemessenen Benehmen im Kindergarten, 3. der Fähigkeit am Gruppenleben teilzunehmen und Freude daran zu haben.

Aufgestellt hat A. Freud die Theorie von der Trennungsangst nach Beobachtungen in drei Einrichtungen: In Kriegskinderheimen für evakuierte Kinder; in Krankenhäusern, in denen Kinder als Patienten waren; in Waisenhäusern und Flüchtlingsheimen. Dies sind alles Beispiele für extreme Situationen, in denen auch Erwachsene anders reagieren würden. Daraus eine besondere Qualität des Mutter-Kind-Verhältnisses abzuleiten ist reine Konstruktion. Angewendet fordert diese Theorie von der Frau die Aufopferung als Mutter und vom Kind eine Einschränkung seiner Entwicklung auf eine Person.

Zur Durchsetzung besserer Bedingungen in Kindertagesstätten (z.B. mehr Ganztageseinrichtungen) ist es wichtig gegen diese Mutter-Kind- und in deren Fortsetzung Familienideologie anzutreten.

Quellenhinweis: Die Schriften der Anna Freud, Band VII, 1956–1965, München 1980.



Die bürgerliche Kleinfamilie ist – wie auch die "Mutterliebe" – immer wieder beliebtes Motiv der Werbung. Hier in einer Sparkassenwerbung.



### Schließung einer Abteilung abgewehrt

**Mannheim.** Rasches Eingreifen von BR und VL vereitelten bei Boehringer Mannheim (Pharma) die Schließung einer Abteilung mit 90 Beschäftigten. Nachdem die Geschäftsleitung den BR von dem Plan Freitagnachmittag (17.10.) informiert hatte, standen Montagmorgen fast alle betroffenen Beschäftigten mit Betriebsräten und Vertrauensleuten vor den Werkstoren, verteilten Flugblätter und sammelten 1 500 Unterschriften. Zu einer a.o. Betriebsversammlung kamen Donnerstag ca. 2000. Boehringer hatte inzwischen die Pläne kassiert. — (tht)

### MRW: Sozialplan gegen Betriebsrat verordnet

**Duisburg.** Gegen die Stimmen des Betriebsrates haben die Vertreter des Vorstandes und der "neutrale" Vorsitzende der Einigungsstelle einen Sozialplan für die bei den Mannesmann-Röhrenwerken (MRW) geplanten Rationalisierungsmaßnahmen beschlossen. Rund 3000 Beschäftigte sollen über bestehende Altersregelungen, "freiwillige" Aufhebungsverträge und Umsetzungen abgebaut werden, ein Teil davon ist es schon. 2400 Beschäftigte

Das Bundesdisziplinargericht in Frankfurt sprach am 20.10. den Postbeamten und DKP-Stadtverordneten von Marburg, H. Bastian, vom Vorwurf eines Dienstvergehens wegen DKP-Mitgliedschaft und seiner politischen Arbeit frei. Zugleich verurteilte es Bastian zu einer Gehaltskürzung von sechs Prozent, weil er Urteile gegen Postbeamte kritisiert hatte. Das Postamt Marburg verweigerte B. weiterhin die Dienstaufnahme. Bild: Die Marburger DGB-Kreisvorsitzende gratuliert. — (gba)



zwischen 57 und 59 Jahren sollen auf Grundlage neuer Regelungen mit einem Ausgleich auf 90% ihres Nettoehns in den vorzeitigen Ruhestand gehen, Gelder der Arbeitslosenversicherung sind hierfür fest eingeplant. Der Betriebsrat lehnte den Sozialplan ab, weil die Regelungen Massentlassungen nicht grundsätzlich ausschließen und die Planungen des Mannesmann-Vorstands den Abbau von noch einmal annähernd 1000 Beschäftigten vorsehen, für die bisher keine Regelung getroffen worden ist. Während der Sitzung der Einigungsstelle am 15.10. hatten 8000 Stahlarbeiter vor der Konzernzentrale in Düsseldorf demonstriert. — (wof)

### Resolution gegen LPersVG

**Heidelberg.** Die Personalräte der Universität, der Unikliniken, der Orthopädischen- und Thoraxklinik protestieren in einer gemeinsamen Erklärung gegen das neue Landespersonalvertretungsgesetz (LPersVG). Das Änderungsgesetz streicht die Mitbestimmung bei Zeitverträgen unter drei Monaten und klammert z.B. Assistenten aus. Nur EG-Ausländer erhalten ein Wahlrecht, alle anderen Ausländer werden weiterhin rechtlos gehalten. Die Personalvertretungen fordern das unumschränkte Wahlrecht für Beschäftigte ausländischer Nationalität. — (irs)

durch werden sie auch um die 38,5-Std.-Woche betrogen. Gleichzeitig werden Packerinnen von der Fa. Flor (ehem. nur Putzfirma) als Leiharbeiterinnen für 410,- DM beschäftigt, die morgens die Ware auspacken. — (sah)

### BMW-Modell rückgängig gemacht

**München.** Nach Eingreifen des neu gewählten Betriebsrates bei BMW-Regensburg wurde die bis dahin für die Beschäftigten geltende 36-Stunden-Woche mit entsprechender Lohnkürzung rückgängig gemacht. Die jetzige Arbeitszeitregelung gilt aber nur bis Ende Oktober, da Mitte November die Produktion und damit auch der 2-Schicht-Betrieb beginnt. Auf der letzten Vertrauensleute-Sitzung in München bekräftigte der GBR-Vorsitzende Golda die Ablehnung eines Vorstandsmodells, das zwei 9-Stunden-Schichten an 6 Arbeitstagen vorsieht, dies könne kein Mensch aushalten. — (mu)

### Verheiratete runtergestuft

**Schleswig.** Karstadt hat seit 1981 das Personal von über 150 Beschäftigten auf 86 abgebaut. Die Dekorationsabteilung wurde aufgelöst, verbliebene Dekorateurinnen beschäftigt. In diesem Jahr hat Karstadt verheiratete Frauen in der Stundenzahl und damit im Lohn heruntergestuft. Begründung: Sie hätten ja einen Mann, der auch noch verdient, sie seien Doppelverdienerinnen. Die Frauen werden einzeln beim Chef "bearbeitet", bis sie einwilligen. Der Betriebsrat stimmt dieser Regelung zu bzw. setzt ihr nichts entgegen. Inzwischen sind fast alle verheirateten Verkäuferinnen auf 07, 08 oder 09-Verträge heruntergestuft. Sie müssen später anfangen bzw. früher aufhören. Da-

### Arbeitszeit bis 18h und am Samstag

**Westberlin.** "Versuchsweise" hat die Betriebsführung des WERKES FRITZ WERNER die Ausdehnung der Arbeitszeit im Lager Mo-Fr bis 18.00 Uhr und auf den Samstag angeordnet. Das Lager soll außerhalb der normalen Arbeitszeit offen sein, damit Kunden, denen ein 24-Stundenservice angeboten wird, die Ersatzteile bekommen. Als Vorarbeit für Weihnachten und Überstunden hat der Betriebsrat dem bis Jahresende zugestimmt. — (kla)



**USA:** 31 000 Hafenarbeiter setzten nach drei Tagen Streik in den Häfen der US-Ostküste ihre Arbeitsniederlegung vorläufig aus. Die Hafenkapitalisten hatten zugestanden, den bisherigen Vertrag bis zum 17. November weitergelten zu lassen und daß die Verhandlungen weitergeführt werden. Sie hatten zuvor gefordert: Der bisherige Stundenlohn von 17 \$ solle eingefroren werden und nur noch für die Arbeiter, die Containergut transportieren, gelten, Stahlverladern sollte der Lohn um drei Dollar gekürzt werden, Neueingestellte sollten nur 12 \$ bekommen. Bild: Streikposten in Baltimore. Der Streik war der erste an der Ostküste seit 15 Jahren. — (gba)



## Arbeitsorganisation

## fuba: Veränderungen der letzten acht Jahre untersucht

**Bad Salzdetfurth/Hildesheim.** In Niedersachsen gehört fuba zu den wichtigsten Elektroindustriebetrieben. Als einziger sogenannter mittelständischer Betrieb mit derzeit 1350 Beschäftigten wird er in der Branche "Nachrichtenübertragungstechnik" als "High-Tech-Betrieb" deklariert. Der Einstieg in neue Technologien, ab 1978 mit Forschungsgeldern des Landes Niedersachsen, seit 1986 zusätzlich mit Bundesforschungsmitteln kräftig bezuschußt, bringt radikale Produktionsumstellungen mit sich: Die Änderungen in der Arbeitsorganisation sind erheblich.

Die Änderung der Belegschaftsstruktur von 1978 bis 1986 ist aus der Tabelle in der dokumentierten Untersuchung der Vertrauenskörperleitung (VKL) abzulesen. Im beschriebenen Untersuchungszeitraum sind die durch Angestellte zu erledigenden Tätigkeiten stark ausgebaut worden. Die VKL stellte in ihren Untersuchungsergebnissen fest, daß die ständigen Produktionsumstellungen zu erheblichen Mehrbelastungen des einzelnen Beschäftigten führten, aber auch zu kollektiven Verschlechterungen der Gesamtbelegschaft:

- Schichtarbeit ist in allen Bereichen ausgedehnt worden,
- unstete Arbeitsverhältnisse bewegen sich auf hohem Niveau,
- Einbrüche beim Lohn- und Gehaltsniveau.

Die Ausdehnung des wissenschaftlichen Personals führt nicht zwangsläufig zu einem höheren betrieblichen Lohn- und Gehaltsaufkommen. Sie führt auch nicht zu einer höheren "Qualifikation" der Belegschaft in Bezug auf Einfluß auf die Organisierung der Produktion. Die Aufgaben des technischen Personals mit z.T. akademischer Ausbildung haben sich zu großen Teilen verschlechtert:

- Nacht- und Schichtarbeit für etliche Überwachungs- und Eingabetätigkeiten,
- Einengung der Tätigkeiten auf reine Ein- oder Ausgabeüberwachungen,
- es wird von Softwareexperten vorausgesetzt, daß ein Normalarbeitstag bzw. der freie Samstag oder Sonntag in der Regel nicht existiert. Neue Produkte verlangen nach Verzicht des "High-Tech-Personals" auf Freizeit an Wochenenden.

Die Situation vieler Angehöriger der werktätigen neuen Mittelklasse ist geprägt durch größere Vernutzung ihrer Arbeitskraft bei gleichzeitiger Aushöhlung tariflicher und gesetzlicher Schutzrechte. Die wenigen hundert Mark mehr, die ein Jungingenieur gegenüber dem langbeschäftigten Facharbeiter voraus hat, werden wesentlich durch die höheren Reproduktionskosten aufgezehrt. Die Intensität der Arbeit bewegt sich im Bereich Entwicklung/Konstruktion/EDV auf sehr hohem Niveau, was die VKL-Untersuchung durch die höheren Krankenstände nachzuweisen versucht.

Gleichzeitig stellt die Untersuchung auch fest, daß im Bereich unterer Einkommen bei fuba erstens das Lohnniveau kräftig sinkt (bis zu 10% in den letzten acht Jahren) und zweitens die "Leistungsabforderungen" in diesem Bereich ähnlich wie bei den oben beschriebenen Tätigkeiten zugenommen haben müssen.

Die Versuche der fuba-Kapitalisten und ihrer Geschäftsleitung mit dem Begriff "High-Tech-Betrieb" über die Veränderung der Belegschaftsstruktur und der Arbeitsabläufe, die gesamte Belegschaft auf das "Betriebswohl" zu verpflichten, werden in dem Maße gelingen, wie sich die Angehörigen der Neuen Mittelklasse auf die "Betriebsgemeinschaft" festnageln lassen und kein Interesse an gemeinsamen Forderungen mit der "einfachen" Belegschaft bekunden. Ausgehend von den verschlechterten Arbeitsbedingungen und dem allgemein sinkenden Lohn- und Gehaltsniveau bei fuba sind gemeinsame Forderungen von Arbeitern und Angehörigen der neuen Mittelklasse möglich.

### Ergebnisse einer Untersuchung der Vertrauenskörperleitung (VKL)

Die VKL bei fuba kam in einer Untersuchung zur Änderung der Arbeitsorganisation und zu Produktionsumstellungen im Zeitraum 1978 bis Anfang 1986 zu – hier in Auszügen dokumentierten – folgenden Ergebnissen:

"... Ausdehnung der Arbeit in Schicht um ca. 20% bei Zweischicht (jetzt sind etwa 430 Beschäftigte davon betroffen); um fast 50% bei Dreischicht (120 Betroffene) ... damit arbeiten rund 40% der Belegschaft im Schichtrythmus ..."

"... Inoffizielle Zeitvorgaben im Bereich Entwicklung/Konstruktion/Software etc. ... wurden teilweise im Untersuchungszeitraum halbiert ... Im Fertigungs- und Prüfungsbereich sind die inoffiziellen Zeitvorgaben bei Zeitlohnarbeiten über kürzere 'Lieferfristen an die Kunden' z.T. um 30% gesenkt worden. Die Begründung der Geschäftsleitung lautet meist: 'klappt der Termin nicht: keine Folgeaufträge, Entlassungen ...'."

### Änderung der Belegschaftsstruktur bei fuba

Jahr	Frauen	Männer	Ges.	Arb.	Ang.	Ges.
1978	880	750	1630	1020	610	1630
1980	790	690	1480	890	590	1480
1984	610	590	1200	680	520	1200
1986	700	650	1350	730	620	1350

"... Produktionsumstellungen und Einsatz neuer Technologien, z.B. vollautomatische Bestückung, rechnergesteuerte Lagerhaltung, CAD/CAM-Systeme in Konstruktion und Fertigung, CNC-Maschinen usw., führten zu Personalabbau und damit auch zu erhöhter Leistungsabfrage in den betroffenen Abteilungen ... In welchen Dimensionen sich die erhöhte Arbeitsanspannung bewegt, ist nicht sicher zu beantworten – sicher ist, daß eine Verschlechterung stattgefunden haben muß. Dafür spricht z.B. der höhere Krankenstand in diesen Gruppen. Er liegt mit derzeit 8,8% deutlich über dem Betriebsschnitt von 6,1% (Januar 1986) ..."

"... Die Entwicklung neuer Technologien und der Einsatz modernster Fertigungstechniken führten in den letzten fünf Jahren zu einer Ausdehnung befristeter Arbeitsverträge, Teilzeitarbeit und für kurze Zeit zu Leiharbeitsverträgen ... (Ein genauer Überblick über den Umfang der einzelnen Arten ist uns z.Zt. nicht möglich, da detaillierte Daten nur über das Personalbüro zu erfahren sind. Der Betriebsrat wird sie erfragen und nachreichen) ... Festzuhalten bleibt, daß zeitweilig bis zu 20% der Belegschaft in Arbeitsverträgen beschäftigt wurden, die nicht den 'Festverträgen' entsprachen. Momentan (Januar 1986) sind davon mindestens 10% der Belegschaft betroffen, 1978 waren es erst 2% ..."

"... Das Lohn- und Gehaltsniveau ist im gleichen Zeitraum in allen Belegschaftsteilen um etwa 5% zusätzlich zur tariflichen Lohnsenkung abgefallen. Ausnahme sind die AT-Angestellten, die deutliche Mehreinkünfte zu verzeichnen haben; sowie untere Einkommensgruppen, die bis zu 10% weniger erhalten ..."

Die Vertrauenskörperleitung wird die Untersuchung in Absprache mit dem Betriebsrat und der IG Metall-Verwaltungsstelle Hildesheim fortführen ..."

\*

Zwei Artikel in den Nachrichtenheften Woche 38/86 und Woche 42/86 der Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie behandeln die Entwicklung bei fuba ausführlich und zusammenhängend. – (mal)

## Taschenbücher

## Krimis und Western von Loren D. Estleman

Ungewöhnlich ist, daß der nordamerikanische Schriftsteller Loren D. Estleman, den wir hier vorstellen wollen, sowohl Kriminalromane als auch Western schreibt. Auf Deutsch erscheinen die einen bei Ullstein, die anderen bei Heyne.

Bei den Kriminalromanen orientiert sich Estleman an bekannten Konstruktionen. Er hat seinen klassischen Privatdetektiv namens Amos Walker. Er ist der Typ des alterslosen Serienhelden. Walker arbeitet allein, ist mißtrauisch gegen jedermann, der ebenfalls mit Waffen umgehen kann, und hat keine Skrupel, Verbrecher zur Strecke zu bringen, wenn er auch zwischendurch durch Denkarbeit aufklärt. Seine Aufträge sind etwas unmotiviert miteinander verwoben, so daß man in der Mitte eines Buches gespannt sein kann, wie das alles zu einem einzigen Ende gebracht werden soll. Dies scheint Estleman auch weniger zu kümmern als die Charakterisierung einzelner Figuren, die mit der Gesellschaft zusammenstoßen. Dabei werden sie zu deren verschiedenen schlechten Seiten in Kontrast gesetzt. Eine positive Bewertung erfährt immer nur der einzelne, der durch Wachsamkeit, Stärke und/oder Zähigkeit erfolgreich eine weitere Weile am Leben bleibt. Gesellschaftliche Einrichtungen bedrohen nur das Leben dieser einzelnen. Die Kommunen sind eine unpersönliche Macht, die Wohnviertel abreißt, Banken sind Mächte, die das Land an sich reißen, die Polizei ist verrottet, und die Politiker sind korrupt. Die Erwähnung dieser Verhältnisse dient jedoch nur als Hintergrund für die Darstellung verschiedener Kraftnaturen, die ihren Kampf ums pure Dasein ohne Aussicht auf Glück führen. Nie fragen diese Personen nach den Ursachen der Verhältnisse, in denen sie als Akteure auftreten. Kollektives Handeln zur Veränderung dieser Verhältnisse taucht noch nicht einmal als Möglichkeit auf.

Arbeitsteilig organisiert ist nur das große Verbrechen. Entsprechend treten die verschiedenen Sorten Einzelkämpfer als Handwerker auf. Der zugespitzteste Ausdruck dieser Auffassung ist Estlemans neueste Figur, der Killer Macklin. Er beherrscht das Handwerk des Tötens perfekt. Durch fast völlige Gefühllosigkeit vermeidet er Fehler und wird ungewöhnlich alt. Seine Moral ist auf ein Prinzip zusammengeschumpft, nämlich die "Treue" zu seinem Auftraggeber.

Die hohe Bewertung des allein kämpfenden Menschen führt bei Estleman auch zu einer merkwürdigen Behandlung aller Fragen, die die Unterdrückung der Indianer und der schwarzen Bevölkerung sowie nationaler Minderheiten berühren. Keinen Zweifel läßt er daran, daß die Ausrottung der Indianer durch die weißen Siedler, da erfolgreich, rechtens war. Dennoch können sowohl einzelne Indianer als auch Schwarze und polnische Einwanderer sich als starke und moralisch beachtliche Persönlichkeiten erweisen. Dies gelingt ihm durch die Rückführung aller positiven Werte auf das dem selber gesetzten Ziel folgende Individuum.

Wo Estleman sich auf das Gebiet des Gangsterromans begibt, der das Schicksal eines Verbrechers schildert, des Thrillers, der die Entwicklung des Verbrechens und dessen Verfolgung in parallelen Aktionen darlegt, oder des Western, für den er oft historische Figuren wählt, erscheinen seine Geschichten besser durchkonstruiert als in den Detektivromanen, weil er das Augenmerk auf einen bestimmten Charakter lenkt, dessen Schicksal oft von vornherein feststeht. – (anl)

### Mann im Müll

Früher war's dort wohl nett, empfindet im Kontrast zur Schilderung heutiger Hoffnungslosigkeit der Leser von Estlemans Detroit-Romanen. Jetzt zerfällt alles, und was auf dem Faulhaufen nachwächst, ist bestenfalls schlechte Imitation von früher Besserem, es handelt sich um Stadtkultur, Sport oder zwischenmenschliche Beziehungen. In diese ruinierte Umgebung ist A. Walker, private Nachforschungen, hineingewachsen oder geraten. A. ist Mietfreund, solidarisch für Geld, auf



Loren D. Estleman

Zeit und in Grenzen, Prototyp im allgemeinen Treiben wechselseitigen Kaufens, Mietens oder unentgeltlichen Benutzens. Einsamkeit ist Trumpf, so daß keine zwei Leute vorkommen, die zur selben Zeiten lachen könnten oder gar über das selbe. Estleman schärft mit seiner nicht geringen Beschreibungskunst ein, Genuß sei nicht teilbar und der Weg zu Schnaps und Glück ein Trampelpfad über Leib und Leben der Mitmenschen, den der Vorsichtige begeht, ohne zu stolpern. – (maf)

### Der Mensch als Wolf

Man kann den Verlagsangaben entnehmen, daß "Kill-Zone" eine neue Serie mit dem Profi-Killer Peter Macklin als Helden eröffnet. Die Konstellation scheint üblich: Terroristen nehmen Geiseln, der Staatsapparat gebraucht Mittel außerhalb der Legalität (hier einen bezahlten Killer). Estleman ist allerdings kein Anhänger der Maxime "Der Zweck heiligt die Mittel", sein Held kein blutrünstiges Werkzeug für behauptete Freiheit oder sowas.

Zwecksetzung sei für das Überleben des Individuums vielmehr sinnlos, ja gefährlich. Die Terroristen sind der Beweis: ein ehemaliger Vietnam-Kämpfer, irre geworden an der Verteidigung der westlichen Freiheit, ein Mädchen, einst befreundet mit einem Black-Panther-Führer und voll Haß auf alle Weißen, ein Captain der Nationalgarde, aus politischen Gründen nicht befördert, allesamt kaputte Typen. Dagegen der Killer: er siegt, weil er auf menschliche Werte keine Rücksicht nimmt. Ein Auftraggeber will ihn umnieten, aber er ist besser, weil er nicht an Treue oder Geschäftsmoral glaubt. Wer meint, man könnte ihn wegen Liebe zu einer Frau erschüttern, büßt den Irrtum mit der Kugel im Leib. Daß ihn sein Lehrer und Vorbild verrät, kostet ihn ein Grinsen und jenen das Leben. Es ist nicht so sehr die ins einzelne gehende Beschreibung der Wirkung von Messer und Pistole, die einem bei der Lektüre schaudern läßt. – (alk)

### Lonesome Rider im Krimi

Die Spannungselemente des Krimis fehlen in "Der Oklahoma Punk". Schon am Anfang bringt der gnadenlose Arm des Gesetzes den gnadenlosen Bankräuber zur Strecke. Eingestreute Kapitel schildern diesen nahezu klassischen – wenn auch mit Luger und Maschinenpistole ausgetragenen – Countdown. Erzählt wird die Gangsterkarriere des Virgil Ballard. Sein Operationsfeld sind die Staaten Kansas, Oklahoma, Missouri; Objekt seiner Überfälle ländliche Banken. Überfälle in größeren Städten scheitern, die Landschaft der Städte ist dem Jungen vom Lande nicht vertraut. Fluchtautos sind treue Freunde, die nur im Notfall und mit Bedauern zurückgelassen werden. Die einzige menschliche Beziehung ist die zu seiner Freundin, die, in einer Kleinstadt lebend, treu auf seine seltenen Besuche wartet. Einen Bezug zur Wirklichkeit des anderen entwickelt keiner von beiden. Beziehungen zu anderen Gangstern dienen ausschließlich dem Zweck, Banken optimal auszurauben. Zwischen den Hüttern

des Gesetzes, FBI-Agent und lokalem Sheriff, die farblos, aber unsympathisch erscheinen, herrscht ein unausgesprochener Konkurrenzkampf. Auch hier wieder diese merkwürdige Konstruktion des Widerspruches zwischen Stadt und Land. Die Männer des Sheriffs finden dann auch den "Dreistaatenkiller". Schwergetroffen schleppt er sich weg, wie ein waidwundes Tier, um nicht in der Einsamkeit der Natur, sondern im Bett der Auslage eines Möbelgeschäftes zu sterben. – (ti)

### Western: Der Skalpjäger

Die Titelfigur lebt einsiedlerisch und als Selbstversorger in den Bergen von Montana. Daß er außer Tieren zum Lebensunterhalt auch Indianer zur Befriedigung seiner Rache jagt, bringt ihn in Konflikt mit der Regierung, die derzeit keinen Krieg mit den Indianern führen will. Da diese Regierung sich einer Armee bedient, die außerhalb der Legalität operiert, wird der Skalpjäger ein Opfer dieser

Skalp, diesmal eines schwarzen Medizinmannes, aufs Spiel setzt. Von da an beschränkt sich Murdock auf die aussichtslose Verteidigung des Gefangenen. Der Skalpjäger wird zum Tode verurteilt und gehängt. (Heyne Western 2727 – an!)

### Fakten beidhändig

Western tragen zur Entstehung eines Geschichtsbildes erheblich bei. Sie sind meist handlungsarm und fragen nicht nach dem Gang der Ereignisse. Tragend ist die persönliche Konfliktsituation. Was ist tapfer, was feige, höchstens noch, was ist Gesetz und was Verbrechen? Die Entscheidung fällt in der Aktion. Western eignen sich wegen der scheinbaren Herauslösung der Personen aus Politik und Geschichte gut zur Vermittlung reaktionärer Ideologie. Biographische Beschreibungen historischer Western-Personen sind selten. Was sollte schon drin stehen? Die bei Heyne erschienene Biographie des Buffalo Bill ist eine Ausnahme. Der Aufwand, den



schlechten Zustände. Sein Jugendfreund, Hilfssheriff Murdock, gerät in den Kreis der konkurrierenden Verfolger, weil er einen Gefangenen verliert, dieser von Indianern und diese wiederum vom Skalpjäger umgebracht werden. Estleman feiert im Verlauf der Verfolgungsjagd die rohe Kraft und die List des Jägers. Murdock und damit der Erzähler entziehen ihm ihr Wohlwollen erst, als er das Leben der indianischen Frau, die mit ihm lebt, für einen weiteren

Estleman für die Erfassung der von ihm verwendeten Fakten getrieben haben muß, führte keineswegs zu einem Buch, aus dem sich erfahren ließe, was Männer wie Cody dachten oder worin der Reiz ihrer Shows für das Publikum bestand. Stattdessen dauernd das: Ein Mann ist pleite und kann ein Geschäft machen, also macht er es, und warum auch nicht? Für diesen Stumpfsinn knallen hier Fakten statt, wie sonst üblich, die .45er. – (maf)

## Geschichts-Revision

### HBV-Kriegspreis für Geschichtsfälscher Schickel

Ihren diesjährigen "Kriegspreis" anlässlich der Frankfurter Buchmesse verlieh die Gewerkschaft HBV dem Ingolstädter Historiker Alfred Schickel. Dessen "Zeitgeschichtliche Forschungsstelle (ZFI)" gibt die Reihe "Herbig – Materialien zur Zeitgeschichte" im Ullstein-Verlag heraus. In dieser Reihe schrieb Schickel u.a. über "Vergessene Zeitgeschichte – Ergänzungen und Korrekturen zur deutschen, polnischen und amerikanischen Zeitgeschichte". Darin, so begründet die HBV, bezweifelt der Autor "die alleinige Kriegsschuld Deutschlands, bezweifelt die Zahl der jüdischen und polnischen Opfer, stellt die Politik der Polen in den 30er Jahren als kriegslüstern dar und entschuldigt gleichsam deutsche Verbrechen in KZs mit Übergriffen der Amerikaner bei der Befreiung".

Schickel und die anderen Autoren der Reihe (bisher Walter Bodenstein, Heinz Navratil und Alfred Seidl) bezweifeln nicht bloß. Sie kommen zu Schlußfolgerungen und Behauptungen, die eine völlige Revision der Geschichtsschreibung über die reichsdeutsche Politik gegenüber den Völkern Osteuropas bedeuten. Die Autoren rechtfertigen Aggressionen des Deutschen Reiches als vom Opfer selbst provoziert, wandeln eine völkerrechtswidrige Annexion um in die Vollstreckung der Wünsche des annektierten Landes, wärmen die Geschichte der moralischen Keuschheit der Wehrmacht wieder auf.

Schickel hat eine für ihn ganz typische Vorgehensweise entwickelt: Entweder er kramt "Geheimdokumente" oder "geheime Diplomatenberichte" aus, die bisher noch kein Historiker außer ihm zu Gesicht bekam, oder er jongliert mit Zahlenangaben aus unbelegten Quellen dergestalt, daß dem Leser Hören und Sehen vergeht, oder er stellt einfach Behauptungen auf bei Unterschlagung von historisch unbestrittenen Quellen. Die "Deutsche Volkszeitung / die tat" vom 10.10.86 schreibt dazu: "Durch ständiges Wiederholen werden die Zahlenspielerereien zwar nicht wahr, durch wechselseitiges Zitieren einer kleinen, aber rührigen Seilschaft wird der Anschein einer wissenschaftlichen Betätigung erweckt."

In "Vergessene Zeitgeschichte" braucht Schickel acht Seiten, um die Menschenverluste Polens im Gefolge der deutschen Aggression von über 6 Mio., was bisher galt, auf 2,3 Mio. herunterzurechnen. Und auch diese Zahl schränkt er ein: "Bei der Würdigung der Verantwortung für diese 2,35 Mio. Toten darf der Anteil der Sowjetunion und der Polen selbst nicht vergessen werden" (S. 104). Auf Seite 105 folgt dann der Hinweis auf angeblich von der Roten Armee bei Katyn ermordete 4743 polnische Offiziere (in einer anderen Schrift Schickels sind es 5000), auf Seite 54 behauptet Schickel gar, daß die Sowjetunion "die rund 15000 polnischen Offiziere liquidierte". Wie leichtfertig und interessiert Schickel mit Zahlen umgeht, zeigt ein anderes Beispiel: Er erwähnt öfters Ausschreitungen polnischer Bürger gegenüber "Volksdeutschen" in den ersten Tagen nach dem deutschen Überfall auf Polen. Die Anzahl der Opfer erhöht sich bei Schickel von Jahr zu Jahr. Konnte er 1981 in der Schrift "Deutschland – was ist das?" noch von 4000 umgebrachten Deutschen "in Bromberg und anderen Orten" berichten, so schreibt er 1985 in "Vergessene Zeitgeschichte": "... wurden beispielsweise in Bromberg im September 1939 über 7000 Volksdeutsche von Polen umgebracht ..." (S. 103).

Ein anderes Beispiel. Das faschistische Deutschland an-

nektierte 1938 völkerrechtswidrig und unter Androhung von Krieg das Sudetengebiet. Was macht Schickel? Er "entdeckt" ein Geheimschreiben des damaligen ČSR-Präsidenten Beneš. Darin bietet dieser angeblich den Westmächten am 16. September 1938 die Abtretung des Sudetengebietes an. Über das bekannte Ultimatum der Westmächte vom 21. September, in dem diese von der ČSR die Abtretung an Deutschland verlangen, schreibt Schickel: "Mit diesen Ausführungen entsprachen die Westmächte dem Wunsche Beneschs, die Abtretung der sudetendeutschen Gebiete ihm gleichsam von außen aufzunötigen" (S. 50).

Quellenhinweis: Alfred Schickel, Vergessene Zeitgeschichte, Ullstein Buch Nr. 33047, 1985; Alfred Schickel, Deutschland – was ist das? Hrsg. Bund der Vertriebenen, 1981 – (zik)

## Kirche und Militär

### "Wer betet, zittert nicht!" Für die Seele ist gesorgt

Wer die Berichterstattung insbesondere der Lokalpresse zum diesjährigen NATO-Manöver BOLD GUARD sichtet, dem fällt auf, daß neben "eindrucksvollen" Bildern vom schneidigen, harten, aber am Ende doch lustigen Soldatenleben ein anderes Thema in den Vordergrund rückt: "Im Windschatten einer Scheune legten die Soldaten Waffen und Gerät ab, bevor sie sich um den 'feldmäßigen' Altar versammelten. Während des Gottesdienstes dröhnten im Hintergrund Motoren von gepanzerten Fahrzeugen und Aggregaten und veranlaßten die Männer, lauter als sonst zu singen ...", berichtet ein Blättchen im Landkreis Segeberg in Schleswig-Holstein. "Militärpfarrer Hans Jost Schütte, der mit der 11. Division aus Oldenburg in den Kreis Segeberg verlegt worden war, forderte die Soldaten auf, auch während der Übung nicht den Glauben zu verlieren ... Stabsunteroffizier Lutger Krebbers (24) erhofft sich 'seelisches Rüstzeug' für die bevorstehenden schweren Tage ... Für Pfarrer Schütte ist es Seelsorge am Arbeitsplatz. Er weiß, daß er gebraucht wird – auch nach dem Manöver." Es klingt wie aus einem "Landserheftchen"; und doch beschreibt es genau, was in der Zentralen Dienstvorschrift ZDv 66/Nr. 1 soldatisch straff so formuliert ist:

"Die Militärseelsorge ist der von den Kirchen geleistete, vom Staat gewünschte und unterstützte Beitrag zur Sicherung der freien religiösen Betätigung in den Streitkräften. Sie stellt sich die Aufgabe, unter Wahrung der freiwilligen Entscheidung des einzelnen das religiöse Leben zu wecken, zu festigen und zu vertiefen. Dadurch fördert sie zugleich die charakterlichen und sittlichen Werte in den Streitkräften und hilft die Verantwortung tragen, vor die der Soldat als Waffenträger gestellt ist."

Es handelt sich bei dem oben beschriebenen Feldgottesdienst also nicht um das religiöse Steckpferd eines eifernden Seelenhirten mit Hang zum Militärischen. Militärseelsorge, das ist eine staats-kirchliche Einrichtung, die an die übelsten Traditionen der Verflechtung von Thron und Altar und an die willig übernommene Lakaienrolle der Kirchen im Faschismus juristisch und in der Sache recht unbefangen anknüpft: Rechtsgrundlage sind das Soldatengesetz vom 19.3.1956 und das Gesetz über die Militärseelsorge, das der Bundestag am 26.7.1957 einstimmig beschloß. Geschäftsgrundlage ist dabei der "Vertrag zur Regelung der evangelischen Militärseelsorge" vom 22.2.1957 zwischen der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Regierung der BRD sowie der Artikel XXVII des Konkordats zwi-

schen dem Vatikan und dem Deutschen Reich vom 22.7.1933. In diesen Verträgen ist vereinbart: Die Militärseelsorge wird als Teil der kirchlichen Arbeit von den Kirchen ausgeübt, während der Staat für den organisatorischen Aufbau sorgt und die Kosten trägt. Das waren 1984 mal eben ca. 44 Millionen DM. Kirchlicherseits werden der evangelischen Militärseelsorge zusätzlich zwei Drittel der Kirchensteuereinkommen der evangelischen Soldaten zur Verfügung gestellt: Das waren z.B. 1982 26,3 Millionen DM. Darüber hinaus bezuschussen beide Kirchen direkt verschiedene Projekte wie Ankauf und Einrichtung von Soldatenheimen für "Rüstzeiten" und Schulungen. Für je 1500 Soldaten wird ein hauptamtlicher Militärgeistlicher berufen. 1984 gab es 148 katholische und 160 evangelische "Standortpfarrer". Hinzu kommen eine ganze Reihe Pfarrer, die diesen "Dienst" nebenberuflich ausüben bzw. nur teilweise dafür freigestellt sind. Weiter ist vereinbart: "Den Soldaten ist im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten Gelegenheit zu geben, sich am kirchlichen Leben zu beteiligen." Der "Lebenkundliche Unterricht", von den Militärpfarrern abgehalten, ist Teil der militärischen Ausbildung.

Die Leitung der Militärseelsorge obliegt dem Militärbischof, der die oberste kirchliche Dienstaufsicht über die Militärgeistlichen hat. Soweit diese Befugnisse auch staatliche Angelegenheiten betreffen, ist die Zustimmung des Bundesverteidigungsministeriums notwendig. Für die Verwaltung und Organisation ist das "Evangelische Kirchenamt für die Bundeswehr" bzw. das "Katholische Militärbischofsamt" zuständig, deren Leiter, der Militärdekan bzw. der Militärgeneralvikar, vom Staat berufen werden und in kirchlicher Hinsicht dem Militärbischof, in staatlicher dem Bundesminister für Verteidigung unterstehen. In ihrer Eigenschaft als Bundesbeamte haben die Militärgeistlichen als oberste Dienstbehörde den Minister und als unmittelbaren Dienstvorgesetzten ihren Militärdekan. Eines ist allerdings gegenüber der Kaiserzeit anders: Die beiden Militärbischöfe stehen nicht im Dienstverhältnis zum Staat, und die Militärpfarrer haben keinen militärischen Rang und sind normalerweise zivil gekleidet. Nur im Manöver und "im Falle des Falles" tragen sie ein dezentes Kreuz am Kampfanzug ...

Auch wenn die Feldprediger heute – man hat ja durch die "Irrtümer" der Vergangenheit gelernt und hat seine Bibel "entmythologisiert" – in der BRD nicht mit dem Weihwasserwedel die Leopardpanzer und die Tornados segnen, weiß man doch, daß man bei der Staatsseite höchst erwünscht ist mit der "Hilfe der Kirche" in den Streitkräften: Noch



Feldgottesdienst während des Herbstmanövers BOLD GUARD 1986 im Kreis Segeberg.



bevor die Remilitarisierung der BRD förmlich beschlossene Sache war, trat 1951 die "Dienststelle Blank" im ersten Kabinett Adenauer an die Kirchen wegen der Militärseelsorge heran. Diese "verdienstvolle Anregung" kam, wie F.J. Strauß 1959 schrieb, von Adenauer selbst. Denn: "Wir sind fest davon überzeugt, daß das christliche Fundament der Armee festgefügt werden muß... Im geistigen Ringen der Zeit und in der geistigen Auseinandersetzung mit den totalitären Kräften, mit dem Machtbereich des Bolschewismus, geht es im Grunde doch um die letzten geistigen, sittlichen und religiösen Werte... Die Militärseelsorge ist für uns ein fundamentales zentrales Anliegen von vielleicht entscheidender Bedeutung." Und Militärdekan Weymann, begierig, der staatlichen Bitte an die Kirchen zu entsprechen, in der Bundeswehr den sogenannten Lebenskundlichen Unterricht durchzuführen, beschreibt wie folgt 1963 in den Lutherischen Monatsheften die Hilfe, die die Kirche in einer Zeit zu leisten vermag, in der Generationen von Männern in einer "Art geistiger Leere existieren", weil die "Scheinwerte des Dritten Reiches zertrümmert" sind: "Diesen Dienst kann die Seelsorge der psychologischen Rüstung tun, der es nicht zum wenigsten darum geht, den Staatsbürger in der Armee in ein echtes Verhältnis zu seinem Staat zu führen. Die andere Seite der psychologischen Rüstung ist, den Staatsbürger gegenüber den Einflüssen von außen, hier speziell vom Osten her, aufzuklären, zu unterrichten und so zur Antwort fähig zu machen." Die Militärs erwarten von dieser seelischen Zurüstung einiges: "Der Christ als Soldat braucht nicht ein besserer Soldat zu sein als andere Soldaten. Aber er ist ein Mann, der sich seiner Verantwortung stärker bewußt ist, der freudiger und innerlicher seine Pflicht tut, weil ihm größere innere Hilfen zugänglich sind." So Generalinspekteur Heusinger 1959. Oder wie es in der Schrift "Komm gut durch" – herausgegeben vom Katholischen Militärseelschaftsamt – kurz auf den Punkt gebracht wird: "Wer betet, zittert nicht!"

Dieser kurze Rückgriff auf die Anfangszeit der Militärseelsorge in der BRD verdeutlicht, wie die in ihre Positionen zurückgekehrte Bourgeoisie ihr altes Bündnis mit der Kirche verstanden wissen wollte. Sollte das sich heute geändert haben? Generalinspekteur Altenburg sagte im Mai 1985: "Es entspricht nicht unserem Verständnis von Militärseelsorge, Soldaten etwa psychologisch aufzurüsten oder sie zur Kampftüchtigkeit zu erziehen..." "Der Mann (gemeint ist der Pfarrer), der mit uns spricht, ist das, was wir brauchen!" Nun, berichtet da Militärpfarrer Schwarz vom Fliegerhorst Bruck bei Fürstenfeldbruck: "Wir kommen oft ganz lässig mit den Männern ins Gespräch, und ganz nebenbei erfahren wir, daß es das eine oder andere Problem gibt, wobei der Seelsorger helfen kann." Und die Themen reichen dann halt vom Heimweh und Liebeskummer mit der Freundin bis dahin, daß "die Soldaten wissen müssen, was sie schützen und unter Einsatz ihres Lebens verteidigen müssen...", ergänzt der oberste katholische Militärseelsorger, Militärbischof Dr. Elmar Maria Kredel. Auf einem Empfang für Militärs in Sonthofen im September 1985 erläutert er dann seine Zielsetzung sehr gemeinverständlich, wobei der Liebeskummer eines Rekruten am Ende doch etwas in den Hintergrund rückt: "Die Identität Europas liegt im Zeugnis seiner geschichtlichen Mission. Das Gemeinsame des Europäischen liegt darin, daß es sich nie auf sich selbst zurückziehen wollte, sondern sich gesandt wußte. Wir mögen heute die Kreuzzüge des Mittelalters eher kritisch beurteilen, Europa entstand nicht zuletzt im Kampf um die Befreiung des Heiligen Landes. Frühneuzeitlichen Kolonialismus und den Imperialismus des vergangenen Jahrhunderts beurteilen wir anders als die Zeitgenossen jener Tage. Trotzdem: Europa trug Wissenschaft und Technik, Recht und politische Ordnung und



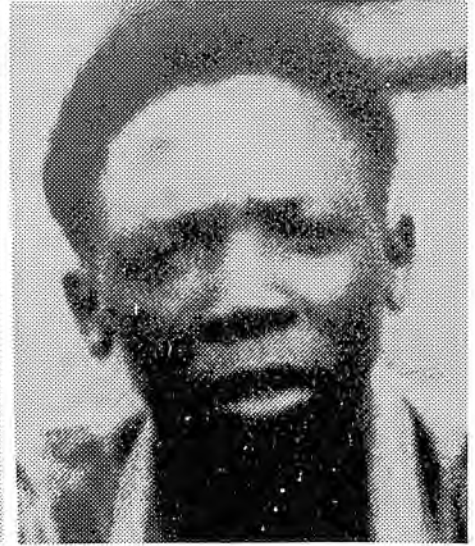
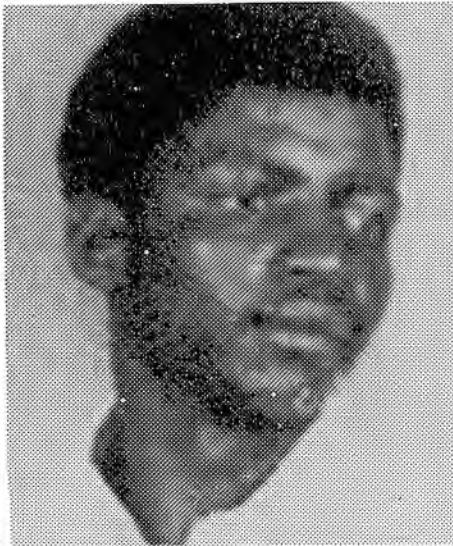
"Wir segnen alles ab, Krupp, Auschwitz, Hexen, § 218, Cruise Missiles, Pershing II, Dachau" stand am 7.10.83 an der Mauer des Franziskanerinnen-Klosters in Reute bei Bad Waldsee während einer NATO-Tagung von Militärgeistlichen.

nicht zuletzt – wenn auch nicht selten verletzt und verstellt – die Botschaft des Evangeliums in alle Weltteile hinaus. Europa hat nicht eine Mission, seine Existenz ist missionarisch, Botschaft... Ich bin froh und dankbar, daß unsere Soldaten der Bundeswehr einen solchen Dienst für die größere Wirklichkeit Europas leisten."

Während der sozial-liberalen Koalition waren die Herren Militärpfaffen zurückhaltender. Entsprechend den Zeichen der Zeit wurde das theologische Gespinnst der Selbstinterpretation feinsinniger gewoben. Ging es doch darum, Gegner von Aufrüstung und Kriegsvorbereitung in ihren moralischen Argumenten betroffen zum Schweigen zu bringen. Der Trick ist einfach, aber doch wirksam: Gemeinsam mit den Kriegsstrategen sollten sie sich im großen Eintopf der Solidarität der Christen in der Schuld vor Gott wiederfinden. Bei dem im vorigen Jahr zurückgetretenen evangelischen Militärbischof Lehming hörte sich das dann wie folgt an: "Denn viele, die den Versuch, schlimmer Gewalt dadurch zu wehren, daß schlimme Gewalt vorgehalten wird, als Ausdruck tiefsten Unglaubens ansehen, aus dem nur unermessliche Zerstörung folgen kann, sehen im Militärpfarrer einen Komplizen des Soldaten in dem Sinne, daß er das Gewissen den Soldaten entlastet, wo es um die Anwendung von Gewalt geht. Hier findet sich der Militärpfarrer unversehens an der Seite mancher Pfarrer, die sich redlich im Dienst der Kirche unter den Kriegsdienstverweigerern mühen und durch das Grundgesetz aller wahrhaft menschlichen Begegnung dem Mißverständnis ausgesetzt sind, Wortführer fremder Unterdrückung zu sein." Weniger pfäffisch formuliert heißt das: Wenn nur alle sich gleichmäßig Asche aufs Haupt streuen, kann man ja getrost weiterrüsten und das amtliche Feindbild kann jedem Rechtgläubigen untergeschoben werden.

Ein selbstbewußterer Amtsbruder hat diesen Bischof vergangenes Jahr abgelöst. Und daß die Militärpopen sich die Gelegenheit des Herbstmanövers 1986 nicht entgehen ließen, sich verstärkt in Szene zu setzen, zeigt nur, daß sie die Aufgabenstellung sehr schnell verstanden haben, wie sie der derzeitige Kriegsminister Wörner zu Beginn seiner Amtszeit auf der Hardthöhe bei einem Treffen des "Studienzentrums Weikersheim" aufgezeigt hat:

"Wenn ich mich draußen mit den Gemeinden herumschlage, dann finde ich dort häufig genug ein Verständnis des menschlichen Lebens, mit dem ich große Schwierigkeiten habe – eine Verabsolutierung des Überlebens in einer Art und Weise, bei der ich mich manchmal frage, ob sie wirklich noch mit dem Grundgehalt des christlichen Glaubens übereinstimmt." – (hel)



Die sechs vom rassistischen Regime zum Tode Verurteilten azanischen Genossen aus Sharpeville, Südafrika/Azania. Von links: Theresa Ramashamola, Arbeiterin in einer Raststätte, 24 Jahre; Mojalefa Reginald Sefatsa, Früchte- und Gemüseverkäufer, 30 Jahre; Reid Malepo Mokoena, 22 Jahre.

Interview mit Roy E.G. Mdudu

## "Es gibt eine große Solidarität mit den Sechs von Sharpeville innerhalb Azanias"

Am 22. Oktober führte die Redaktion das folgende Interview mit dem azanischen Genossen Roy E.G. Mdudu. Roy Mdudu berichtet derzeit auf zahlreichen Veranstaltungen über den Prozeß des südafrikanischen Regimes gegen sechs azanische Genossen von Sharpeville (Südafrika/Azania). Das Gericht hat sie zum Tode verurteilt. Die Rundreise Roy Mdudu soll helfen, diese Todesurteile zu verhindern. Bei Redaktionsschluß dauerte die Rundreise noch. Über ihre Ergebnisse werden wir in einem der nächsten Hefte berichten.

**Frage:** Genosse Mdudu, wie ist der augenblickliche Stand des Prozesses gegen die Sechs zum Tode Verurteilten von Sharpeville?

**Mdudu:** Die letzte Nachricht über das Verfahren gegen die Sechs von Sharpeville ist, daß ihnen erlaubt wurde, Berufung zu beantragen. Wann genau über den Antrag auf Berufung entschieden wird, ist bisher nicht bekannt. Dies ist wichtig. Es dauerte sehr lange, bis die Genossen vor Gericht erscheinen mußten, und die Verteidiger gaben unmittelbar nach dem Prozeß bekannt, daß sie versuchen würden, Berufung zu beantragen. Ihrem Antrag auf Zulassung eines Berufungsverfahrens wurde erst zehn Monate nach dem Prozeß stattgegeben. Die ganze Zeit hat es also Verzögerungen gegeben, ich vermute, um die Leute zu demoralisieren.

**Frage:** Bedeutet diese Zulassung eines Berufungsverfahrens also einen ersten, wenn auch kleinen Erfolg der Solidaritätsbewegung?

**Mdudu:** Ja, das ist ein Erfolg. Das

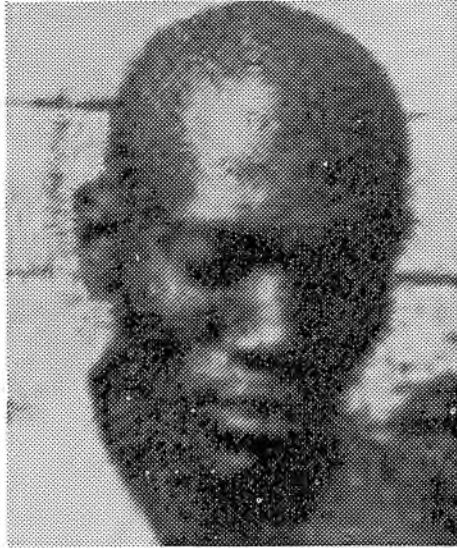
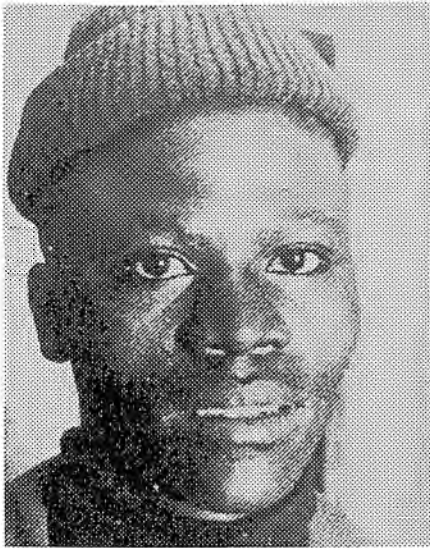
zeigt, daß der Druck stärker wird. Das südafrikanische Regime versucht wenigstens, den Eindruck zu erwecken, es halte sich an allgemein akzeptierte Regeln.

**Frage:** Wir haben von einer wachsenden Solidaritätsbewegung mit den sechs zum Tode Verurteilten von Sharpeville in Azania/Südafrika gehört. Kannst du uns darüber genaueres berichten?

**Mdudu:** Es gibt eine große Solidarität mit den Sechs von Sharpeville innerhalb Azanias. Dies ist eine glückliche Entwicklung. Hier und da hat es Tendenzen gegeben unter den Unterstützern des Volkes von Azania, speziell unter den sogenannten Liberalen, Spaltungen zwischen Azanier zu tragen. Die Azanier innerhalb des Landes aber werden sich der Tatsache bewußt, daß ihre Stärke im einheitlichen Handeln liegt. Dies wird mehr und mehr auch ausdrücklich betont. Ereignisse wie diese bringen das Volk zusammen. Innerhalb Azanias gibt es verschiedene Organisationen, die Druck ausgeübt haben zugunsten der sechs Genossen von Sharpeville. Dazu gehört die UDF (Vereinigte Demokratische Front, d. Red.) und ihre verschiedenen angeschlossenen Organisationen, die Vaal Civic Association (Bürgervereinigung des Vaal-Gebiets, d. Red.), der Vaal Students Congress (Studentenkongreß des Vaal-Gebiets, d. Red.), die Azapo (Azanische Volksorganisation, d. Red.), die Azanyu (Azanische Gewerkschaftsjugend, d. Red.) und viele Gewerkschaften. Alle diese Organisationen kämpfen gemeinsam für die Freilassung der sechs Genossen.

**Frage:** Das Gericht hat die Sechs von Sharpeville verurteilt, obwohl ihm keinerlei Beweise vorlagen außer den Aussagen sogenannter "Staatszeugen" (Spitzel, d. Red.), die weder im Prozeß von den Verteidigern befragt werden konnten noch in der Öffentlichkeit bekannt sind. Ist der Prozeß gegen die Sechs von Sharpeville der Anfang einer neuen Welle staatlicher Brutalität gegen die azanischen Massen, der Anfang einer neuen Welle von Todesurteilen, von Hinrichtungen, von Folterungen?

**Mdudu:** Es ist wichtig, festzustellen, daß in den letzten Jahren die Gerichte in Azania zum verlängerten Arm der Unterdrückungsmaschinerie des Regimes geworden sind. In den früheren Jahren seiner Macht wurde das Regime noch durch einzelne Urteile enttäuscht, die total gegen es ausfielen, so daß das Regime sich an das Parlament wenden mußte, um seine Maßnahmen durchzusetzen. Dies war zeitraubend und kostspielig. Das Regime hat darauf Schritt für Schritt fortschrittliche oder einfach unabhängige Richter und Gerichtsbeamte durch neue Richter und Beamte ersetzt. Diese wurden nicht wegen ihrer Rechtskenntnis ausgewählt, sondern wegen ihrer Gefolgschaft gegenüber dem Regime. Heute gibt es keine unabhängigen Richter mehr in Azania. Das Verfahren gegen die Sechs von Sharpeville hat ohne den Schatten eines Zweifels gezeigt, daß Leute zum Tode verurteilt werden können selbst bei dürftigsten Beweisen, wo noch nicht einmal die Zeugen, die gegen die Angeklagten aussagten, von den Verteidigern ins Kreuzverhör genommen



Von links nach rechts: Oupa Moses Diniso, 30 Jahre; Duma Joshua Khumalo, Student, 26 Jahre; Francis Don Mokhesi, Profifußballspieler, 28 Jahre. Die Broschüre über den Bericht von Frau Mokhesi vor dem UN-Sonderkomitee gegen Apartheid über den Prozeß gegen die Sechs ist weiter beim GNN-Verlag erhältlich.

werden konnten. Nach den Maßstäben jeder demokratischen Gesellschaft – und das südafrikanische Regime behauptet ja, eine Zitadelle der Demokratie, der Zivilisation und der christlichen Werte zu sein – war dieser Prozeß schändlich. Wir sind auch besorgt um das Schicksal der Sechs von Sharpeville, weil ihr Fall nur die Spitze eines Eisberges ist. Zur gleichen Zeit, wo die Genossen verhaftet wurden, wurden mehr als dreihundert weitere Leute festgenommen wegen ähnlicher Vergehen. Wir haben den starken Verdacht, daß dieses Verfahren deshalb auch ein Testfall ist. Wenn das rassistische Regime die Sechs hinrichtet, dann wird das auch Dämme einreißen für diejenigen, die noch auf ihren Prozeß warten. Dann wäre ein Präzedenzfall geschaffen, daß der Staat die äußerste Strafe, die Todesstrafe, verhängen kann ohne jedweden Beweis, nur mit gefälschten Beweisen. Das ist eine sehr besorgniserregende Entwicklung.

**Frage:** Vor Jahren berichtete die bürgerliche Presse über den Tod von Steve Biko, der von der Polizei in der Haft umgebracht wurde. Viele andere Schwarze sind seitdem in der Haft umgekommen. Nun liest man in der Presse von Tausenden von schwarzen Kindern, die inhaftiert und selbst gefoltert werden von den Sicherheitskräften des Regimes. Haben schwarze Gefangene in Südafrika irgendeinen Schutz gegen diese rassistischen Brutalitäten? In welcher Lage befinden sich die schwarzen politischen Gefangenen in Südafrika?

**Mdudu:** Uns ist immer gesagt worden, daß jeder, der vom Staat eines Vergehens angeklagt ist, solange für unschuldig gehalten wird, bis seine Schuld bewiesen ist. In Azania ist das Gegenteil der Fall. Wenn du erst einmal verhaftet bist von der Polizei, dann giltst du auch als schuldig und ist

es deine Sache, deine Unschuld zu beweisen. Das ist aber extrem schwierig wegen der zahlreichen Behinderungen. Zum Beispiel, nach der Festnahme ist selbst der Aufenthaltsort eines Verhafteten oft lange Zeit unbekannt. Sie bekommen oft keinen Rechtsbeistand genehmigt usw. Dieses Verfahren wird vom Regime immer häufiger praktiziert, um den Kampfwillen der Massen zu brechen. Buchstäblich hunderte von politischen Gefangenen erleiden schwerste Folterungen durch die Sicherheitskräfte, durch die Polizei, und einige sind daran bereits gestorben. Meines Wissens ist nicht ein einziger dieser Leute vom Sicherheitsapparat jemals wegen solcher Brutalitäten gegenüber den Inhaftierten vor Gericht gebracht und angeklagt worden ... Ich glaube, seit dem Tod von Steve Biko sind mehr als einhundert Gefangene in den Händen der Sicherheitskräfte umgekommen. Das Parlament hat kürzlich, im Juni oder Juli, ein Gesetz verabschiedet, wonach der Minister für Recht und Ordnung in solchen Fällen künftig die letzte Entscheidung fällt. Eine der Bestimmungen dieses Gesetzes lautet, daß die Polizei außerhalb jeder gerichtlichen Verfolgung gestellt wird, egal was sie machen. Selbst wenn es also bisher irgendeinen Schutz noch gegeben hätte, ist dieser nun komplett beseitigt. Selbst die Gerichte können solche Taten der Polizei und der anderen Sicherheitskräfte nicht mehr verfolgen.

**Frage:** Viele Mitglieder der Befreiungsbewegungen ANC und PAC waren in der Vergangenheit auf Robben Island inhaftiert. Viele sind dort heute noch. Wie viele politische Gefangene hat das Regime zur Zeit inhaftiert? Wie ist ihre Situation?

**Mdudu:** Es gibt eine große Zahl von politischen Gefangenen in Azania, sowohl solche, die schon wegen Verstoß gegen die Gesetze zur inneren Sicher-

heit, wegen Sabotage usw. verurteilt wurden, wie auch solche, die noch immer auf ihren Prozeß warten. Auf Robben Island sind immer noch eine große Zahl von politischen Gefangenen inhaftiert. Am längsten in Haft sind darunter diejenigen, die schon 1963 zu lebenslanger Haft verurteilt wurden. Sie sitzen dort noch immer. Andere sind hinzugekommen, die zu verschiedenen langer Haft verurteilt wurden. Ihre Behandlung auf Robben Island ist äußerst barbarisch. Zum ersten: Die Richter, die sie besuchen müssen und ihre Beschwerden über ihre Behandlung anhören müssen, kommen nur äußerst selten. Und wenn sie kommen, dann werden die Gefangenen, die als Sprecher der anderen auftreten, von den Gefängnisbeamten vorgemerkt für besonders harte Behandlung später. Unser Vorsitzender, Genosse Mlambo, der fast 20 Jahre auf Robben Island inhaftiert war, kann über diese Behandlung berichten. Er wurde beispielsweise einmal bis zum Hals in einem Graben eingegraben, dann urinierte ein Beamter ihm ins Gesicht. Es ist nicht ungewöhnlich auf Robben Island, zumindest für die politischen Gefangenen, bis zu sechs Monate lang in Isolationshaft gesperrt zu werden, wo man mit niemandem reden kann ...

**Frage:** Wir haben gehört, daß schwarze Gefangene zu Zwangsarbeit auf Farmen der Weißen gezwungen werden. Ist dieses System von Zwangsarbeit, wo weiße Siedler, Farmer und Kapitalisten, ein Vermögen verdienen durch die Ausbeutung schwarzer Gefangener, weitverbreitet in Südafrika? Und wie ist die Lage solcher gefangenen Zwangsarbeiter?

**Mdudu:** Einer der Gründe, weshalb der PAC so entschieden gegen die Paßgesetze kämpfte, war die Tatsache, daß buchstäblich Hunderttausende von Azaniern, die wegen Verstößen gegen dieses System der Paßgesetze

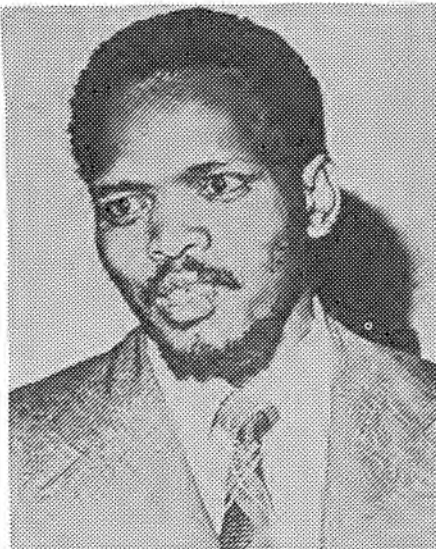


angeklagt waren, den Farmern als Zwangsarbeiter übergeben wurden. Dies war eine besonders weit verbreitete Praxis im Transvaal und im Oranje Freistaat. Auf diese Weise waren die Gerichte und der Staat befreit von der Aufgabe, die Gefangenen zu überwachen, während gleichzeitig zum Nutzen der Farmer die Jagd auf Leute, die gegen die Paßgesetze verstoßen, immer mehr ausgeweitet wurde. Diese weißen Farmer pflegten regelmäßig zu den Gerichten morgens hinzukommen und ihre Arbeiter für den jeweiligen Tag oder die jeweilige Arbeit dort einzusammeln. Die Bedingungen auf diesen Farmen sind abstoßend. Die Gefangenen werden zum Beispiel gezwungen, mit bloßen Händen zu graben. Die Farmer wollen ihnen kein Werkzeug geben. Sie sagen, damit könnten nur die Kartoffeln beschädigt werden, und das würde ihre Verkaufserlöse mindern. Also müssen sie mit ihren bloßen Händen graben. Dann pflegt dort jemand auf einem Pferd neben ihnen herzureiten, mit einer Peitsche in der Hand und sie zur Arbeit anzutreiben. Es ist schlimm genug, Leute über lange Zeit zur Arbeit zu zwingen, ohne ihnen irgendeine Pause zu gönnen. Es ist aber noch schlimmer, wenn solche Leute, die solche Arbeit leisten müssen, wo sie all ihre physische Kraft brauchen, das auch noch mit leerem Magen machen müssen. Diese Gefangenen werden nämlich äußerst schlecht ernährt. Während der Zeit, wo sie auf der Farm arbeiten müssen, bekommen sie nur eine Portion Haferbrei und eine Tasse mit Flüssigkeit, die aussieht wie schmutziges Wasser und Tee genannt wird. Dafür müssen sie von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang arbeiten, ohne irgendeine Essenspause. Es gibt Berichte, daß nicht wenige einfach nicht mehr weitergehen konnten und starben. Sie wurden dann irgendwo am Feldrand begraben, ihre Angehörigen nicht benachrichtigt usw. Diese Zwangsarbeit, diese Sklavenarbeit gibt es weiterhin in Azania.

**Frage:** Wie ist die Solidarität mit den schwarzen Gefangenen und ihren Angehörigen in Azania organisiert? Was machen die Befreiungsorganisationen, die schwarzen Gewerkschaften usw.?

**Mdudu:** Es ist eine sehr erfreuliche Entwicklung in Azania, daß sowohl weiße wie auch schwarze Organisationen im Land sehr besorgt sind um das Los der Gefangenen in Südafrika. Sie bemühen sich auch um die Angehörigen, die durch die Verhaftung oft den einzigen Ernährer verlieren. Zum Beispiel gibt es viele verschiedene Frauenorganisationen, die in verschiedenen Gebieten der Townships Küchen betreiben. Dort kochen sie Mahlzeiten mit Mitteln, die ihnen von verschiedenen Wohltätigkeitsorganisationen und Helfern des azanischen Volkes gege-

ben wurden. In diesen Küchen können die Familienangehörigen der Gefangenen, die sich sonst keine Mahlzeit leisten können, wenigstens einmal am Tage eine ordentliche Mahlzeit zu sich nehmen. Dann sind auch eine große Anzahl sogenannter "Gemeinschaftsprojekte" ins Leben gerufen worden. Verantwortlich sind dafür in großem Umfang die schwarzen Gewerkschaften, die überall im Land gebildet worden sind. Die Idee dieser Gemeinschaftsprojekte ist, die Selbstversorgung der einzelnen Orte zu stärken. Sie umfassen Kliniken, kleine Klassen für Analphabeten, kleine Landstücke, um Nahrungsmittel anzubauen und so die Gesundheit der Leute zu verbessern, besonders die der Kinder. Eines der größeren Probleme in Azania sind Unterernährung und daraus entspringende Krankheiten. Alle diese ver-



Steve Biko, einer der Führer der "Black Consciousness" ("Schwarzes Bewußtsein", d. R.)-Bewegung. 1977 wurde er von der rassistischen Polizei in der Haft umgebracht.

schiedenen Gruppen arbeiten hart, um das Los der Gefangenen und ihrer Verwandten zu verbessern. Dann finden Geldsammlungen statt, damit sich die Gefangenen Anwälte leisten können. Dies alles geschieht zusätzlich zu der internationalen Hilfe, die diese Gefangenen bekommen. Besonders erwähnen möchte ich hier den International Defence and Aid Fund (Internationaler Verteidigungs- und Hilfsfonds, d. Red.), dessen Hauptquartier in London ist...

**Frage:** Noch einmal zu den sechs zum Tode Verurteilten von Sharpeville: Viele internationale Organisationen wie die UNO, die OAU, die Blockfreienbewegung haben gegen die Todesurteile protestiert. Die Bundesregierung aber als einer der imperialistischen Herren des rassistischen Regimes tut nichts. Was kann und sollte die Solidaritätsbewegung hier in der BRD tun, um ihre Unterstützung für die sechs zum Tode verurteilten Genossen von Sharpeville zu verbessern,

um ihre Unterstützung für den Befreiungskampf im allgemeinen zu verbessern?

**Mdudu:** Es ist wirklich beunruhigend, daß jene Länder, die beanspruchen, demokratisch zu sein, die freien Gesellschaften dieser Welt zu sein, so wenig Interesse an der Behandlung und den Urteilen gegen die Sechs von Sharpeville zeigen. Das ist nicht nur in der BRD so, das ist auch in Großbritannien so. Auch dort hat die Regierung keinerlei Interesse an dem Vorgang gezeigt. Wir sehen das, und uns freut das nicht. Nach unserer Ansicht ist das Problem in Azania ein weißes, koloniales Siedlerregime, das Rassismus praktiziert. Das Ziel unseres Befreiungskampfes ist es, dieses Regime zu beseitigen. Dieses Regime aber wird unterstützt von den kapitalistischen, imperialistischen Regierungen. Das macht die Lage sehr schwierig... Was nun die westdeutsche Bevölkerung betrifft, so gibt es mehrere Wege, um dieses Problem anzugehen. Es ist wichtig, so viel Druck auf die südafrikanische Regierung auszuüben wie möglich, damit die Genossen freigelassen werden, speziell, wo sie verurteilt wurden ohne irgendwelche Beweise. Es gibt verschiedene Wege, diesen Druck zu verstärken. Der erste und wichtigste, denke ich, besteht darin, an den Premierminister, den Außenminister und den Minister für Recht und Ordnung im rassistischen Südafrika zu schreiben, um sie unter Druck zu setzen. Zugleich könnte es nützlich sein, auch viele Briefe an die westdeutsche Regierung zu schreiben, besonders an den Außenminister, um sie zu bedrängen, daß sie Druck ausüben auf das Regime in Pretoria. Im Januar werden hier Wahlen sein, und wenn die westdeutsche Öffentlichkeit aufmerksam gemacht worden ist auf das Schicksal der Sechs von Sharpeville, dann kann man das nutzen, um sich an die Abgeordneten zu wenden, die in ihren Wahlkreisen kandidieren. Wenn sie erst einmal spüren, daß dies ihre Wähler beunruhigt, werden sie sich schon an die Regierung wenden. Es ist gut möglich, daß der Solidaritätsbewegung noch andere Wege einfallen, die wir nicht bedacht haben. Aber es ist wichtig, diesen Druck weiter aufrechtzuerhalten, besonders zu der Zeit, wo die Berufungsverhandlung stattfindet. Man muß dabei beachten, daß das Regime in Pretoria trotz seiner Starrheit immer noch wünscht, den Eindruck von Reformen zu verbreiten. Und bei dieser Balance zwischen dem Bestreben, auf der einen Seite öffentlich den Eindruck von Reformen zu verbreiten und so den Druck von Sanktionen zu mindern und auf der anderen Seite die Sechs hinzurichten, die auf jeden Fall unschuldig sind dessen, wessen sie angeklagt sind, dabei könnte dieser öffentliche Druck erfolgreich sein.



## Südafrika

## Warum die Befreiungsbewegung so entschieden Sanktionen fordert und die Bundesregierung so hartnäckig dagegen ist

Selbst die lächerlich harmlosen Beschlüsse, die die EG-Außenminister im September faßten und die nicht einmal die bürgerliche Presse als Sanktionen gegen Südafrika werten mochte, selbst diese Beschlüsse also, die die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EG und Südafrika kaum berühren und noch nicht einmal sofort in Kraft treten sollen, gingen Kanzler Kohl zu weit: Er rügte das Ergebnis und sprach sich für Gespräche mit der südafrikanischen Regierung aus. (1) Dabei hatte gerade die BRD dafür gesorgt, daß die einzige der zunächst geplanten Sanktionsmaßnahmen, die das Regime wirklich gespürt hätte, der Boykott südafrikanischer Kohlelieferungen, nicht beschlossen wurde. Das "Handelsblatt" kommentierte die Rolle der Bundesregierung in der Sanktionsdebatte so:

"London, vor drei Monaten noch voll in der Ablehnungsfront, konnte nach dem Druck der Commonwealth-Familie jetzt der Bundesregierung den unangenehmen Part überlassen." (18.9.86)

Auch als Anfang Oktober der US-Kongreß gegen Reagan's Votum spürbare, wenngleich bei weitem nicht umfassende Sanktionen gegen das Apartheid-Regime verhängte – so sind u.a. weder die südafrikanischen Goldexporte noch zunächst die US-Waffenlieferungen berührt –, blieb die Bundesregierung bei ihrem glasharten Nein. Sie führt nunmehr zusammen mit der britischen Regierung die Front gegen Sanktionen gegen das südafrikanische Regime an.

### Die auswärtigen Wirtschaftsbeziehungen Südafrikas

Obwohl sich das Regime viel auf die Industrialisierung des Landes zugutehält, hat die südafrikanische Wirtschaft nach wie vor kolonialen Charakter, basiert sie bis heute vor allem auf den hohen Extraprofiten aus dem Bergbau und ist sie nicht in der Lage, die wesentlichen Produktionsmittel selbst herzustellen.

Die Außenhandelsstatistik deutet an, in welchem extremen Maße die südafrikanische Wirtschaft auf den imperialistischen Weltmarkt ausgerichtet und von ihm abhängig ist. Südafrika exportiert in erster Linie Rohstoffe, vor allem Gold, aber auch Kohle und zahlreiche strategische Rohstoffe. Umgekehrt muß Südafrika v.a. Maschinen und Anlagen, Transportausrüstungen, Fahrzeuge und chemische Produkte importieren.

Aber die Außenhandelsstatistik drückt die Abhängigkeit nur unzulänglich aus. Es heißt z.B. oft, daß Südafri-

ka über eine eigene Stahlbasis verfügt. Das trifft insoweit zu, als Südafrika Stahl produziert und sogar exportiert. Trotzdem ist die südafrikanische Stahlproduktion alles andere als unabhängig, weil Südafrika nämlich die Produktionsanlagen nicht selbst herstellen kann.

In dem gegenwärtig laufenden Modernisierungs- und Erweiterungsprogramm des staatlichen Stahlkonzerns ISCOR z.B. (er hält 90% der südafrikanischen Stahlproduktion) ist vorgesehen: der Bau eines Hüttenwerkes – durch eine westdeutsche Unternehmensgruppe; die Errichtung eines Gußwerkes – durch den österreichischen Stahlkonzern Voest-Alpine; der Bau eines Walzwerkes für Kaltstähle – durch den japanischen Konzern Nissho. (2)

Die Beispiele ließen sich fortsetzen. Südafrika importiert mehr Maschinen, als es selbst herstellt. Vor allem technisch hoch entwickelte Anlagen für Bergbau, Energieversorgung und Industrie müssen auf dem Weltmarkt gekauft werden.

### Wirkung bisheriger Sanktionen

International kamen Diskussionen über Sanktionen erstmals 1960 nach dem Massaker von Sharpeville auf, als die Rassistenpolizei auf eine unbewaffnete Demonstration schoß und 69 Azanier tötete und anschließend die Befreiungsorganisationen PAC und ANC gebannt wurden. Diese Diskussi-

on riß nicht mehr ab. So geringfügig die daraus resultierenden Sanktionen insgesamt auch blieben, haben sie doch das Regime veranlaßt, einen Kurs größerer Unabhängigkeit vom Ausland einzuschlagen.

Bis dahin spielte z.B. die Metallindustrie eine nur untergeordnete Rolle und waren die Lebensmittel- oder Textilindustrie vorherrschend, die eng mit der kolonialen Plantagenwirtschaft verbunden und stark auf den Weltmarkt ausgerichtet sind. Die folgende Entwicklung schildert ein Autor so:

"Die immer häufigeren Drohungen stimulierten ... den raschen Ausbau der verarbeitenden Industrie. Insbesondere erfuhr die Fabrikation von qualitativ hochwertigen Gütern (in den Branchen des Automobil-, Flugzeug- und Schiffsbaus sowie in der Chemie) eine rasche Steigerung und Diversifizierung der Produktion." (3)

Eine Automobilindustrie gab es in Südafrika, seit Ford 1924 als erster ausländischer Konzern ein Montagewerk errichtet hatte. Aber bis in die 60er Jahre hinein wurden praktisch alle Kfz-Teile aus den imperialistischen Metropolen importiert und die Kraftfahrzeuge in Südafrika nur montiert. Das "Handelsblatt" schreibt dazu:

"Ein besonders interessanter Aspekt deutscher und anderer ausländischer Investitionen in Südafrika ist das Ausmaß, in dem ausländische Unternehmen ihre Produktionsstätten in Südafrika erweitern mußten, um auf diese



Die azanischen Gewerkschaften fordern die internationale Gewerkschaftsbewegung auf, Sanktionen gegen Südafrika durchzusetzen.

Weise die aus strategischen Gründen erwünschte Autarkie zu fördern. Während der letzten zwei Jahrzehnte ist ein von der Regierung gefördertes Programm angelaufen, mit dessen Hilfen man sicherstellen will, daß immer mehr Autozubehörs- und Teile in Südafrika hergestellt und nicht mehr importiert werden müssen." (26.7.83)

1976 beschloß das Regime anläßlich des neuen Aufbrandens der Sanktionsdebatte, daß alle in Südafrika hergestellten PKW zu 66% im Lande produzierte Teile enthalten müssen. Infolgedessen errichtete z.B. Daimler Benz zusammen mit zwei anderen Konzernen ein Dieselmotorenwerk nahe Kapstadt. Trotzdem müssen auch heute noch dem Wert nach gerechnet 50% der Kfz-Teile importiert werden, ist also die Automobilproduktion in Südafrika immer noch in starkem Maße von Importen abhängig.

Zum anderen wird die Automobilproduktion in Südafrika vollständig von ausländischen Konzernen, unter ihnen Daimler Benz, VW und BMW, kontrolliert. Das südafrikanische Regime hat in seinem Bestreben, zu einer gewissen Autarkie zu gelangen und die industrielle Entwicklung voranzutreiben, vor allem Investitionen ausländischen Kapitals gefördert.

30% des in Südafrika angelegten Kapitals befinden sich im Eigentum von Konzernen, die ihren Stammsitz außerhalb Südafrikas haben. (4) Dabei dürfte diese Zahl aufgrund der verschleiernenden Berechnungsart noch viel zu niedrig sein. Auch gehen in die 30% nicht die Kredite ausländischer Banken an südafrikanische Unternehmen, insbesondere die staatlichen Konzerne ein. Ferner ist nicht berücksichtigt, daß südafrikanische Unternehmen häufig in Lizenzproduktion fertigen.

Die ausländischen Konzerne konzentrieren sich auf die Kernbereiche der Industrie – v.a. auf die Automobil-, Chemie-, Erdöl- und elektronische Industrie –, auf den Bankensektor und zum Teil auf den Bergbau, vor allem das britische Kapital. (4) Berücksichtigt man das alles, dann deutet die Zahl von 30% einen überragenden Einfluß der ausländischen Konzerne an.

Die Disinvestment-Kampagne in den USA hat bewirkt, daß sich bisher über 50 US-Konzerne aus Südafrika zurückziehen, zuletzt IBM und General Motors. Das ist gut, klingt aber besser, als es ist. Die "Wirtschaftswoche" schreibt, daß sich 13 von ihnen nur formal zurückgezogen haben:

"Sie haben an südafrikanische Statthalter verkauft, die die Produktion exakt so fortführen wie bisher und weiterhin von der Muttergesellschaft beliefert werden." (19.9.86)

#### **Stärken Sanktionen die Apartheid?**

Das Institut der deutschen Wirtschaft

warnt, "daß mit der Sanktion dem betreffenden Land zwar ein schwerer Schaden zugefügt wird – aber der Schaden trifft den Falschen: die Bevölkerung." Es sei sogar möglich, daß Sanktionen die Herrschenden direkt stabilisieren. (5)

Das Oberhaupt des Rassistenregimes, Botha, antwortet in einem Interview mit der "Welt" vom 20.10.86 auf die Frage: "Wie beeinflussen Sanktionen Ihre Reformpolitik?"

"Alles hängt davon ab, inwieweit durch Sanktionen unsere Wirtschaft beeinflußt wird. Ich persönlich glaube, Sanktionen werden Südafrika in gewisser Weise schaden. Sie werden Arbeitsplätze in einigen Bereichen vernichten ... Auf anderen Sektoren werden sie unsere Wirtschaft allerdings stärken."

Wie oft wird nicht die "Wagenburg"-Mentalität der Buren beschworen, die durch internationale Sanktionen herausgefordert und verstärkt werde. Was an dem Bild von der Wagenburg und den darin verschanzten Buren zutrifft, ist dies: Das Minderheitenregime kämpft gegen den Ansturm der azanischen Massen um sein Überleben. Aber: es ist ohne Hilfe von außen nicht überlebensfähig. Dazu einige wichtige Argumente:

Ohne die Extraprofite aus dem Bergbau, die nur durch Verkauf auf dem Weltmarkt realisiert werden können, und ohne Kredite seiner imperialistischen Finanziers ist das Regime niemals in der Lage, seine kostspielige koloniale Unterdrückungsmaschinerie aufrechtzuerhalten. Erst recht nicht, wenn es alle Ressourcen auf die Entwicklung der industriellen Produktion verwenden muß, um einen Handelsboykott wenigstens ansatzweise auszugleichen.

Auch wird die Siedlerbevölkerung unter solchen Bedingungen ihren kolonialen Lebensstil nicht halten können, was sie zersetzt und die Basis des Regimes schwächt.

Und was die ausländischen Investitionen betrifft: Zurecht hat die azanische Befreiungsbewegung die kürzliche Erhöhung der Investitionen durch Daimler-Benz als Investition in den Apartheid-Staat verstanden und angegriffen. Hinter den ausländischen Konzernen stehen Staaten, und jede in Südafrika investierte Mark kann zum Vorwand für militärische Interventionen auswärtiger Mächte gegen den Befreiungskampf werden. Insofern bedeutet selbst der nur formale Rückzug einiger US-Konzerne eine Schwächung und Isolierung des Regimes, die Erhöhung der Investitionen durch Daimler Benz dagegen eine Stärkung.

#### **Die Befreiungsbewegung fordert Sanktionen**

Die Berufung auf die schwarze Bevölkerung und deren Wohlergehen, mit der sich Kohl und Konsorten gegen Sanktionen aussprechen, ist Hohn.

Ausnahmslos alle Kräfte der Befreiung fordern umfassende, verbindliche Sanktionen. Sie fordern dies im vollen Bewußtsein der Einbindung Südafrikas in den imperialistischen Weltmarkt und in das Bündnisystem des freien Westens. Sie halten gegen alle Ratschläge falscher Freunde an ihrer Forderung fest, weil sie wissen, daß Sanktionen die Abhängigkeit lockern und jede Lockerung der Abhängigkeit nicht nur den Sieg über das verhaßte Regime, sondern auch den Aufbau eines unabhängigen Landes erleichtert.

#### **BRD-Interessen in Südafrika**

Die BRD gehört neben den USA und Großbritannien zu den einflußreichsten Mächten in Südafrika. Die BRD-Imperialisten sind die größten Lieferanten des Regimes, gehören zu den größten Gläubigern und wichtigsten Finanziers, profitieren maßgeblich vom Raubbau an den natürlichen Reichtümern und liegen im Kapitalexport an dritter Stelle.

Ganz offensichtlich versuchen sie gegenwärtig, den vorsichtigen Rückzug von US-Kapital aus Südafrika auszunutzen. Ärgerlich vermerkt die Zeitschrift "Business Week", daß am selben Tag, als der US-Konzern Bell & Howell den Verkauf seiner Niederlassung bekanntgab, BMW sein brandneues Hauptquartier in Johannesburg eingeweiht habe. "Die Kunden sind darauf vorbereitet, zu uns zu kommen, weil wir kein amerikanischer Konzern sind", zitierte "Business Week" einen Nixdorf-Vertreter in Südafrika. (17.3.86)

Indem sie solchermaßen die Lücken füllen, könnten die BRD-Imperialisten zugleich die beschlossenen US-Sanktionen neutralisieren. Ihr Interesse ist den Interessen der Befreiungsbewegung entgegengesetzt: Sie wollen Südafrika mit aller Gewalt im imperialistischen Weltmarkt eingebunden halten. Sie wollen das Regime halten, und wenn sie es nicht halten können, so wollen sie sich auf jeden Fall ihren Einfluß auch im zukünftigen Azania sichern. Deshalb sind sie so verbissen gegen jegliche Sanktionen.

Sie können sich das bisher leisten. Ihre scheinheilig auf das Wohl der schwarzen Bevölkerung bedachten Argumente gegen Sanktionen haben in einer breiten Öffentlichkeit verfangen. Der Solidaritätsbewegung mit dem azanischen Befreiungskampf in der BRD stellt sich die Aufgabe, in einer propagandistischen Gegenkampagne weit verbreitete falsche Vorstellungen über den Nutzen und die Folgen von Sanktionen gegen das Rassistenregime zu zerstören.

Quellenhinweis: (1) Zeit, 19.9.86; (2) Bfal/Nfa, 6.1.86; (3) Klimm, Schneider, Wiese, Das südliche Afrika; (4) International Herald Tribune, 8.8.85; (5) iwd, 2.10.86.

## Südafrikas Aggressionspolitik gegen Mosambik – Zum Tode Samora Machels

Der Tod des mosambikanischen Präsidenten Machel beschwört eine schwere Krise im südlichen Afrika herauf, die die Sicherheit und Unabhängigkeit Mosambiks und auch anderer Frontstaaten bedroht.

Mit massiver Unterstützung Südafrikas operiert die konterrevolutionäre Renamo in weiten Gebieten Mosambiks. Sie terrorisiert die Bevölkerung, vernichtet Ernten, zerstört Stromleitungen und die Transportverbindungen zu den für die ganze Region wichtigen Häfen. Die landwirtschaftliche Produktion soll in den von der Renamo heimgesuchten Gebieten fast ganz zusammengebrochen sein. Die mosambikanische Regierung erließ im September einen Hilferuf, weil vier der fünf Millionen Einwohner akut vom Hunger bedroht sind. Selbst die westliche Presse macht die Renamo und das hinter ihr stehende Südafrika für die schwere wirtschaftliche Krise des Landes verantwortlich.

Seit das mosambikanische Volk 1975 seine Unabhängigkeit erkämpft hat, hat es keinen Tag den Frieden gehabt, den es so dringend gebraucht hätte, um ein politisch und wirtschaftlich unabhängiges Mosambik aufzubauen. Die 500 Jahre portugiesische Kolonialherrschaft hinterließen eine deformierte Wirtschaft, die Flucht von 250000 portugiesischen Siedlern ein großes Chaos. Da das unabhängige Mosambik den bewaffneten Befreiungskampf in Zimbabwe unterstützte,

war es der wirtschaftlichen und militärischen Aggression des rhodesischen Siedlerregimes ausgesetzt. Die 1976 von Rhodesien ins Leben gerufene Renamo wurden nach der Unabhängigkeit Zimbabwes von Südafrika übernommen, ausgebildet, ausgerüstet und eingesetzt. Um sich Mosambik zu unterwerfen und seine Unterstützung für den azanischen Befreiungskampf zu unterbinden, ging Südafrika in den folgenden Jahren zum unerklärten Krieg gegen Mosambik über, der der jungen Nation unendlich große Opfer auferlegt hat.

Gerade in den letzten Wochen hat Südafrika seinen Druck noch verstärkt. In verschiedenen Tageszeitungen vom 14.10. wird über eine Erklärung der Regierungen von sechs Frontstaaten berichtet, in der diese Südafrikas "Kriegsvorbereitungen gegen die Völker des südlichen Afrikas" anprangern und darauf aufmerksam machen, daß Südafrika Truppen an der Grenze zu Mosambik konzentriert. Machel selbst hat erklärt, er befürchte eine militärische Aggression, die den Sturz seiner Regierung bezwecke. Selbst so unverdächtige Zeugen wie die "FAZ" sprachen von "martialischen Parolen" des Regimes, aus denen "alle Welt schon auf einen unmittelbar bevorstehenden neuen Angriff der Südafrikaner schlossen". (22.10.) Kurz zuvor hatte Südafrika angekündigt, zehntausende mosambikanische Wanderarbeiter zurückzuschicken,

was die wirtschaftliche Not in Mosambik schlagartig verschärft hätte.

Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß die Spekulationen andauern, daß Südafrika den Absturz des Flugzeuges zu verantworten hat, mit dem die mosambikanische Delegation von einem neuerlichen Frontstaatenreffen nach Maputo zurückgefliegen war. Der Tod Machels und weiterer Regierungsmitglieder kommt dem Regime gelegen. Es wird zweifellos versuchen, aus der Schwächung der mosambikanischen Regierung seinen Nutzen zu ziehen und die Renamo-Gruppe an die Macht zu bringen. Es muß befürchtet werden, daß das Regime auch versuchen wird, Zimbabwe, das rund 10000 Soldaten in Mosambik hat, in einen Krieg zu verstricken.

In der Tat sind die Umstände des Flugzeugabsturzes dunkel und bisher nicht aufgeklärt. Das Flugzeug ist über südafrikanischem Territorium abgestürzt. Der Bordingenieur des Flugzeuges, der überlebt und ausgesagt hat, das Flugzeug sei beschossen worden, ist in einem südafrikanischen Militärkrankenhaus inhaftiert. Andere Überlebende haben von einem Knall kurz vor dem Absturz gesprochen. Offizielle Stellen in Maputo haben mitgeteilt, daß Südafrika sie erst neun Stunden nach dem Absturz in Kenntnis gesetzt hat. Der sambische Präsident Kaunda hat erklärt, bis zum Beweis des Gegenteils sei davon auszugehen, daß Südafrika den Absturz des Flugzeuges und den Tod Machels zu verantworten hat.

Quellenhinweis: Tagespresse ab dem 21.10. – (rül, scc)

### Erklärung des PAC zum Tode Samora Machels

Der Pan Africanist Congress of Azania hat mit tiefer Erschütterung vom vorzeitigen Tode des Präsidenten Samora Machel, Präsident der Volksrepublik Mosambik und Führer der Frelimo, und mehrerer seiner Regierungsmitglieder und Landsleute erfahren. Sie starben bei einem Flugzeugunglück, das sich auf dem Rückflug des mosambikanischen Präsidenten und seiner Delegation von einem Treffen der Frontstaaten in Lusaka, Sambia, ereignete. Das Flugzeug soll über südafrikanischem Territorium abgestürzt sein.

Der vorzeitige Tod von Präsident Samora Machel ist nicht nur für das brüderliche mosambikanische Volk, sondern auch für die Menschen in der Region und für ganz Afrika ein schwerer Schlag. Präsident Machel hat den bewaffneten Kampf zur Befreiung seines Landes von über 500jähriger portugiesischer Kolonialherrschaft geführt und gesiegt. Er war ebenfalls der festen Überzeugung, daß die Unabhängigkeit Mosambiks ständig bedroht ist, solange nicht das gesamte südliche Afrika wirklich frei ist. Seine prinzipielle Unterstützung für den andauernden Kampf für Selbstbestimmung und wirkliche Befreiung war ein Eckpfeiler der mosambikanischen Außenpolitik.

Sein prinzipieller Standpunkt machte Mosambik zu einer Zielscheibe. Das Rassistenregime von Südafrika machte kein Geheimnis daraus, daß es die Frelimo-Regierung als Dorn im Fleisch betrachtete. Konsequenterweise unterstützte es offen und verdeckt die Renamo-Gruppe gegen

gen die legitime Regierung von Mosambik.

In den letzten Wochen haben die stark zensierten südafrikanischen Medien offen propagiert, daß die Regierung von Präsident Samora Machel am "Rande des Zusammenbruchs" stünde. Dies brachte deutlich die Feindseligkeit des Rassistenregimes gegenüber der von Präsident Machel geführten Regierung zum Ausdruck.

Der PAC vertritt die Auffassung, daß die gegenwärtige internationale Kampagne für Sanktionen gegen das Apartheid-Regime die Rassisten in Pretoria zu dem Entschluß gebracht hat, daß mit Priorität ein Marionetten-Regime in Mosambik installiert werden muß. Die Installation eines solchen Marionetten-Regimes würde dazu beitragen, Zimbabwe und Sambia zu strangulieren, indem sie vom Beira-Korridor abgeschnitten werden, und würde Pretoria ermöglichen, Sanktionen über den Hafen von Maputo zu unterlaufen.

Die Tatsache, daß das Flugzeug über südafrikanischem Territorium abgestürzt ist, führt mit Notwendigkeit zu vielen Fragen. Besonders, weil das Regime in Pretoria den sogenannten Sturz Präsident Machels bereits "vorausgesagt" hat. Deshalb ist es wichtig, daß eine gründliche Untersuchung durchgeführt wird und alle Tatsachen festgestellt werden.

...

Der Kampf geht weiter, und der Sieg ist sicher.

Ahmed Gora Ebrahim,  
Sekretär für auswärtige Angelegenheiten  
22.10.86



### **"Antiterror"gesetz**

Bundesinnenminister Zimmermann hat die Parole ausgegeben, nach der Staatsschutz und Polizei die Jagd nach RAF-Mitgliedern und deren sogenanntem Umfeld führen sollen: "Wir haben die erste und die zweite RAF-Generation bekommen. 57 Fälle sind erledigt, durch Tod, Selbstmord, lebenslange Haft, durch Einsitzen und

laufende Verfahren. Und wir werden auch die dritte Terroristengeneration bekommen." Lebendig – oder eben tot. Die Regierungskoalition will im Schnellverfahren ein Gesetzespaket durchpauken, daß die Jagd auf die RAF verbreitern soll und die politische Opposition kriminalisieren soll. Per Kronzeugen soll die politische Opposition weit über die Reihen der RAF hinaus verurteilt werden.

### **Brasilien: Kampf der landlosen Bauern und Landarbeiter**

Im Juli schoß die Militärpolizei ohne Warnung auf Arbeiter auf einer Zuckerplantage nahe Sao Paulo und tötete zwei. Die Landarbeiter streikten für die Erhöhung ihrer Elendslöhne. Mitte Oktober besetzten mehrere tausend landlose Bauern zwei große Plantagen, die ein Gebiet von 6000 ha umfaßten. Sie demonstrierten damit gegen die ständige Verzögerung der von der Regierung angekündigten Landreform. Militär wurde in das betreffende Gebiet beordert. In den ersten neun Monaten des Jahres sind 50 Bauern bei ähnlichen Auseinandersetzungen erschossen worden. Die Reaktion gegen die arme Landbevölkerung formiert sich.



### **6,36 Milliarden DM Rekordetat**

CSU, FDP und SPD haben in München gegen die Stimmen der Grünen den Haushalt 1986 beschlossen. Die Steigerung der Gewerbesteuererinnahmen in den letzten drei Jahren um über 40% auf 1,64 Milliarden DM hat die Diskussion über eine Gewerbesteuer-senkung hervorgebracht. Die FDP stellte hierzu Anträge – jedoch er-

folglos. BMW und Siemens kürzten dann selbst durch "Betriebsverlagerungen" und andere Transaktionen ihre Zahlungen um 100 Mio. DM. Der Stadtkämmerer verfügte eine Ausgabensperre, und kürzlich wurde der Haushalt um 100 Mio. DM gekürzt. Wen trifft diese Politik und warum wird das Geld nicht bei den Verursachern dieses "Haushaltslochs" – bei BMW und Siemens – geholt?

### **VR China: Kulturrevolution Auftakt zu "zehn finsternen Jahren"?**

1977 erklärte der damalige KP-Vorsitzende Hua Guofeng, die 1966 begonnene Kulturrevolution sei siegreich beendet. Heute spricht die KP Chinas von den "zehn finsternen Jahren". Wie entwickeln sich die Klassenverhältnisse und die politischen Fronten nach dem Ende der Massenaktionen 1966/67? Welche dauerhaften Veränderungen hatte die Kulturrevolution tatsächlich bewirkt? Ist der Grund für die politische Wende der KP Chinas, weg von einem von armen Bauern und den Arbeitern geführten Klassenbündnis zu einem von der neuen Mittelklasse geführten Bündnis tatsächlich in einem Scheitern der Kulturrevolution zu suchen?



#### **Politische Berichte**

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

#### **Nachrichtenhefte**

erscheinen vierzehntäglich mit fünf verschiedenen Heften. Preis pro Heft:

- Druckindustrie 0,50 DM
- Chemie und übrige Industrien 0,50 DM
- Handel, Banken, Versicherungen 0,80 DM
- Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr 1,20 DM
- Schul- u. wehrpflichtige Jugend 1,20 DM

#### **Herausgeber**

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)  
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7  
Tel.: 0221/21 64 42  
Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.  
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7  
Tel.: 0221/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich: Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – **Nachrichten, Analysen, Protokolle**. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte. Preis je Heft 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie – **Nachrichten Stahl- und Metallindustrie**. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte. Preis je Heft 1,20 DM  
Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik – **Nachrichten, Analysen, Mitteilungen**. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte. Preis je Heft 1,20 DM

**Bezugsbedingungen:** Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 45,50 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 91,- DM. Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft  
Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7

GNN Verlagsgesellschaft Schleswig-Holstein/Hamburg

Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin  
Helmstr. 8, 1000 Westberlin 62

GNN Verlagsgesellschaft Niedersachsen/Bremen

Großen Düwelstr. 55, 3000 Hannover 1

BWK Nordrhein-Westfalen  
Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg

M 2, 17, 6800 Mannheim

GNN Verlagsgesellschaft Bayern  
Lerchenauer Str. 18 a, 8000 München 40

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Brigitte Düring, Martin Fochler, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/21 64 42

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/21 16 58. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Siegmund Eligehausen, Wolfgang Müller; für Aus Verbänden und Parteien: Ulrike Detjen; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Sozialstatistik, Spezialberichte: Alfred Küstler. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei. Viertel-jährlich: Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD(A), FAU-R, GIM, KG(NHT), KPD, PA.